

Kolumbien vor dem bevorstehenden Friedensschluss bildet den Schwerpunkt dieser Ausgabe: ein Leibthema unseres verstorbenen Werner Hörtners, der in Ralf Leonhard einen verstorbenen Nachfolger gefunden hat.

Rechtsruck ist nicht nur in Europa ein geflügeltes Wort. Auch in Lateinamerika ist die Tendenz eindeutig und ist Gegenstand eines weiteren Schwerpunktes in diesem Heft. Für *Lateinamerika anders* ein Reizthema, wurde die IGLA doch in den 1970er Jahren in Solidarität mit dem Widerstand gegen die verbreiteten rechtsgerichteten Diktaturen am Subkontinent gegründet. Doch ob die aktuellen Entwicklungen schon eine Demokratiegefährdung implizieren, bleibt Gegenstand von Beobachtung und Diskussion.

Eine solche Gelegenheit bot sich am 7. April: Die IGLA lud anlässlich ihres 40jährigen Bestehens ins C3, um mit Unterstützung eines hochkarätigen Podiums die Wahl Tendenzen nicht zuletzt vor dem

EDITORIAL

historischen Hintergrund einzuordnen. Befund: Es handelt sich insgesamt um eine Pendelbewegung, wie sie demokratisch verfasste Staaten auszeichnet, und die demokratischen Institutionen dürfen als vergleichsweise gefestigt gelten, um Gruppierungen, denen eine andere Ordnung vorschwebt und die jetzt auch Oberwasser bekommen, in Schach zu halten.

Die IGLA verstand sich zum Geburtstag jedoch nicht nur aufs angestrenzte Diskutieren, sondern lud auch zum Feiern. Am 9. April war die Pfarre Akkonplatz Ort unserer *Fiesta Cultural Latinoamericana*. Den Auftakt bildete ein Aktions-theater, das mit Hilfe von lateinamerikanischen FreundInnen aus drei Ländern binnen kürzester Zeit aus der Taufe gehoben wurde und ein buntes wie auch besinnliches Spektakel bot.

Allerdings fiel uns das Feiern nicht ganz leicht, haben wir doch innerhalb weniger Monate das Ableben eines zweiten langjährigen Weggefährten zu verkraften: Viktor Sukup stürzte Ende Jänner beim Wandern auf seiner geliebten Kap Verden-Insel São Antão tödlich ab (s. Seite 36).

Jürgen Kreuzroither, Schlussredakteur

INHALT

THEMA: KOLUMBIEN VOR DEM FRIEDENSCHLUSS

Kommt der Friede von Havanna? 4
Von Ralf Leonhard

Kolumbiens Wilder Westen 6
Von Ralf Leonhard

„Den Frieden müssen wir selbst aufbauen“ 8
Interview mit Clara López
Von Ralf Leonhard

„Für einen Frieden mit wirklichen Änderungen“ 9
Interview mit Marylen Serna
Von Fernando Vicente Prieto

Kein Friede für die Bauern im Caquetá 10
Von Ralf Leonhard

AKTUELLES & ANALYSE

Honduras: Tod für den Kampf gegen die Energiekonzerne 12
Von Ralf Leonhard

Brasilien: Amtsenthebung von Präsidentin Rousseff kaum noch abzuwenden 14
Von Andreas Behn

Ein politisch motiviertes Verfahren 16
Von Kooperation Brasilien e.V.

Mexiko: Päpstliche Reisediplomatie 17
Von Wolfgang Schweiger

Argentiniens Schwenk Richtung Norden 18
Von Jennifer Adair

Die Regierung Macri und die Menschenrechte 20
Von Grupo Encuentro Austria

Bolivien: Kippt auch Evo Morales? 21
Von Robert Lessmann

Peru: Fujimori, die Zweite? 23
Von Jürgen Kreuzroither

Uruguay: Linkes Regieren unter erschwerten Bedingungen 25
Von Joachim Becker

Venezuela: Chavismus von unten 27
Interview mit César Romero

Kurznachrichten 30

Tango – ein Kulturtransfer (2. Teil) 32
Von Susanne Köb

Buchbesprechungen: Es reicht! Der Fall Mexiko; Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit; *Português, meu amor* 34

Viktor Sukup, Nachruf 36
Von Wolfgang Schweiger

40 Jahre Lateinamerika anders 36
Von Leo Gabriel

Splitter 39



KOMMT DER FRIEDE VON HAVANNA?

„Colombia llega a La Paz“. Diese Botschaft wurde am 23. März in den kolumbianischen Medien verbreitet – mit einem Augenzwinkern. Denn was als „Kolumbien erreicht den Frieden“ gelesen werden kann, hieß in Wahrheit, „Kolumbien (die Fußballnationalmannschaft) kommt in La Paz an“. Das Team hatte dort am folgenden Tag ein wichtiges Match für die WM-Qualifikation gegen Bolivien zu bestreiten. Die sarkastische Botschaft machte sich über Staatspräsident Juan Manuel Santos lustig, der den 23. März als Tag der feierlichen Unterzeichnung des historischen Abkommens angekündigt hatte.

Von Ralf Leonhard (Text+Fotos)

Das vollmundige Versprechen an die Nation wurde ein halbes Jahr vorher abgegeben. Santos war damals nach Havanna gereist, um die Zielgerade der Verhandlungen einzuläuten. Im Beisein des kubanischen Staatschefs Raúl Castro schüttelte er dort die Hand des obersten Guerillachefs Rodrigo Londoño Echeverri, alias Comandante Timochenko. Man schrieb den 23. September.

Schon Tage vor dem angepeilten Datum hatte Santos in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung *El País* selbstkritisch bemerkt, es sei riskant, dem Abschluss eines Abkommens ein Datum zu geben. So gab es am 23. März in Havanna nicht einmal eine gemeinsame Erklärung. Kolumbiens Verhandlungsführer Humberto De la Calle sagte, zentrale Elemente des Abkommens seien noch ungelöst: „In aller Offenheit müssen wir die Öffentlichkeit informieren, dass derzeit noch immer große Differenzen mit den FARC über Grundsatzthemen bestehen“. Iván Márquez, der Delegationsleiter der FARC, drückte sich ähnlich aus. Man werde sich in der bevorstehenden Verhandlungsrunde um eine Roadmap, also einen Zeitplan, bemühen. Er nannte die heiklen Themen auch beim Namen: beidseitige Waffenruhe und Niederlegen der Waffen.

Streitfrage Entwaffnung

Besonders bei der Entwaffnung spießt es sich. Nach den Vorstellungen der Regierung müssen die Rebellen die Waffen abgeben, bevor andere zentrale Vereinbarungen wie die Sondergerichtsbarkeit und die politische Partizipation in Kraft treten können. Auch die sogenannten Konzentrationszonen sind noch nicht definiert, also jene Gebiete, wo sich die Kämpfer der FARC sammeln sollen. Nach den Vorstellungen der Regierung sollen es wenige,

weit von menschlichen Ansiedlungen entfernt gelegene Punkte sein. Die FARC wollen aber nicht von ihrer sozialen Basis abgeschnitten werden. Schließlich gehe es darum, die Zukunft als politische Partei in Kommunikation mit den Sympathisanten vorzubereiten.

Genauso knifflig ist die Frage, wie die Bevölkerung sich das Verhandlungsergebnis zu eigen machen soll. Präsident Santos wünscht sich eine einfache Volksabstimmung über dessen Inhalt. Der Guerilla schwebt hingegen eine Verfassungsgebende Versammlung vor, die die Punkte des Abkommens in eine neue Verfassung integrieren soll. Die aktuelle Verfassung aus dem Jahr 1991 ist das Produkt eines Versöhnungsprozesses mit der Guerillabewegung M-19 und galt zu ihrer Zeit als die modernste in ganz Lateinamerika.

Mit einer Lösung dieser strittigen Punkte in der allernächsten Zeit ist also nicht zu rechnen, obwohl beide Seiten betont haben, wie wichtig ihnen ein Abschluss ist. „Wir werden das Menschenmögliche unternehmen, um ein Abkommen zu erzielen“, versprach De la Calle. Und Iván Márquez äußerte den Wunsch, dass 2016 das Jahr des Friedens werde.

Verstimmungen gibt es aber auch um Ereignisse abseits des Verhandlungstisches. So protestierte die Regierung gegen einen Besuch von FARC-Kommandanten in der Atlantikregion La Guajira vergangenen Dezember. Die Mitglieder der Verhandlungsdelegation von Havanna wurden vom Roten Kreuz im Helikopter eingeflogen und hielten dort in der Ortschaft Conejo eine Versammlung von 2.000 bis 3.000 Menschen ab. Auch bewaffnete und uniformierte Guerilleros waren dabei. Die Comandantes informierten über den Fortschritt der Verhandlungen und ihre Vorstellungen von der Lösung offener Fragen.

Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez, derzeit Senator des rechten *Centro Democrático*, richtete sofort eine aufgeregte Twitter-Botschaft an Präsident Santos, warum er einer „terroristischen Gruppe“ erlaube, „bewaffnet Politik zu machen, und das in einer Opfergemeinde“. Die Regierung stellte daraufhin klar, dass sie solche Besuche nur für die interne Information der FARC-Truppen autorisiert habe. Volksversammlungen mit Zivilisten seien nicht vorgesehen.

Seit mehr als drei Jahren verhandelt die Regierung mit der mächtigen marxistischen Guerrillabewegung FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) über ein Ende des bewaffneten Konflikts, der seit über 50 Jahren vor allem auf dem Land tobt und mehr als 220.000 Tote und sechs Millionen Vertriebene gefordert hat.

Die FARC ist die älteste und größte der kolumbianischen Rebellenorganisationen. Mit anderen Guerillagruppen konnten schon in den 1980er und 1990er Jahren erfolgreiche Friedensabkommen geschlossen werden. Besonders nachhaltig wirkte der Verhandlungsprozess mit der Bewegung M19, der zu einer neuen Verfassung führte, die weithin als eine der besten und modernsten auf dem Subkontinent betrachtet wurde. Ehemalige Kommandanten wurden angesehene Abgeordnete, Senatoren, Gouverneure oder Bürgermeister großer Städte, sogar in der Hauptstadt Bogotá.

Auch die FARC hatten schon vor 30 Jahren ein Abkommen mit der damaligen Regierung ausgehandelt. Das Ergebnis war aber für die Guerilla, die mit der *Unión Patriótica* eine legale politische Vertretung gründete, fatal. Zwar erhielt die Partei vor allem auf dem Land großen Zuspruch, doch wurden innerhalb weniger Jahre über 4.000 Mitglieder ermordet: darunter zwei Präsidentschaftskandidaten, Senatoren, Abgeordnete, Stadträte, Bürgermeister. Das ist auch der Grund, warum die FARC heute einer Entwaffnung erst zustimmen wollen, wenn glaubhafte Garantien für die Sicherheit ihrer AktivistInnen bestehen. Eine komplette Entwaffnung auf Treu und Glauben ist für sie nicht denkbar.

Worum geht es?

Zentrale Ursachen des Konflikts sind die extrem ungerechte Verteilung des fruchtbaren Landes und das Machtmono-

pol der traditionellen Parteien. Auf der Agenda stehen fünf Kapitel: die Landfrage, die politische Partizipation, die Frage der Opfer und ihrer Entschädigung, der Drogenhandel und die konkrete Beendigung des Konflikts.

Bei den Verhandlungen in Havanna wurden die inhaltlichen Teilabkommen bereits unterzeichnet. Dabei geht es um den Schutz der kleinbäuerlichen Produktion, um den Rückzug der Guerilla aus dem profitablen Drogengeschäft und um Sicherheitsgarantien. Von der Opposition besonders angefochten wird die Einigung über eine Teilamnestie. Vor Gericht gestellt werden sollen nur jene Guerillakämpfer und Militärs, die für Massaker, Folter, Verschwindenlassen und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich gemacht werden. Für diese Verbrechen soll ein Sondertribunal geschaffen werden. Vor allem Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez, der während seiner achtjährigen Amtszeit (2002-2010) versuchte, eine militärische Lösung des Konflikts zu erreichen, lief gegen diese Regelung Sturm. Für ihn und seine Leute ist es nicht hinnehmbar, dass bei der juristischen Aufarbeitung die Verbrechen der Guerilla und die der Militärs auf eine Stufe gestellt werden.

Das kapitalistische Wirtschaftsmodell und die politische Verfassung, so beschwichtigte Präsident Santos Unternehmerschaft und Kritiker der politischen Rechten, stünden nicht zur Disposition.

Die Verhandlungsparteien stehen jedenfalls unter Erfolgsdruck. Juan Manuel Santos will als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen und dem Land neue wirtschaftliche Impulse verschaffen. Die FARC sind militärisch geschwächt. Sie könnten zwar nach allgemeiner Einschätzung noch Jahrzehnte lang weiterkämpfen und sich mit Drogenhandel und Schutzgelderpressung finanzieren. Doch den Plan, die Macht zu erobern und ein sozialistisches Regime in Kolumbien zu errichten, haben sie aufgegeben. Dafür fehlt ihnen sowohl die militärische Kraft als auch der Rückhalt in der Bevölkerung.

Neuer US-Plan

Präsident Santos machte Druck. Er wollte die Verhandlungen bis 23. März abschließen und wirbt bereits für internationale Unterstützung für die Umsetzung des Abkommens, die viel Geld kosten wird. Am Rande des Obama-Staatsbesuches in Kuba traf Außenminister John Kerry so-



Die Militärpräsenz (hier im Caquetá) sichert nicht zuletzt Bergbau und Ölförderung

wohl mit der Verhandlungsdelegation der kolumbianischen Regierung als auch mit der Führung der FARC zusammen. Das Treffen wird als Unterstützung des Friedensprozesses interpretiert. Obama selbst hatte schon zugesagt, er werde 2017 ein Sonderbudget von 450 Millionen Dollar für einen *Plan Paz Colombia* beantragen.

Die neue Initiative soll auf drei Säulen ruhen: Sicherheit und Drogenbekämpfung, Stärkung der staatlichen Präsenz und der Rechtsstaatlichkeit vor allem in den vom Konflikt betroffenen Gebieten, und Stärkung des Justizwesens und der Fürsorge für die Kriegesopfer. Dieser Plan soll den berühmt-berüchtigten *Plan Colombia* ablösen, in den die USA seit dem Jahr 2000 zehn Milliarden und die Regierung 120 Milliarden US-Dollar investiert hatten. Er war auf die chemische Vernichtung der Koka-Plantagen und die militärische Ausrüstung der Armee für den Kampf gegen die Guerilla fokussiert. Sowohl die USA als auch Kolumbien betrachten das Programm als Erfolg, obwohl die Anbaufläche der Koka-Plantagen 2014 von 48.000 auf 69.000 Hektar angestiegen ist und die Vertreibungen von Zivilbevölkerung drastisch zugenommen haben. So haben mehr als 800.000 Menschen bei der staatlichen Stelle für Opferschutz angegeben, allein im Jahr 2008 verfolgt worden zu sein. Von den 7,8 Millionen registrierten Opfern haben drei Viertel die Menschenrechtsverletzungen während der Zeit des Plan Colombia erlitten.

Zusätzliche 33 Millionen US-Dollar will die Obama-Regierung für Minenbeseitigung bereitstellen. Präsident Santos hat auch in Europa um finanzielle Unterstützung des Friedens geworben. Allein die Reintegration tausender Guerilleros, denen durch Ausbildung oder Ackerland eine neue Lebensgrundlage geschaffen werden muss, wird teuer. Den größten Teil der Kosten wird das Land aber selbst schultern müssen. Im Entwicklungsplan 2014-2018 setzt die Regierung auf den Ausbau der Mineralienförderung. Damit soll der Friede finanziert werden. Juan Manuel Santos spricht vom Bergbau als einer „Lokomotive der Entwicklung“.

Kleinbauern, indigene Gemeinden, Umweltaktivisten und Menschenrechtsanwälte fürchten, dass nach dem Friedensabkommen ein Wettlauf um die Rohstoffe und die besten Ländereien beginnen wird, wenn Regionen, die wegen des Krieges jahrzehntelang unzugänglich oder unsicher waren, erschlossen werden können. Erdöl- und Bergbaulizenzen wurden im großen Stil vergeben und sollen aktiviert werden, sobald die FARC abziehen. Die bisherigen Erfahrungen mit Bergbau und Ölförderung zeigen, dass auf Umwelt und betroffene Bevölkerung wenig Rücksicht genommen wird. Selbst die der Entwicklung verschriebene Lateinamerikanische Wirtschaftskommission CEPAL, eine Unterorganisation der UNO, übt in einem Bericht Kritik an der kolumbianischen Regierung. Es wird daran erinnert, dass die Verfassung

⇨ von Seite 5: DER FRIEDE VON HAVANNA

von 1991 den Staat verpflichtet, auf Umwelt, Gesundheit, kulturelle Vielfalt und Gleichheit besondere Rücksicht zu nehmen. Diese seien bei Projekten in der Amazonasregion besonders gefährdet.



Clara López, neue Arbeitsministerin, plädiert für die Beteiligung der Zivilgesellschaft (s. Interview Seite 8)

Auch ELN kommt an den Verhandlungstisch

Ende März verkündete Präsident Santos, dass auch mit dem *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) Verhandlungen aufgenommen würden. Entsprechende Kontakte werden ja schon seit Jahren gepflegt. Das ELN hat zwar nur geschätzte 2000 Männer und Frauen unter Waffen, könnte aber noch auf unabsehbare Zeit in manchen Regionen destabilisierend wirken. Das ELN entstand, wie die FARC, im Jahr 1964, aber nicht aus einer Bauernmiliz wie die FARC, sondern aus studentischen Kreisen. Ursprünglich an Kuba orientiert, schlug es mit dem Beitritt des Jesuiten Camilo Torres eine radikal befreiungstheologische Richtung ein und wurde bis zu dessen Tod durch Hepatitis im Jahre 1998 vom spanischen Priester Manuel Pérez angeführt. Der entscheidende Unterschied zu den Verhandlungen von Havanna ist, dass das ELN nicht abgeschotet von der eigenen Basis verhandeln, sondern die Bevölkerung einbinden will. Auch wirtschaftliche und ökologische Aspekte sollen auf der Tagesordnung stehen. Kein einfacher Dialog, denn Juan Manuel Santos will von seiner neoliberalen Agenda, die auf Bergbau und industrielle Landwirtschaft setzt, nicht abrücken. ■

KOLUMBIENS WILDER WESTEN

Von Ralf Leonhard (Text+Fotos)

Der Park rund um den Leuchtturm von Buenaventura ist ein beliebter Treffpunkt, wenn die Hitze des Tages vorbei ist. Familien, verliebte Pärchen und Gruppen von Jugendlichen treffen sich hier, sitzen an der Mole und können billige Mahlzeiten zu sich nehmen. Die Bars, wo Batterien leerer Bierflaschen auf den Tischen den Alkoholpegel der einsamen Trinker errahnen lassen, wetteifern mit ohrenbetäubender Musik um die Klientel. Der Pazifik schimmert mild im Mondlicht.

Diese Idylle für einfache Leute soll bald verschwinden. Wenn es nach der Stadtverwaltung geht, dann wird hier eine elegante Uferpromenade angelegt, ein Malecón, wo sich vor allem Touristen wohlfühlen sollen. Mit hochpreisigen Restaurants und Bars ist zu rechnen.

Aufregung herrscht deswegen im Stadtteil San José, der der Verlängerung der Uferpromenade im Wege steht. Es ist ein überreicher Slum, wo sich nachts niemand auf die Straße traut, weil bewaffnete Banden ihren illegalen Geschäften nachgehen. Trotzdem hängen die BewohnerInnen an dem heruntergekommenen Bezirk, den sie durch Aufschüttung von Müll und den Schalen von Krustentieren über die Jahre dem Meer abgetrotzt haben. Viele der Häuser stehen auf Stelzen.

Die Menschen hier leben mit dem Meer und vom Meer. Viele sind Fischer, andere verdingen sich als Tagelöhner am Hafen. Harrinson Moreno, ein Aktivist, der sich für die Erhaltung des historischen afrokolumbianischen Viertels einsetzt, kennt noch einen anderen Grund, warum niemand weg will: „Wir pflegen seit alters her einen Brauch: Wenn ein Kind geboren wird, dann wird die Nabelschnur unter einem Baum oder einer Kokospalme vergraben“. Die starke Beziehung zum Territorium habe also auch eine spirituelle Dimension. Die von der Stadtverwaltung vorgesehene Abschiebung in eine neue Betonsiedlung namens San Antonio, 18 Kilometer landeinwärts sei für die Einwohner von San José keine Option: Wenn man uns nach San Antonio umsiedelt, wo

es keine Mangroven und kein Meer gibt, dann holt man uns aus einer Armut, in der wir überleben können, und liefert uns dem absoluten Elend aus“.

Buenaventura war lange Zeit ein verschlafener Pazifikhafen, der mit seiner zu 80 Prozent afrokolumbianischen Bevölkerung an die Karibik erinnert. Der Außenhandel wurde früher fast zur Gänze über die Häfen am Atlantik abgewickelt. Mit dem Aufschwung des Pazifikhandels zu Beginn der 1990er Jahre sollte sich das ändern. Die Regierungen in Bogotá interessierten sich zwar nicht für die Stadt, die



Harrinson Moreno: aktiv gegen die Umsiedlung

in 400 Jahren rund um den Hafen gewachsen war, doch der Hafen erfuhr eine schrittweise Aufwertung. Im Einklang mit der herrschenden Marktideologie wurden die Anlagen nach und nach privatisiert. Heute werden 60 Prozent der Exporte und Importe hier umgeschlagen.

Das Zentrum von Buenaventura liegt auf einer Insel, die durch eine einzige Brücke mit dem Festland verbunden ist. Die Hafenanlagen erstrecken sich entlang des Nordufers der Insel und breiten sich immer weiter entlang der Festlandküste aus. Mangrovenwälder, die den Wellengang abdämpfen und als Biotop für Fische und Krebstierchen vielen Menschen eine Lebensgrundlage bieten, verschwinden nach und nach. Auch die ältesten Stadtteile sollen den Begehrlichkeiten der Reeder oder den Modernisierungsplänen der Stadtverwaltung weichen.

Mörderische Modernisierung

Mit der Privatisierung des Hafens begann sich die Lage zuzuspitzen. Lange Zeit wurde der Hafen vom Staat betrieben und



Pater Adriel Ruiz

seine Dynamik belebte die ganze Stadt. Wenn einer Hafendarbeiter war, konnte er eine Großfamilie erhalten. Denn zwei Familienmitglieder wuschen die Wäsche für andere Hafendarbeiter, andere kochten Mittagessen. „Es war eine prekäre Subsistenz, aber – unter Anführungszeichen – nachhaltig“, sagt der Redemptoristenpater Adriel Ruiz. Mit der Privatisierung war damit Schluss. Die Modernisierung brauchte diese Leute nicht mehr und plötzlich erreichte die Arbeitslosigkeit 50%. „Die Straße ist voll mit Leuten, die nichts zu tun haben“, meint Ruiz, „Wovon die leben? Frag mich nicht!

Der letzte Bürgermeister, Bartolo Valencia, saß nicht im Rathaus, sondern im Gefängnis. Ihm wurde vorgeworfen, das städtische Schulbudget in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Dementsprechend schlecht ist es um die Ausstattung der Schulen und den Unterricht bestellt. Aber das ist nicht das größte Problem der Stadt, die im fernen Bogotá als „Wilder Westen“ Kolumbiens abgeschrieben wird. Landraub, Gewalt und Korruption prägen das Leben. Die paramilitärischen Banden *La Empresa* und *Los Urabeños* kämpfen um den Einfluss auf die Stadtverwaltung und die Kontrolle über den Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Überall dort, wo es um die Hafenerweiterung auf Kosten von alten Stadtvierteln geht, tauchen Bewaffnete auf und bedrohen die Bevölkerung. Berühmt sind die *casas de pique* von Buenaventura – Häuser, wo Menschen bei lebendigem Leib zerstückelt werden.

„Vor kurzem verschwand eine Frau. Wenig später wurden nur mehr Teile von ihr gefunden“, erzählt Adriel Ruiz. Der Pater, der mit seinen langen Haaren, T-Shirt und Jeans eher wie ein Sozialarbeiter aussieht, leitet die Stiftung *Fundescodes*, die Kindern und Jugendlichen Freizeitak-

tivitäten und Schulungen bietet und von der Österreichischen Dreikönigsaktion unterstützt wird. „Weil sie zu uns kommen, leben sie noch“, meint er lakonisch.

Im Obergeschoss des Fundescodes-Sitzes hängen Portraits von Menschen aus dem Bezirk, die in den vergangenen Jahren ermordet wurden oder verschwunden sind. Es sind über 150. In ganz Buenaventura, einer Stadt von 400.000 Einwohnern, seien zuletzt zwischen 300 und 400 Menschen jährlich gewaltsam ums Leben gekommen, weiß Pater Adriel. Wie viele Morde wurden aufgeklärt? „Kein einziger“. Bis vor kurzem habe es nicht einmal einen Staatsanwalt gegeben. Ohne den Druck der sozialen Bewegungen würden gar keine Ermittlungen aufgenommen, so der Geistliche. Das Vertrauen in die Behörden sei gleich Null.



Blick auf Barrio San José und Hafenanlagen

Paramilitärischer Terror

Ganze Stadtteile werden von kriminellen Banden regiert, die von allen Geschäftsleuten, selbst Busfahrern und Taxilenkern, Schutzgelder einfordern. In bestimmte Bezirke wird man deswegen kein Taxi bekommen. Als Präsident Álvaro Uribe vor zehn Jahren ein Abkommen mit den paramilitärischen Verbänden schloss, lösten sich diese nur teilweise auf. Bald erschienen sie unter neuen Namen wieder auf der Bildfläche. In Buenaventura nennen sie sich *Rastrojos*, *Los Urabeños* und *La Empresa*. Sie erheben Schutzgelder von Geschäftsleuten und befördern ihre Kandidaten in die Stadtverwaltung, um ihren schmutzigen Geschäften ungestört nachgehen zu können.

Auch der Stadtteil Puente Nayero war so ein Viertel, wo die Gewalt regierte. Unter einem Palmdach spielen Männer Domino. Jugendliche haben ihre Stereo-

anlagen auf volle Lautstärke gedreht und sitzen auf einem umgedrehten Boot. Aus den Häusern dringt der Duft von gebratenem Fisch und Brotfrucht. Die Menschen wirken fröhlich und entspannt.

„Humanitärer Raum“

Das war nicht immer so, sagt der 61jährige Fischer Hilario Reina Aguirre. Er erinnert sich noch gut, als die ersten Bewohner vor 30 Jahren begannen, eine Müllhalde am Rande des Meeres in bewohnbares Land zu verwandeln. Der Müll wurde mit Erde zugeschüttet und eingeebnet. Die Menschen lebten vor allem vom Fischfang. Der Friede hatte ein Ende, als vor etwa zwölf Jahren in der Nähe große Hotels gebaut wurden. „Die Hotelzone soll erweitert werden“, sagt Reina, „wir stehen dem im Weg“. Plötzlich seien die Paramilitärs aufgetaucht und hätten die Leute von Puente Nayero terrorisiert. Aus einer *casa de pique* habe man immer wieder Schreie gehört.

Den möglichen Ausweg fand ein Freund, der im Norden des Landes die humanitäre Zone von San José de Apartadó kennenlernte. Dort beschlossen die Bewohner eines von der Gewalt geplagten Dorfes, sämtlichen bewaffneten Akteuren den Zutritt zu verwehren. Wie man das anstellt, wusste zunächst niemand. Aber man fand Unterstützung bei der Organisation *Justitia et Pax*, die auch die Gemeinde San José im fernen Urabá begleitet und vom österreichischen Versöhnungsbund unterstützt wird. Im Geheimen wurden über 20 Koordinatoren geschult, von denen einige wieder absprangen, weil sie um ihr Leben fürchteten. Eine Messe, die Héctor Epalza, der Bischof von Buenaventura, am 13. April 2014 las, diente als Anlass für den Befreiungsschlag. Der Bischof forderte ein Ende der Gewalt und im Beisein internationaler Beobachter erklärten sich die Bewohner von Puente Nayero zum „humanitären Raum“.

„Das Leben eines US-Amerikaners zählt mehr als das von tausend Kolumbianern“, sagt Luis Yasmani Grueso, einer der Koordinatoren. Die Paramilitärs hätten sich darauf zurückgezogen. Armee und Polizei mussten sich verpflichten, den notwendigen Schutz zu gewährleisten. Polizisten wachen an fünf strategischen Punkten darüber, dass kein Bewaffneter das Viertel betritt. Sie selbst halten sich heraus. Aber ohne die Präsenz internationaler Beobachter würden sich die Leute in Puente Nayero auch jetzt noch nicht sicher fühlen. ■

Interview mit
Clara López

Bringt das bevorstehende Abkommen von Havanna den Frieden?

CL: Nein, es bringt das Ende des bewaffneten Konflikts. Den Frieden müssen wir selbst aufbauen, und viele von uns haben bereits vor langer Zeit damit begonnen. Wir hoffen, dass mit dem Abkommen die jetzt nur formal existierende Demokratie mit Leben gefüllt wird. Bisher hat der bewaffnete Konflikt bewirkt, dass sie sehr eingeschränkt ist. Die Linke wurde stigmatisiert und auf gar nicht demokratische Art und Weise behandelt. Unsere erste Hoffnung ist also, dass ein politischer Pluralismus möglich wird, in dem keine politische Kraft ungerecht ausgegrenzt wird. Die alternativen Kräfte müssen endlich in der Lage sein, der Gesellschaft ihre Vorschläge zu unterbreiten, um eines Tages die Regierung zu übernehmen.

Wird die Regierung sich an das Abkommen halten? Das mit den Paramilitärs hat sie ja auch nicht erfüllt.

Die Regierung hat die Vereinbarung mit den Paramilitärs [aus dem Jahr 2007, Anm.] gebrochen, weil sie Dinge versprochen hatte, die sie nicht halten konnte. Das Abkommen war sehr wenig transparent. Es gab keine Bemühungen, die Paramilitärs in eine politische Kraft umzuwandeln.

Die FARC haben ein halbes Jahrhundert unter dem Banner der sozialen Gerechtigkeit gekämpft. Wird die jetzt auf dem Verhandlungsweg hergestellt?

In diesem Land hat die Gewalt vielen Menschen dazu gedient sich zu bereichern. Man muss sich nur die Zahlen über die Landkonzentration ansehen. Es hat systematischen Landraub gegeben. Wenn vor 70 Jahren 0,9 Prozent der Bevölkerung die Hälfte des Landes kontrollierten, so sind es heute 0,4 Prozent, die 70 bis 80 Prozent besitzen. Der bewaffnete Konflikt hat also die Ungerechtigkeit noch zugespitzt. Und

„DEN FRIEDEN MÜSSEN WIR SELBST AUFBAUEN“

das gelang dank der politischen Ausgrenzung der Linken. Wir hatten nie Chancengleichheit. Dabei haben auch die Medien eine unglückliche Rolle gespielt. Sie vertreten Positionen, als wären sie politische Parteien und geben manchmal die politische Agenda vor.

Ich habe den Eindruck, dass in vielen Gebieten, die heute durch den Krieg wirtschaftlich nicht voll genutzt werden können, neue Konflikte bevorstehen.

Ja, es gibt viele Konflikte rund um die Landnutzung. Unter dem Land vieler Kleinbauern liegen Öl- oder Kohlereserven. Der Staat hat sich den Zugriff darauf verschafft, ohne angemessene Entschädigung zu bieten. Es gibt neue Vertreibungen. Pax Christi hat ein Buch veröffentlicht, das die Vertreibungen von Bauern durch illegalen Bergbau im Departement Cesar dokumentiert.

An Vertreibungen sind sowohl transnationale Konzerne als auch kolumbianische Staatsunternehmen beteiligt.

Das neoliberale System des Extraktivismus ist seit Beginn der 1990er Jahre in Kolumbien fest verankert. Die Ausbeutung der Rohstoffe wird gegenüber der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion privilegiert. Das Land hat eine Deindustrialisierung durchgemacht und der Ackerbau wurde vernachlässigt. Das ist ein ernstes Problem und wir denken, dass das den nationalen Interessen widerspricht. Deswegen verlangen wir mehr Demokratie: Es darf nicht mehr möglich sein, Kleinbauern gewaltsam zu vertreiben, wie es in den vergangenen 50 Jahren ständig passiert ist. Zuerst wurden sie vertrieben, weil Großgrundbesitzer ihr Land wollten. Sie mussten sich an der Agrargrenze ansiedeln und Urwald roden. Jetzt, da auch diese Ländereien interessant geworden sind, werden sie neuerlich vertrieben.

Die linken Regierungen in Südamerika setzen aber auch voll auf Extraktivismus. Hat der Polo Democrático alternative Konzepte?

Ich denke, man kann Bergbau und Ölförderung auch mit mehr Rücksicht auf die Umwelt und die Bauern betreiben. Derzeit werden Leute mit minimaler Entschädigung vertrieben und man beruft sich auf das nationale Interesse. Wir sehen in Ecuador, dass es auch anders geht. Auch dort gibt es Umweltkosten, aber die sind viel geringer.

Der Kongress diskutiert ein Gesetz, das die Höchstgrenze für den Verkauf von Staatsland an Private aufheben soll. Das fördert doch die Landkonzentration.

Wir sind der Meinung, dass dieses und viele andere Gesetze, die der Kongress jetzt beschließt, gegen die ausdrücklichen Ziele des Friedensabkommens von Havanna gerichtet sind, das ohnehin das Wirtschaftsmodell nicht in Frage stellt. So ein Gesetz nimmt dem Staat die Möglichkeit, Land umzuverteilen. Was da passiert, ist eine kapitalistische Akkumulation mit enormen Auswirkungen, die sich gegen den Frieden auf dem Land richten.

Wird dieses Abkommen transparent oder hinter dem Rücken der Bevölkerung ausgehandelt?

Es ist ein Abkommen zwischen kleinen Führungsgruppen. Die Zivilgesellschaft spielt dabei keine Rolle. Dabei muss gerade die Zivilgesellschaft eine tragende Rolle spielen, wenn die Schleusen für die Demokratie geöffnet werden.

Interview: Ralf Leonhard

ZUR PERSON

Die Ökonomin und Juristin Clara Eugenia López Obregón, 66, hat zwar einige Präsidenten in ihrem Stammbaum, war aber schon als Studentin in Harvard gegen den Vietnamkrieg politisch aktiv. In Kolumbien engagierte sie sich im progressiven Flügel der Liberalen Partei und war später an der Gründung der Linkspartei Polo Democrático Alternativo beteiligt. Für ihn bewarb sie sich zweimal erfolglos um die Präsidentschaft und zuletzt 2015 um das Bürgermeisteramt von Bogotá. Ende April wurde Clara López zur Arbeitsministerin ernannt.

„FÜR EINEN FRIEDEN MIT WIRKLICHEN ÄNDERUNGEN“

Am 30. März gaben die Regierung Kolumbiens und das Heer der Nationalen Befreiung ELN den Beginn eines Friedensdialogs bekannt. Darüber sprach **Fernando Vicente Prieto** vom Portal *Resumen Latinoamericano* mit **Marylen Serna**, Bauernführerin im Departement Cauca und Sprecherin des Kongresses der Völker.

Wie beurteilen Sie die Ankündigung des Dialogs zwischen Regierung und ELN?

Sie gibt zu Hoffnung und zu hohen Erwartungen Anlass. Es ist nötig, dass den beiden aufständischen Organisationen Gelegenheit gegeben wird, über ihre Vorschläge für die Erneuerung des Landes mit der Regierung zu verhandeln; darum haben sie schließlich in den letzten 50 Jahren gekämpft. Wir denken, dass die Gespräche zwischen Regierung und ELN die Einbeziehung der Gesellschaft in den Aufbau des Friedens erlauben werden.

Das glauben wir nicht nur wegen der Position des ELN, dass die Gesellschaft die Themen der Verhandlungen bestimmen müsse, sondern weil wir, die sozialen Organisationen und Bewegungen, seit Langem eigene partizipative und demokratische Räume einfordern. Dort wollen wir mit der Regierung Lösungen aushandeln, die es erlauben, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des sozialen und bewaffneten Konflikts zu überwinden. Wir rufen daher die Gesellschaft dazu auf, sich bereit zu machen für die Teilnahme an der Schaffung des Friedens.

Was die von Ihnen erwähnten Themen betrifft, hat Präsident Santos erklärt, dass einige Punkte nicht verhandelbar sind.

Wenn wir von der Teilnahme der Gesellschaft am Aufbau des Friedens sprechen, hat das für uns mehrere Aspekte. Der erste ist jener der Einheit, der Erzielung einer wirklichen politischen Übereinstimmung zwischen vielen Teilen der Gesellschaft, um die Foren und Garantien für diese direkte Teilnahme zu fordern.

Ein anderer Aspekt ist es, politische Gemeinsamkeiten darüber zu finden, welche substantiellen Änderungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der kolumbianischen Bevölkerung nötig sind. Solche Themen sind die Agrarpolitik, die Politik bezüglich Bergbau und Energie, die Freihandelsverträge, Gesundheits- und Bildungspolitik, die Anerkennung der sozialen Akteure als politische Subjekte. Gestützt auf die Einigung über diese Themen können wir dann gemeinsam einen Mechanismus für unsere Teilnahme fordern.

Schließlich geht es um dieses Instrument für die Verhandlung mit der Regierung. Dafür ist unserer Überzeugung nach soziale Mobilisierung wesentlich. Bisher hat die Regierung klargestellt, dass sie über das wirtschaftliche und politische Modell, die für den bewaffneten Konflikt aber grundlegend sind, nicht verhandeln wird. Wir haben gesagt, dass über dieses Modell sehr wohl verhandelt werden muss. Dass jene Politiken, die sich gegen die Territorien und die Gemeinschaften richten, auf den Verhandlungstisch gehören, dass über Änderungen diskutiert werden muss, damit es zu einer Politik kommt, die für die Bevölkerung positiver ist. Wir wollen einen Frieden mit der Möglichkeit von Teilnahme, mit der Befugnis für verbindliche Entscheidungen, aber vor allem mit Transformationen zugunsten der kolumbianischen Bevölkerung.

Welche Initiativen in Richtung auf diese Einheit und gemeinsame Themen habt ihr schon gesetzt?

Auch wenn die lange Geschichte des Kampfes der sozialen Bewegungen anzuerkennen ist, muss auch der Aufstieg neuer sozialer Bewegungen hervorgehoben werden, die breite Schichten der Gesellschaft um sich scharen. In letzter Zeit wurden in diesen Prozessen landesweite Strukturen gebildet. So umfasst die *Cumbre Agraria Étnica, Campesina y Popular* 13 der wichtigsten agrarischen Plattformen des Landes. Sie ist aus den bäuerlichen Mobilisierungen des Jahres 2013 hervorgegangen und verfügt heute über einen einheitlichen landesweiten Forderungskatalog zu Agrarfragen, eine wichtige, zutiefst politische Entwicklung. Sie verhandelt ge-

schlossen mit der Regierung und bereitet aktuell eine gemeinsame Kampagne vor.

Diese drei Faktoren – gemeinsame Forderungen, einheitliche Verhandlungskommission und Mobilisierungen – sind Bestandteil dieser Entwicklung von Themen für den Friedensprozess. Wir bereiten für 2016 eine große Mobilisierung nicht nur der Bauernbewegung vor, sondern auch der Arbeiterbewegung, in den Bereichen Transport, Gesundheit, Erziehung und anderen.

Diese konkreten, permanenten und auf Transformationen abzielenden Aktivitäten der sozialen Bewegung sind unser Beitrag zum Aufbau des Friedens. Wir müssen diese Strukturen der Einheit in die Waagschale werfen, um diesen wirklichen Frieden zu schaffen, den wir durch reale Beteiligung erreichen wollen.

Welche Maßnahmen und Garantien für den Friedensprozess sind am dringendsten?

Die Regierung muss in erster Linie die soziale Bewegung anerkennen, muss die Gemeinschaften, ihre organisatorischen Dynamiken und ihre Anführer respektieren. Daher darf die juristische Verfolgung und Kriminalisierung der sozialen Bewegung nicht weitergehen, da sie zu jenen gehört, die sich für Frieden im Land einsetzen. Zweitens muss der Paramilitarismus zerschlagen werden, der gegen die Territorien und Gemeinden vorgeht, um die Welle der Teilnahme und Mobilisierung rund um das Thema Frieden und die Verteidigung der Territorien aufzuhalten.

Und schließlich Respektierung der Menschenrechte. Es kann nicht sein, dass die Gemeinden weiterhin verfolgt werden, denn sie sind die Basis für einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit. Und wir brauchen auch den politischen Willen der Regierung, die Gemeinden und Organisationen anzuhören, damit ein wirklich demokratischer Prozess möglich ist. ■

Erschienen am 1.4.2016 auf www.resumenlatinoamericano.org. Übers.: Hermann Klosius

Interview mit
Marylen Serna

KEIN FRIEDE FÜR DIE BAUERN IM CAQUETÁ

Von Ralf Leonhard (Text+Fotos)

Brücke des Widerstandes nennen die Bauern und Viehzüchter der Gemeinde Valparaíso eine schmale, unscheinbare Brücke über einen Bach. Sie war vergangenes Jahr wochenlang Schauplatz einer Blockade für Personal und Maschinen des Bergbaukonzerns *Emerald Mining*, der nahe der Ortschaft La Florida eine Bohrplattform errichtet hat. Der einzige Weg dorthin führt über die Brücke des Widerstands, wo sich Bauern anketteten, um ihre Verzweiflung zu demonstrieren.

zern vergibt. Will er nicht verkaufen, dann kann er im öffentlichen Interesse enteignet werden.

Der Kampf um die Ressourcen wird in Kolumbien mit aller Härte geführt. Präsident Juan Manuel Santos strebt die baldige Unterzeichnung eines Friedensabkommens mit der größten Rebellenorganisation *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) an. Er hat nicht nur das künftige Wirtschaftswachstum auf wachsende Einnahmen aus dem Bergbau ausgerichtet. Auch die Kosten des Friedensabkommens will er damit finanzieren. So

stalt besserer Straßen, Schulen und Gesundheitszentren würde da das Sprudeln der Ölquellen begleiten. Gehalten werde aber nichts davon: „Sie hinterlassen nur giftige Abfälle, selbst wenn sie kein Öl finden“. Der Geistliche hat daher im Rahmen der *Vicaría Sur*, einem Zusammenschluss von Diözese und geistlichen Orden in der Region, Aufklärungsarbeit betrieben, unterstützt von der österreichischen Dreikönigsaktion. „Unsere Bauern lassen sich nicht mehr so leicht hinter Licht führen“, sagt der Geistliche.

Abschreckendes Beispiel

Inzwischen wissen die Bauern von anderen Ölquellen, was so ein Projekt bedeutet. Alis Ramírez aus der nahe gelegenen Gemeinde Fragiüta hat sich mit der Ölgesellschaft *Pacific Rubiales* angelegt. „Als sie mit den Bohrungen begannen, fiel jede Menge giftiger Abfall an. Sie kippten das einfach in den Fluss und wir mussten kontaminiertes Wasser trinken“, erzählt die resolute Frau, die den Widerstand dagegen organisierte. Acht Tage lang hielten sie eine Straßenblockade durch. Dann kam die Armee und löste die Blockade auf. Zumindest erreichten sie, dass der Giftmüll nicht mehr in den Fluss gekippt wird. Die giftige Schlacke wurde dann allerdings entlang der Straße verteilt und sickerte mit dem Regen ins Grundwasser. Jede Menge gesundheitlicher Probleme seien die Folge gewesen.

Doch das Schlimmste seien die sozialen Folgen gewesen, erzählt die Bäuerin Alis Ramírez, die inzwischen zu einer entschlossenen Aktivistin gegen Ölbohrungen geworden ist. Einige der Dorfältesten hatten sich nämlich durch großzügige Einladungen überzeugen lassen, dass das Öl Fortschritt und Reichtum bringen würde. „Es begannen soziale Auflösungserscheinungen“, erinnert sie sich bitter. Die Anführer begannen zu streiten. Zwischen den Gemeinschaften brach ein regelrechter Krieg aus. Die versprochene Entwicklung habe sich nie eingestellt: „Wenn einer für zwei oder drei Wochen Arbeit bekam, wurde er dann wieder entlassen. Denn gebraucht wurden Fachkräfte, die sie von woanders holten. Frauen fielen auf die Verführungskünste dieser Fremden herein. Familien zerbrachen und Mädchen landeten in der Prostitution“.



Für diese Bauern ist Präsident Santos ein Handlanger multinationaler Konzerne

Angeführt wurde die Blockade vom 58jährigen José Saldarriaga. Ende Mai, zwei Monate nach Beginn der Blockade, schickte das Innenministerium schließlich die ESMAD, die berüchtigte Antiaufrehrereinheit der Polizei. Um die hundert Bauern stellten sich ihr entgegen, vermieden aber größeres Blutvergießen. Saldarriaga: „Wir legten die Ketten ab, damit sie uns nicht umbrachten. Denn offenbar waren sie auf ein Massaker eingestellt“. Einem Nachbarn hätten die Polizisten gesagt, drei Verletzte und zehn Männer mit Blessuren, das sei gar nichts. Sie hätten für den Einsatz ein Budget gehabt, um für 20 Tote Entschädigung zu zahlen.

In Kolumbien gehört alles, was unter der Erde liegt, dem Staat. Der Grundeigentümer kann sich also nicht widersetzen, wenn die Regierung eine Lizenz zur Ausbeutung der Bodenschätze an einen Kon-

steht es im Entwicklungsplan 2014-2018. Für Santos ist der Bergbau eine der „Lokomotiven der Entwicklung“. Die Armee, die seit Beginn der Verhandlungen mit der Guerilla weniger beschäftigt ist, bekommt eine neue Aufgabe. Schon jetzt sind über 20 Bergbau-Bataillons zum Schutz der Minen und Ölausbeutung aufgestellt worden.

Für die Bauern im Amazonasdepartement Caquetá klingt das wie eine gefährliche Drohung. Die ehemalige Urwaldregion ist durch systematische Besiedelung und Abholzung in den vergangenen 50 Jahren zu einer Hochburg der Rinderzucht geworden. Das Öl gefährdet das prekäre ökologische Gleichgewicht. Auch Carlos Ernesto Suárez, Pfarrer der Gemeinde Valparaíso, ist kein Freund der Erdölförderung: „Die Konzerne versprechen alles Mögliche und nützen dabei die Unwissenheit der Bauern aus“. Entwicklung in Ge-

Die Probebohrungen in Fragüita wurden inzwischen eingestellt. Nicht wegen der Proteste der Bauern und der unleugbaren Umweltschäden, sondern weil die Qualität des Öls gering ist und der niedrige Weltmarktpreis derzeit die Ausbeutung nicht rechtfertigt. Sollte der Ölpreis aber wieder steigen, ist damit zu rechnen, dass die Bohrungen aufs Neue beginnen.

Auch der Ölkonzern *Emerald Mining* hat inzwischen einige Rückschläge einstecken müssen. So sind bei den Probebohrungen mehrere Bohrköpfe kaputt gegangen und die Ergiebigkeit der Vorkommen dürfte die Erwartungen nicht erfüllen. Deswegen sind die Explorationen derzeit suspendiert. Abgezogen ist der chinesische Konzern aber nicht. Und José Saldarriaga und seine Leute wollen auch nicht lockerlassen. Sie setzen ihre Informationsarbeit in den betroffenen Dörfern fort.

Widerstand unerwünscht

Von den Behörden haben die Bauern keine Unterstützung zu erwarten. Bei den zuständigen Ministern in Bogotá sind sie abgeblitzt. Der Kongress hat sogar das ehemalige Urwalddepartement Caquetá per Gesetz für zwei Jahre aus der geschützten Amazonasregion ausgegliedert und der Andenregion zugeschlagen, damit Erdöl- und Bergbaulizenzen im großen Stil vergeben werden konnten. Deswegen glaubt Pfarrer Carlos Ernesto Suárez auch nicht, dass mit dem bevorstehenden Friedensabkommen auch der soziale Friede in Kolumbien einkehren wird: „Leider sind die staatlichen Sicherheitskräfte nicht daran interessiert, die einfachen Menschen zu beschützen. Aus dem einfachen Grund weil die keinen Reichtum produzieren. Den Staat interessiert das Erdöl. Und wenn die Zivilgesellschaft nicht mit dessen Ausbeutung einverstanden ist, dann wird sie als Feind betrachtet“. Wenn sich jetzt die Aufständischen nach dem Friedensabkommen zurückziehen, entstehe ein Vakuum, das andere Organisationen anzieht, die kaum die Interessen der Bauern vertreten werden. Suárez: „Sie dienen dem, der am besten zahlt“.

Seltener Lichtblick

Mitte April gab Präsident Juan Manuel Santos die Einstellung des Erdölprojektes Res 286 bekannt. Es werde so lange suspendiert, bis die ökologische Unversehrtheit von Caño Cristales, einem der – auch in touristischer Hinsicht – wichtigsten Flüsse des Landes, gewährleistet sei.



„Willkommen bei der Verteidigung des Territoriums, von Wasser, Flora und Fauna“

PARAMILITÄRS MORDEN WIEDER IN GANZ KOLUMBIEN

Basisorganisationen aus sechs Departements und aus der Hauptstadt Bogotá haben in den letzten Wochen über 80 mutmaßlich politische Morde gemeldet. In die meisten betroffenen Gebiete waren im Laufe der letzten sechs Monate Paramilitärs massiver als zuvor eingedrungen, gemeinhin uniformiert und bewaffnet. Den Ermordungen war die Ankündigung in Form von Flugblättern, meistens von der Gruppe *Los Urabeños*, vorangegangen. Darin hieß es, dass sie Diebinnen, Drogensüchtige, Prostituierte, aber auch Guerilla-HelferInnen töten würden. In einigen Fällen ordneten die Pamphlete am Abend eine Ausgangssperre an.

Viele Opfer waren Angehörige sozialer Bewegungen. So sind im Departamento Cauca Gil de Jesús Salgado von der regionalen Kleinbauernorganisation ACA und das Mitglied der linken Partei *Unión Patriótica* Milton Yesid Escobar am 10. März ermordet worden.

Im westlichen Departamento Cauca sind allein in diesem Jahr 45 Menschen in einem Gebiet umgebracht worden, in dem Indigene und BäuerInnen gegen die Enteignung von Ländereien durch große Bergbauunternehmen kämpfen. Im nördlichen Departamento Córdoba beklagte die lokale Bauernorganisation *Ascucor* Ende Februar innerhalb einer Woche neun durch Paramilitärs Getötete.

Ebenso gehen Paramilitärs in der Region Alto Ariari im mittleren Departement Meta in Dörfern auf Streife, in denen auch bewaffnete staatliche Kräfte präsent sind. Im Gemein-

dekreis Granada ist von einer „Gewaltwelle“ die Rede. Weiter südlich, im Departement Putumayo, sind Anfang März acht Menschen innerhalb von 40 Stunden umgebracht worden. Insgesamt sollen Paramilitärs dort in diesem Jahr 20 Personen hingerichtet haben, die vorher durch Flugblätter bedroht worden waren.

Die Morde und die Verteilung von Pamphleten, die eine „soziale Säuberung“ ankündigen und Menschen mit „schlechten moralischen Prinzipien“ zu militärischen Zielen erklären, die die freie Bewegung der EinwohnerInnen begrenzen und die Hinrichtung von „Unschuldigen“ als möglich darstellen, seien eine Vertreibungsstrategie, sagt die grüne Abgeordnete von Putumayo, Yury Quintero. Dieses Verfahren werde angewandt, „damit die Leute ihre Territorien verlassen“ und so Platz für Megaprojekte zur Erdölförderung machen.

So bedroht ein Flugblatt der Gruppe *Bloque Capital* die Gemeinden der „bäuerlichen Schutzzone“ von Putumayo, deren Ländereien Kollektiveigentum und vom Gesetz geschützt sind. Ein Mitglied der Umweltschutzorganisation CIMA zu den Motiven für die Morde und Drohungen im Departement Cauca: Die „Verteidigung der Territorien“ berühre „sehr mächtige Interessen, die mit dem legalen und illegalen Bergbau verbunden sind“. Das gilt auch für die Region des Bajo Cauca in Antioquia, wo seit Februar über 600 Familien vertrieben wurden.

Hans Weber, poonal
(Ausgabe vom 21.3.2016)

TOD FÜR DEN KAMPF GEGEN DIE ENERGIEKONZERNE

In der Nacht vom 2. auf den 3. März wurde die Umweltaktivistin und Koordinatorin des indigenen Rats COPINH **Berta Cáceres** in ihrem Haus ermordet. In den Wochen vor dem Mord hatten die privaten Sicherheitskräfte des Energiekonzerns DESA und die Polizei die Unterdrückung des friedlichen Widerstands gegen das Wasserkraftwerk *Agua Zarca* verschärft.

Von Ralf Leonhard

Die Beisetzung von Berta Cáceres geriet zur Apotheose. Tausende Menschen aller Bevölkerungsschichten und ethnischen Gruppen folgten am Samstag, den 5. März, in der Mittagshitze dem weißen Sarg der Ikone der honduranischen Umweltbewegung zum Friedhof des Städtchens La Esperanza. Eine Gruppe von Garífunas von der Atlantikküste tanzte zu Rasseln und Trommelklängen. Immer wieder rief die Menge im Chor nach „Gerechtigkeit“. Schon am Vorabend waren Menschenmassen am offenen Sarg vorbeidefiliiert. „Ich musste eine Dreiviertelstunde anstehen“, erzählt Jesús Garza, ein persönlicher Freund der Toten und langjähriger Basisaktivist, von der Nacht, als Berta im Haus ihrer Mutter aufgebahrt lag. Wie in Zentralamerika üblich, konnten sich Freunde und Verwandte von der Toten verabschieden. Während die USA und die Europäische Union ihre Botschafter schickten, blieben honduranische Regierungsvertreter dem Ereignis fern.

Auch bei den Aufmärschen zum Internationalen Tag der Frau am 8. März stand das Gedenken an Berta Cáceres in vielen Städten in Honduras und anderen zentralamerikanischen Ländern im Mittelpunkt. Dass die Rufe nach Gerechtigkeit erhört werden, glaubt man bei COPINH nicht. Der 1993 von Berta Cáceres gegründete Zivile Rat der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras schreibt in einem Kommuniqué vom 6. März: „Die Regierung müsste gegen sich selbst ermitteln“. COPINH fordert daher, dass der Staat die Interamerikanische Menschenrechtskommission mit einer unabhängigen internationalen Untersuchung des Verbrechens betraut.

Honduras ist ein gefährliches Land. Mit 57 gewaltsamen Toden pro 100.000 Einwohner liegt der zentralamerikanische Staat noch immer im Spitzenfeld der nicht kriegführenden Nationen. Vor fünf Jahren waren es noch 87. Den unrühmlichen ersten Platz hat Honduras zwar inzwischen an das Nachbarland El Salvador abgegeben (101 Morde pro 100.000 Einwohner), doch als kritischer Journalist oder Umweltaktivistin lebt man weiterhin besonders gefährlich. Die Menschenrechtsorganisation *Global Witness* zählt 101 ermordete Umweltaktivisten allein zwischen 2010 und 2014. Inzwischen sind noch einige dazugekommen. Gemessen an der Einwohnerzahl von acht Millionen ist das die höchste Rate weltweit. Alle diese Morde haben eines gemeinsam: Sie wurden nicht aufgeklärt.

Kein Polizeischutz ...

Die Mörder waren gut informiert. Wenige Stunden, bevor sie in den frühen Morgenstunden des 3. März in das Haus von Berta Cáceres im Bezirk Líbano des Städtchens La Esperanza eindringen, waren ihre Kinder abgereist. Olivia, Bertha, Laura und Salvador studieren in Mexiko und Argentinien. Sie hatten die Semesterferien bei ihrer Mutter verbracht. Das bescheidene Haus hatte Berta erst vergangenes Jahr von ihrem Ersparten gekauft. Für ihre Kinder. Sie selbst lebte bei ihrer Mutter im Viertel El Calvario, seit sie sich vor zehn Jahren von Salvador Zúñiga, dem Vater ihrer Kinder, getrennt hatte.

Die Mörder wussten offenbar auch, dass die Polizisten, die der Staat auf Anordnung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zum Schutz der Aktivistin abstellen musste, nicht vor Ort waren. Sie seien nicht über den Aufenthalt ihrer Schutzbefohlenen informiert worden, behauptete der Innenminister am nächsten Tag. Was die Killer nicht wussten, war, dass Berta in der Nacht vom 2. auf den 3. März nicht allein war. Der mexikanische Umweltaktivist Gustavo Castro hatte an einem Forum über Widerstand gegen Kraftwerksbauten teilgenommen. Dann hatten die beiden bei Bertas Mutter zu Abend gegessen und sich anschließend in Bertas Haus schlafen gelegt. Über den Gast seien die beiden Mörder überrascht gewesen, erzählte der Mexikaner später.

Ein Schuss verletzte ihn am Kopf. Da die Wunde stark blutete, dürften sie ihn für tot gehalten haben.

... aber fragwürdige Ermittlungen

Die Polizei handelte rasch und entschlossen: Binnen weniger Stunden nahm sie Aureliano Molina Villanueva fest, ein Führungsmitglied des COPINH, der sich zur Tatzeit nachweislich zwei Stunden entfernt in San Francisco Lempira befunden hatte. Ohne jeden konkreten Hinweis erklärten die Behörden den Mord an der Aktivistin zur internen Abrechnung. Den Morddrohungen, die in jüngster Zeit gehäuft aus dem Umfeld des Energiekonzerns *Desarrollos Energéticos S.A.* (DESA) gegen sie gerichtet worden waren, ging sie nicht nach. Gustavo Castro berichtet, man habe ihm bei der stundenlangen Befragung ausschließlich Fotos von Demonstrationen des COPINH gezeigt, damit er die Mörder identifiziere. Er selbst sei wie ein Verdächtiger und nicht wie ein Zeuge behandelt worden.

Am Morgen vor dem Mord hatten Anwohner von La Esperanza ein Fahrzeug mit bewaffneten Sicherheitsleuten von DESA in der Nähe beobachtet, die Drohungen gegen Berta Cáceres aussprachen. Bei COPINH weiß man von weiteren verbalen Drohungen auch von Seiten der Polizei.

Umstrittenes Kraftwerksprojekt

Berta Cáceres war trotz der auf ihr lastenden Drohungen stets lebenslustig und optimistisch. Der etwas molligen Frau mit dem schwarzen Lockenkopf waren ihre 43 Jahre und die vier erwachsenen Kinder nicht anzusehen. Die Aktivistin vom indigenen Volk der Lenca war 1993 an der Gründung des COPINH beteiligt. In diesem Dachverband sind die wichtigsten Volksorganisationen und Indigenenvertretungen zusammengeschlossen. International bekannt wurde Berta Cáceres durch ihr Engagement für die Umwelt. Die Interessen der indianischen Völker und der Umwelt hängen eng zusammen. Denn oft wird durch Projekte großer Konzerne der Lebensraum der Indigenen geschädigt. So auch durch das Kraftwerk *Agua Zarca*, das am Río Gualcarque entstehen soll. Die Lenca-Gemeinde La Tejera liegt in unmittelbarer Nähe.



Foto: Ralf Leonhard

Berta Cáceres im Frühjahr 2012 in Wien

telbarer Nähe zur Baustelle, ihre Felder, auf denen Mais, Bohnen, Bananen, Maniok und Gemüse angebaut werden, grenzen ans Flussufer. Der Fluss dient zur Bewässerung der Felder, zum Fischfang und Baden. Außerdem hat er für die Lenca spirituelle Bedeutung. Seit der honduranische Konzern DESA dort einen Staudamm baut, ist den Lenca der Zugang zum Wasser verwehrt. Für das Projekt wurden der Río Gualcarque und seine Nebenflüsse für die Dauer von 20 Jahren privatisiert.

Die indianische Kultur, das sei die Maya-Ruinenstadt Copán – ein Anziehungspunkt für den Tourismus. So lernte es Berta Cáceres noch in der Schule. „Es hieß, die Indigenen hätten keine Kultur, keine Spiritualität. Einem Indio darf man nicht über den Weg trauen“, so erzählte sie vor vier Jahren, als sie auf einer von der Solidarität organisierten Europareise in Wien Station machte. Mit der bescheidenen, fast mädchenhaften Frau konnte man schnell warm werden. Beim Interview in einem kleinen Lokal in Innenstadtnähe ging es um die Proteste gegen Kraftwerksbauten in Honduras, aber auch um Grundsätzliches der indigenen Kultur. Die noch vorhandenen Traditionen, wie die traditionelle Medizin oder der angepasste Landbau, die die Lenca über Generationen gepflegt hatten, seien verdrängt worden. Zeremonien und der Gebrauch der Sprache waren lange Zeit verboten. Seither hat sich viel getan. Mit den Feiern zum 500-Jahresjubiläum der „Entdeckung“ Amerikas und dem Friedensnobelpreis für die Guatemaltekin Rigoberta Menchú 1992 begann ein Erstarken des indigenen Selbstbewusst-

seins. „Die Wiederbelebung der Sprache des Lenca-Volkes ist uns noch nicht gelungen, aber die Spiritualität ist wieder da“, sagte Berta damals im Interview.

Hüter der Flüsse

„In unseren Weltanschauungen sind wir Wesen, die aus der Erde, dem Wasser und dem Mais entstanden sind“, sagte Berta Cáceres, als sie am 20. 4. 2015 in San

Francisco den renommierten Goldman-Preis für ihr Engagement gegen Umweltzerstörung entgegennahm. „Als Lenca sind wir seit Generationen Hüter der Flüsse.“

Dieser Auftrag der Hüter der Flüsse hatte Berta und COPINH immer wieder in Konflikt mit der Regierung und den Konzernen gebracht. 2013 blockierte die Organisation die Zufahrtsstraße zur Baustelle von Agua Zarca. Berta Cáceres und die beiden COPINH-Mitglieder Tomás García und Aureliano Molina wurden festgenommen und des illegalen Waffenbesitzes beschuldigt. DESA wollte die drei für angebliche Schäden von 2,4 Millionen Euro durch die Blockade verantwortlich machen. Sie wurden wiederholt eingeschüchtert und bedroht. Im Stil von Mafia-Organisationen, wie man sie aus dem Kino kennt: „Wir wissen, wo deine Kinder wohnen“. Schließlich musste die Staatsanwaltschaft in Ermangelung von Beweisen das Verfahren einstellen. Spätestens seit damals war Berta Cáceres, die sich unbeugsam gab, in ganz Honduras bekannt. Tomás García wurde wenig später von der Polizei aus nächster Nähe erschossen, als er eine Demonstration gegen den Staudamm anführte. Die Justiz hakte das Verbrechen schnell als Fall von Notwehr ab. Der chinesische Investor Sinohydro zog sich aber zurück und die Bauarbeiten wurden mehr als ein Jahr unterbrochen.

Regierung der Konzerne

Seit dem Putsch von 2009 steht die Umweltbewegung in Honduras unter verstärktem Druck. Der linksliberale Präsident José Manuel Zelaya war damals von Mi-

litärs aus dem Bett geholt und im Pyjama nach Costa Rica verfrachtet worden. Die Macht übernahm die alteingesessene Oligarchie, die ihre Interessen durch Zelayas linke Rhetorik, aber vor allem durch den Privatisierungsstopp und Lohnerhöhungen für die unterbezahlten Arbeiter gefährdet sah. Zu den ersten Taten der Putschisten zählte die Genehmigung von 47 auf Eis gelegten Projekten erneuerbarer Energie, darunter Agua Zarca. Formal ist Honduras inzwischen zur Demokratie zurückgekehrt. Doch der 2013 gewählte Präsident Juan Orlando Hernández setzt die Politik der Putschisten fort.

Staat und Privatwirtschaft sind in Honduras eng verflochten. Das personifiziert niemand besser als David Castillo, der CEO des börsennotierten Konzerns DESA, der das Kraftwerk von Agua Zarca errichtet. Der Absolvent der US-Militärakademie West Point fungierte drei Jahre lang als Assistent des honduranischen Militärgeheimdienstes, bevor er zum technischen Direktor der staatlichen Energieagentur ENEE ernannt wurde. DESA schuf mit dem Beginn der Bauarbeiten im Jahre 2010 schon vollendete Tatsachen, bevor die betroffenen Gemeinden konsultiert wurden. Damit hat Honduras das Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verletzt, das die Information und Konsultation indianischer Gemeinschaften vor solchen Großprojekten zwingend vorschreibt. Kein Einzelfall. Notfalls wird ein entsprechendes Dokument nachgereicht. Zeugen berichteten, ihnen sei für die Teilnahme an Versammlungen pro Staudamm Geld angeboten worden. Unterschriften wurden gefälscht. COPINH und das Honduras-Forum mit Sitz in der Schweiz appellieren jetzt an die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftliche Integration (BCIE) und mehrere transnationale Konzerne – darunter Voith und Siemens – ihre Finanzierung oder Beteiligung am Projekt Agua Zarca einzustellen.*

Berta Cáceres hat diese Forderungen immer wieder erhoben. Ihr Tod, dessen offensichtlichen Zusammenhang mit ihrem Engagement nur die honduranischen Behörden nicht erkennen wollen, hat viele aufgerüttelt. ■

**) Inzwischen hat die BCIE vorläufig ihre Finanzierung von Agua Zarca zurückgezogen. Ihr Direktor Alberto Cortés kündigte am 1. April an, dass sie alle Zahlungen suspendiere, um das Projekt erneut zu überprüfen. Die BCIE folgte damit der Entscheidung der Entwicklungsbanken FMO (Holland) und Finnfund.*

AMTSENTHEBUNG VON PRÄSIDENTIN ROUSSEFF

Die politische Krise in Brasilien ist zu einem Ringen um den demokratischen Rechtsstaat geworden. Ein Großteil der konservativen Opposition fordert mit Unterstützung der Massenmedien und von Millionen Demonstranten den Rücktritt von Präsidentin Dilma Rousseff. Am 17. April stimmten mehr als zwei Drittel der Abgeordneten des Parlaments für ihre Amtsenthebung.

Von Andreas Behn

Ein zwei Meter hoher, undurchsichtiger Metallzaun soll vor dem Kongressgebäude in Brasília die beiden verfeindeten Lager auseinanderhalten. Hunderttausende kamen am Sonntag, dem 17. April, und demonstrierten auf ihrer Seite des Zauns entweder für oder gegen die Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff. Die Spaltung ist seit Monaten im Land zu spüren und sie nimmt zu. Auch der Groll auf die jeweils anderen wird stärker. Vielen in Brasilien gilt die Mauer mitten im Regierungsviertel der Hauptstadt als Symbol der politischen Zukunft – jetzt, nachdem kaum noch jemand daran zweifelt, dass Präsidentin Rousseff und mit ihr die Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) aus dem Präsidentenpalast gedrängt wird.

Weit über vier Stunden dauerte die Abstimmung im Parlament, die am Sonntagabend wie ein Fußballspiel live übertragen und auf Großleinwänden der Pro- und Contra-Veranstaltungen im ganzen Land gezeigt wurde. Kurz vor Ende jubelten die meist grün-gelb geschmückten AnhängerInnen der Opposition und die oft rot gekleideten GegnerInnen der Amtsenthebung trauerten: Mit 367 von 513 Stimmen stimmten deutlich mehr als die notwendigen zwei Drittel der Abgeordneten für die Fortsetzung des Amtsenthebungsverfahrens. Das ist mehr als eine Vorentscheidung, denn im Senat benötigt die Opposition jetzt nur eine einfache Mehrheit, dann muss Rousseff für 180 Tage ihr Amt ruhen lassen.

Gespalten sind auch die ersten Reaktionen: Oppositionsführer Aécio Neves sprach von einem „Sieg der Demokratie“. Das Ergebnis der Abstimmung sei „die Quittung für Arroganz, Rechtsbruch und Straffreiheit“, so der konservative Senator,

der Rousseff im Oktober 2014 bei der Stichwahl unterlag und seitdem ihren Sieg anfecht. Parlamentspräsident Eduardo Cunha, der die Sitzung leitete und das Verfahren im Dezember eingeleitet hatte, erklärte, Brasilien sei in der Talsohle angelangt. „Jetzt ist es notwendig, so schnell wie möglich neue politische Stabilität zu schaffen“, so Cunha.

Für Staatsminister Jaques Wagner wurden „30 Jahre Demokratie unterbrochen“. Die Parlamentsentscheidung sei „ein Rückschritt, es ist ein trauriger Tag“. Im Namen der Präsidentin erklärte Bundesstaatsanwalt José Eduardo Cardozo, dass Rousseff trotz der Niederlage nicht zurücktreten werde. Sie sei Opfer eines Komplotts geworden. „Deswegen wird sie weiterkämpfen und der Gesellschaft zeigen, dass auf die schwer erkämpfte Demokratie nicht verzichtet werden kann“.

Die Abstimmung war der Höhepunkt einer monatelangen Kampagne, in der Rousseff und die PT für alle Übel im Land verantwortlich gemacht wurden: Wirtschaftskrise, Korruption, politische Stagnation, schlechte Stimmung. Doch erst das Amtsenthebungsverfahren und das Überlaufen der wichtigsten Koalitionspartner zur Opposition kurz vor der Abstimmung brachten das Ziel eines Machtwechsels in greifbare Nähe.

Der frenetische Jubel, der unter den oppositionellen Abgeordneten nach ihrem Sieg im Parlament ausbrach, dürfte nicht lange anhalten. Ihr Projekt der Machtübernahme steht von Anfang an auf wackeligen Beinen. Sobald Rousseff ihr Amt – voraussichtlich im Mai – ruhen lassen muss, wird ihr langjähriger Vize Michel Temer an ihre Stelle treten. Es wird erwartet, dass er sofort das gesamte Kabinett austauscht und eine breite Koalitionsregierung unter Ausschluss lediglich der linken Parteien bildet.

Nach den 180 Tagen, in denen die Amtsenthebung erneut geprüft wird, muss der Senat wieder abstimmen und diesmal mit Zweidrittelmehrheit gegen Rousseff stimmen. Sollte sie diesmal die Nase vorn haben, wäre das Politchaos perfekt. Sollte sie wieder verlieren, muss Temer nicht nur Wirtschaftskrise und Unzufriedenheit in den Griff kriegen, sondern auch die Partei der brasilianischen Sozialdemokratie von Aécio Neves ruhigstellen. Denn die PSDB möchte selbst so schnell wie möglich an

die Macht, anstatt dem bisherigen PT-Koalitionspartner den Vortritt zu lassen.

Zudem ist die PMDB alles andere als beliebt. Den Rechten gilt sie als mitverantwortlich für die Regierungspolitik, den anderen als untreuer Partner. Temer fehlt es an Profil und klaren politischen Aussagen. Und er ist enger Verbündeter des umstrittenen Parteikollegen Cunha, der sich im Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras als erster Politiker vor dem Obersten Gerichtshof verantworten muss.

Er wäre unter Temer Vizepräsident und ist das Aushängeschild eines Kongresses, der für viele BrasilianerInnen schon lange jede Legitimität eingebüßt hat: Nach Angaben der Organisation *Transparência Brasil* haben 273 der 513 Abgeordneten Probleme mit der Justiz. Sie sind oder waren wegen Verbrechen wie Geldwäsche, Bestechung, Betrug und teilweise sogar schwereren Vergehen angeklagt oder wurden verurteilt. Auch im Senat liegt mit 45 zu 36 Senatoren die Quote der vor Gericht gestellten PolitikerInnen weit über 50%.

Ein Projekt der Eliten

Die Ausrichtung oder konkrete Programme der Machtalternative spielen bei den Bestrebungen eines Machtwechsels keine nennenswerte Rolle. Die Stimmungsmache richtet sich gegen die regierende Arbeiterpartei PT, gegen den einst so populären Präsidenten und Rousseff-Vorgänger Lula da Silva und eigentlich gegen alle Fortschritte der letzten 14 Jahre. Namentlich die erfolgreichen Sozialprogramme und die Quoten für Nicht-Weiße an Universitäten oder im öffentlichen Dienst stehen im Fokus des Angriffs.

Die Positionen der Politiker und die Haltung der meisten Demonstranten lassen aber erkennen, dass es sich um ein Projekt der alten Eliten, der seit jeher besser Betuchten handelt. Nährboden für diese Stimmungsmache ist zum einen eine Wirtschaftskrise, die durchaus bedrohliche Ausmaße angenommen hat, zum anderen der Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Erdölkonzern *Petrobras*, in dem ein Kartell aus Bauunternehmen überbeuerte Aufträge erschlichen hat und das entsprechende Bestechungsgeld in die Taschen von Politikern und Parteien aller Couleur, aber zumeist von Rousseffs Regierungskoalition, leitete.

KAUM NOCH ABZUWENDEN

Die Regierung und ihre AnhängerInnen monieren, dass „ein Amtsenthebungsverfahren ohne nachgewiesenes Verbrechen ein Staatsstreich“ sei. Es sei ein Vehikel, um der Opposition, die bei Wahlen nicht gewinne, den Weg zur Macht abzukürzen. Lange Zeit vermied Rousseff diese direkte Konfrontation und setzte darauf, sich mit der Unterstützung ihrer oft sehr fragwürdigen Koalitionsparteien im Amt zu halten. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die PT mangels eigener oder linker Mehrheit im Kongress für ihre Regierungsfähigkeit immer schon (auch unter Lula) auf die Unterstützung von Parteien angewiesen war, die alles andere als das ursprünglich durchaus fortschrittliche Projekt der Arbeiterpartei und ihrer Basis aus sozialen Bewegungen befürworteten.

Deutliche Beispiele dafür sind die rechte PP, der es meist nur um Pfründe geht und die auch im Petrobras-Skandal die mit Abstand meisten verdächtigten Politiker stellt. Oder die PMDB, die größte Partei Brasiliens, die als Mehrheitsbringerin an fast allen Regierungen nach dem Ende der Diktatur 1985 beteiligt war und ohne jedes politische Profil klientelistisch ausgerichtet ist. Oder die diversen evangelikalen Parteien, die im Schatten der PT-Regierung Macht und Einfluss aufbauen konnten und in Zukunft bestimmt jeden Versuch linker Politik torpedieren werden. Dass die PMDB Anfang April (wie kurz darauf die PP) die Regierungskoalition verließ und ihr Vizepräsident Michel Temer nun darauf hofft, endlich einmal das höchste Staatsamt zu ergattern, ist für die Partei zwar riskant, aber durchaus logisch.

Não vai ter golpe

Doch es sind nicht Rousseff und ihre Regierung, die dem rechten Durchmarsch wirklich etwas entgegenzusetzen haben. Als deutlich wurde, dass der breite Protest gegen die Regierung auf eine Absetzung der 2014 gewählten Präsidentin und damit auch der demokratischen Verfasstheit hinausläuft, begann eine Mobilisierung all der linken Kräfte, die in ihrer Mehrheit der PT schon längst den Rücken gekehrt haben. Zu Hunderttausenden machten sie erstmals am 18. März auf den Straßen deutlich, dass die in den Medien veröffentlichte Meinung eben nicht die öffentliche Meinung ist. „Não vai ter golpe – es wird keinen Putsch geben“ ist ihr Leitspruch. Auch wenn es

medial oft anders dargestellt wird, ist es eine Mobilisierung zur Verteidigung der Demokratie und gegen rechte Machtgelüste, aber nicht zur Unterstützung der Politik von Rousseff oder der korruptionsanfälligen PT, die einst angetreten war, einen anderen Politikstil zu etablieren. Die Kritiker von links werfen Rousseff vor allem einen fehlenden Draht zu den

sozialen Bewegungen und deren Prioritäten wie Agrarreform, Menschenrechte und auch Umweltpolitik vor. Und dass sie im ökonomischen Bereich – wohl auch als opportunistische Reaktion auf den heftigen Gegenwind – die Arbeitsrechte beschnitt und konservative Reformen bei Renten und in Sozialsystemen erwägt.

Höchstens die Person Lula hat in gewissem Maße zu einer Annäherung von Rousseff und ihrer früheren Unterstützer oder Wähler beigetragen. Dies ist wohl auch der Grund, warum Rousseff den früheren Polit-Star Mitte März als Kabinettsminister in ihre Regierung holen wollte. Einige bezeichnen dies als höchst unglückliches, fast peinliches Manöver.

Andere sehen darin, trotz des vorläufigen Scheiterns, den einzigen Weg, das sinkende Schiff der PT-Regierung noch zu retten. Das hektische Agieren der Rousseff-Feinde insbesondere in der Justiz unterstützt die zweite These: Zuerst wurde Lula von schwerbewaffneten Polizisten zum Verhör abgeführt. Gerüchten zufolge ist es couragierten Beamten der Flughafensicherung des Innenstadthafen Conconhas in São Paulo zu verdanken, dass er damals nicht direkt festgenommen und ins Gefängnis nach Curitiba geflogen wurde, wo der umstrittene Untersuchungsrichter Sergio Moro die Korruptionsermittlungen vorantreibt und keinen Hehl daraus macht, mit allen Mitteln so viele PT-nahe Persönlichkeiten wie möglich in den Skandal verwickeln zu wollen. Kurz darauf wurde Lula Untersuchungshaft angedroht, und



Demo gegen den Sturz von Dilma Rousseff (31.3., São Paulo)

schließlich veröffentlichte Moro einen illegalen Mitschnitt eines Telefongesprächs von Lula mit Rousseff.

Erfolg der tragischen Justizposse war, dass die These, Lulas Ministerernennung sei nur zum Erlangen von Immunität vor den Moro-Ermittlungen geschehen, in Windeseile verbreitet wurde und zu einem heftigen Anheizen des Hassklimas in Oppositionskreisen geführt hat. Zum anderen aber demaskierte die Justiz, die aufgrund ihrer Korruptionsermittlungen viele Lorbeeren geerntet hatte, endgültig ihre politische Ausrichtung: Namhafte Juristen im Inland und eigentlich alle Kommentatoren im Ausland sind sich einig, dass Moro und weitere Justizangestellte sich selbst und damit das ganze Verfahren in Frage gestellt haben. Dies verhindert aber nicht, dass der oberste Richter Gilmar Mendes, der in seiner Freizeit als Hobbypolitiker seine abgrundtiefe Abneigung gegen die PT bei jeder Gelegenheit kundtut, statt sich für befangen zu erklären, in einer vorläufigen Entscheidung die Ministerernennung Lulas für ungültig erklären durfte. Das letztinstanzliche Urteil des Plenums des obersten Gerichts steht noch aus.

Korrupte Ankläger

Der eigentliche Skandal dieser Politikrise ist, dass nicht Dilma Rousseff, sondern ihre Jäger nachweislich in den Korruptionssumpf verstrickt sind. Dies ist zwar bekannt, wird aber ebenso selten erwähnt wie die Panama-Papiere, die in der Presse Brasiliens höchstens im internatio-

⇒ von Seite 15: BRASILIEN

nalen Kontext, aber nicht im nationalen genannt werden. In den Papers werden Politiker von sieben politischen Parteien erwähnt, darunter PMDB und PP, aber auch die führenden konservative Oppositionspartei PSDB. Nur die PT taucht nicht auf, was der medialen Grundtendenz, alles Übel der Regierungspartei in die Schuhe zu schieben, einen Strich durch die Rechnung macht und deswegen lieber unter den Tisch gekehrt wird.

Gegen Rousseff wird bislang weder ermittelt noch liegt ein konkreter Anfangsverdacht vor. Lediglich eine dubiose Kronzeugenaussage macht sie zu einer angeblichen Mitwisserin im Petrobras-Skandal. Im Verfahren gegen sie geht es auch nicht um Korruption, sondern um mögliche Verletzung von Haushaltsregeln in Jahr 2014 und um die vage Vermutung, es habe Unregelmäßigkeiten bei ihrer Wahlkampffinanzierung gegeben.

Im Gegensatz zur Angeklagten sind die Kläger beschriebene Blätter in Sachen Korruption. Parlamentspräsident Eduardo Cunha, der das Amtsenthebungsverfahren auf den Weg gebracht hat, ist der erste amtierende ranghohe Politiker, der vom obersten Gerichtshof wegen der Petrobras-Korruptionsaffäre angeklagt wurde. Schweizer Staatsanwälte wiesen nach, dass er rund fünf Millionen US-Dollar auf geheimen Auslandskonten bunkert. Auch im Ethikrat des Parlaments droht Cunha wegen Falschaussagen sein Amt zu verlieren. In der Kommission, die Rousseffs Fehlverhalten prüft, sitzt unter anderem der in Frankreich wegen Korruption rechtskräftig verurteilte ehemalige Gouverneur von São Paulo Paulo Maluf. Gegen sieben weitere Kommissionsmitglieder ermittelt das Oberste Gericht wegen Korruption und teils weiterer Vergehen. Auch der Wahlverlierer von 2014 und heutige Oppositionsführer Aécio Neves steht im Verdacht, in das Korruptionsgeflecht um Petrobras verwickelt zu sein.

Diejenigen, die die Amtsenthebung von Rousseff vorantreiben, können eines nicht behaupten: dass sie gegen Korruption seien. Die Eile, mit der Lula und Rousseff ausgeschaltet werden sollen, zeugt nicht von Sorge um das Land, sondern vielmehr von der Angst, dass gerade Lula, der 2018 wieder kandidieren will, doch mehr Unterstützung hat als das elitäre Projekt der lautstarken wie fragwürdigen Kritiker. ■

„EIN POLITISCH MOTIVIERTES VERFAHREN“

Die politische Situation in Brasilien ist sehr angespannt und viele BeobachterInnen sorgen sich um die politische Zukunft des Landes. Die TeilnehmerInnen der Frühjahrstagung der deutschen Kooperation Brasilien (KoBra) haben aus diesem Anlass eine Stellungnahme verfasst, die wir im Folgenden wiedergeben.

Es darf keinen Putsch geben“ – das ist seit dem 18. März die Losung der demokratischen Kräfte in Brasilien, die ein Amtsenthebungsverfahren (Impeachment) gegen die Präsidentin Dilma Rousseff (PT) verhindern wollen.

GegnerInnen des eingeleiteten Verfahrens, unter ihnen GewerkschafterInnen, LandarbeiterInnen, KünstlerInnen, Intellektuelle, sowie AnhängerInnen des Bündnisses *Frente Brasil Popular*, bezeichnen dieses Verfahren als einen „Kalten Putsch“ (*golpe branco*), weil zwar nicht eine gewaltsame Machtübernahme durch das Militär bevorsteht, aber die Absetzung einer direkt vom Volk gewählten Präsidentin ohne rechtlich hinreichenden Grund von der rechten Opposition betrieben wird. Ähnliche Vorgänge gab es 2009 in Honduras und 2012 in Paraguay, als ebenfalls gewählte Präsidenten durch ein oppositionelles Bündnis aus Medien, Justiz und Parlament aus dem Amt gejagt wurden.

Auch wenn ein Teil der Medien bewusst einen anderen Eindruck erwecken will – bei dem versuchten Impeachment geht es nicht um eine Verstrickung der Präsidentin in den Korruptionsskandal, der gerade die gesamte politische Landschaft in Brasilien erschüttert. Rechtlich begründet wird das Amtsenthebungsverfahren mit angeblichen Verstößen gegen das Haushaltsrecht. Die Regierung soll sich kurzfristig und ohne Zustimmung des Parlaments Geld bei Staatsbanken geliehen haben. Ein nach dem Haushaltsgesetz nicht erlaubtes Vorgehen, das Vorgängerregierungen ebenfalls anwendeten, das aber nie rechtliche Konsequenzen für diese hatte. Die juristische Begründung des Impeachmentverfahrens ist somit fadenscheinig und vorgeschoben.

Wir sehen daher in dem Impeachment ein politisch motiviertes Verfahren. Nicht eine unabhängige Justiz entscheidet über

die Vorwürfe, sondern ein Parlament, dessen Mitglieder selbst in großer Zahl in Korruptionsvorwürfe verstrickt sind. Gegen den Parlamentspräsidenten Eduardo Cunha, der das Verfahren gegen die Präsidentin mit Anwendung von Tricks der parlamentarischen Geschäftsordnung leitet, läuft selbst ein Impeachmentverfahren aufgrund von Korruptionsvorwürfen und Schwarzgeldkonten in der Schweiz.

Für die vielen Initiativen, Institutionen und Einzelpersonen, die sich seit langem in der Solidarität mit Brasilien engagieren, kann es nicht darum gehen, problematische Politik der Regierungen Lula und Rousseff vor Kritik zu bewahren und Verstrickungen wichtiger Leute aus der Arbeiterpartei (PT) in Korruption klein zu reden. Auch für viele von uns in Deutschland war es in den letzten Jahren schmerzhaft anzusehen, wie Reformen verwässert und umstrittene Großprojekte durchgesetzt wurden. Das mindert aber nicht die Anerkennung der historischen Erfolge der Regierungen Lula und Dilma, wie die Ausrottung des Hungers, effiziente Schritte bei der Armutsbekämpfung und minimale Verringerung der sozialen Ungleichheit.

Das politische System befindet sich derzeit aufgrund einer Rezession und der Korruptionsermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft gegen große Firmen und PolitikerInnen aller Parteien in einer tiefen Krise. Erst die Regierung der Arbeiterpartei hat jedoch die institutionellen Rahmenbedingungen geschaffen, wirksamer gegen Korruption vorzugehen. Die konservativen Kräfte missbrauchen diese Krise für ihre politischen Ziele und einen Angriff auf die Demokratie. Bei einem Erfolg des Impeachments würde der Vizepräsident Michel Temer das Amt übernehmen, der sich inzwischen zur konservativen Opposition bekennt, so dass die Gefahr besteht, dass soziale Errungenschaft der letzten Jahre abgebaut würden. Wir sind nicht der Auffassung, dass das aktuelle Absetzungsverfahren die politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Blockade Brasiliens lösen wird. Aus diesen Gründen unterstützen wir UnterzeichnerInnen die Forderung der demokratischen Kräfte in Brasilien: „Es darf keinen Putsch geben!“

Kooperation Brasilien e.V. (KoBra)

PÄPSTLICHE REISEDIPLOMATIE

Was der mexikanischen Regierung nach langem Bemühen gelang, blieb dem argentinischen Präsidenten Mauricio Macri noch verwehrt: ein Papstbesuch im eigenen Land. Während Franziskus vom 12. bis 17. Februar Mexiko besuchte, bekam Macri auf seine Einladung nur die lakonische Antwort: „Ich werde kommen, sobald es mir möglich ist.“

Von Wolfgang Schweiger



Mexiko zählt neben Kolumbien zu den konservativsten katholischen Ländern Lateinamerikas: Ein elitärer Episkopat, der im Bund mit der Politik das Land beherrscht und sich eher im Golfclub als bei den Armen aufhält. Eine Kirche, die sich mehrheitlich an den „Legionären Christi“ und an „Opus Dei“ orientiert als an befreiungstheologischen Vorbildern. Diese finanzkräftigen Organisationen ermöglichten Johannes Paul II. fünf Mexikoreisen, wo er fand, was er suchte: eine traditionelle Kirche mit wenig sozialpolitischem Engagement. Anders Franziskus. Der ehemalige Kardinal aus Buenos Aires kritisierte wie bei keiner anderen Reise Politiker und Bischöfe und prangerte Korruption, Drogenhandel und Gewalt an. Er rehabilitierte Bischof Samuel Ruiz aus Chiapas und provozierte nicht zuletzt über die mexikanischen Grenzen hinaus. Donald Trumps Ankündigung, im Falle eines Wahlsieges eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu errichten, kommentierte Bergoglio mit der Aussage: „Ich sage nur: Wenn er solche Dinge sagt, dann ist dieser Mann kein Christ.“

Bergoglio wählte politisch brisante Orte aus, um seine Botschaft zu verkünden. Er besuchte Mexiko Stadt, Ecatepec, San Cristóbal de Las Casas, Morelia und Ciudad Juárez. Als erster Papst redete er im Nationalpalast. Dabei forderte er von den Politikern ein Engagement im Sinne des Gemeinwohls und meinte: „Immer wenn wir nach einem Weg der Privilegien oder Vorteile für einige wenige zum Schaden des Wohls aller suchen, wird früher oder später das Leben in der Gesellschaft zu einem fruchtbaren Boden für die Korruption, den Rauschgifthandel, die Exklusion verschiedener Kulturen und für die Gewalt, einschließlich des Menschenhandels, der Entführung und des Todes.“ Dies

wäre wohl der passende Ort gewesen, der 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa zu gedenken. Bergoglio tat es nicht. Warum wohl?

In der Kathedrale wandte er sich an den Episkopat. Die Bischöfe sollten sich von ihrer Rolle als Kirchenfürsten verabschieden und durch glaubwürdige und transparente Arbeit die Frohe Botschaft verkünden. „Und wenn Sie sich streiten, dann tun Sie das wie Männer, von Angesicht zu Angesicht!“, forderte er sie auf. Ein Bischof wurde aber – posthum – rehabilitiert: Samuel Ruiz aus Chiapas. In Cristóbal de las Casas wiederholte der Papst eine bereits in Bolivien vorgebrachte Vergebungsbitte angesichts des millionenfachen Unrechts, das die ersten Völker Amerikas erlitten und erleiden und weihte im Rahmen eines Gottesdienstes Indigenas zu Diakonen. Diese Geste hatte Symbolcharakter, denn Bischof Samuel Ruiz wurde für diese Praxis von der Kirchenhierarchie heftig kritisiert.

In Morelia, der Hauptstadt des vom Drogenkrieg geplagten Bundesstaates Michoacán, wandte sich Bergoglio an die Jugend. Sie solle nicht den materiellen Verlockungen des Drogenhandels und des Verbrechens nachgeben und stattdessen das eigene Potenzial entdecken. „Ihr seid der Reichtum Mexikos!“, rief er ihnen zu und betonte: „Jesus würde uns nie auffordern, Auftragsmörder zu sein!“ Warum er jedoch in der Heimatstadt des wegen Kindesmissbrauchs verurteilten Marcial Maciel zu dessen Verbrechen keine Stellungnahme abgab, weiß wohl nur der Papst selbst. Wollte er vielleicht den 2014 heiliggesprochenen Johannes Paul II nicht kompromittieren, der den Päderasten bis zuletzt verteidigte? Auch in diesem Fall wäre wohl eine Vergebungsbitte angebracht gewesen!

Den Abschluss seiner Mexikoreise bildete Ciudad Juárez. Unweit des Grenzzauns, der Nord- von Lateinamerika trennt, richtete er einen flammenden Appell gegen die Ausbeutung von Migranten und besuchte eine der berüchtigtsten Haftanstalten des Landes.

Und Argentinien? Eine Reise in sein Heimatland steht derzeit wohl nicht auf der päpstlichen Agenda. Denn die Beziehungen zwischen der Regierung Macri und dem Vatikan sind abgekühlt. Dies zeigte nicht zuletzt Macris Antrittsbesuch in Rom am 28. Februar. „Ernste Gesichter, 22 Minuten und ein Foto“ titelte die linksliberale Tageszeitung *Página 12*. Rom bleibt der neoliberale Schwenk samt menschenrechtsfeindlicher Begleitmaßnahmen in Argentinien nicht verborgen.

Konkreter Anlassfall ist die Verhaftung der Túpac Amaru-Führerin und PARLASUR-Abgeordneten Milagro Sala. Eine Maßnahme, die nicht zuletzt von kirchlichen Gruppen als Anschlag auf die Zivilgesellschaft verstanden wird. Der Befreiungstheologe Eduardo de la Serna sagte im Rahmen eines Solidaritätsgottesdienstes auf der Plaza de Mayo. „Wir haben eine Schwester als Gefangene, eine politische Gefangene!“ und er appellierte an den Papst, sich für die Freilassung Milagro Salas einzusetzen. Dieser reagierte mit einer symbolhaften Geste. Er schickte der Gefangenen einen Rosenkranz, was zu unzähligen Interpretationen führte. Juan Manuel Urtubay, der Gouverneur von Salta, zeichnete sich dabei durch besondere Geschmacklosigkeit aus: „Die Sache mit dem Rosenkranz war eine normale Reaktion. Auch Johannes Paul II schenkte einem Terroristen, der ihn ermorden wollte, einen Rosenkranz.“

Bergoglio jedoch setzte weitere Zeichen. Er traf im Rahmen einer Audienz Verwandte von zwei während der Militärdiktatur verschwundenen Frauen, der Studentin Marianne Erize und der Nonne Leonie Duquet, und bat dabei, seinen Segen allen Angehörigen der Verschwundenen zu überbringen. Bei dieser Gelegenheit kündigte er auch an, dass der Vatikan in den nächsten Monaten seine Archive öffnen und die Akten über die Militärdiktatur der Forschung zur Verfügung stellen wird. Bergoglio lässt sich seine „Menschenrechtsarbeit“ vom argentinischen Präsidenten wohl nicht verbieten. ■

ARGENTINIENS SCHWENK RICHTUNG NORDEN

Obamas Besuch in Macris Argentinien brachte eine Bekräftigung des gemeinsamen Eintretens für Freihandel auf dem amerikanischen Kontinent mit sich, während in Bezug auf die Menschenrechtspolitik der beiden Staaten in der Vergangenheit Schönfärberei betrieben wurde.

Von Jennifer Adair

Die USA haben einen neuen Freund in Südamerika. Diese Botschaft vermittelte Obamas Besuch in Argentinien um den 24. März, 40 Jahre nach dem Putsch, der die dunklen Jahre der Militärdiktatur eingeleitet hatte. Die Ära des Antiamerikanismus sei vorbei, erklärte Obama mit Bezug auf die angespannten Beziehungen zwischen Argentinien und den USA während der Kirchner-Regierungen; zugleich pries er den kürzlich gewählten Präsidenten Mauricio Macri für seinen „Beitrag zur Verteidigung der Menschenrechte in der Region“. Sein Besuch, das erste bilaterale Treffen zwischen den beiden Staaten in nahezu zwanzig Jahren, stieß jedoch nicht auf ungeteilte Begeisterung.

Am 24. März, dem Jahrestag, besuchte Obama den *Parque de la Memoria*. Dieses Mahnmal für die Opfer der Diktatur liegt am Ufer des Río de la Plata, in dessen Fluten Tausende im Zuge der berüchtigten Todesflüge der Militärjunta den Tod gefunden haben, nachdem sie unter Drogen gesetzt und lebend aus Flugzeugen abgeworfen worden waren.

Auffallend war das Fehlen der Mütter und Großmütter der *Plaza de Mayo*, die gemeinsam mit einigen anderen maßgeblichen Menschenrechtsorganisationen ihre geplante Teilnahme an der Zeremonie am Vortag abgesagt hatten. Bei der nahen Mechanikerschule der Marine, dem einstigen geheimen Folterzentrum, das in ein Nationales Museum der Erinnerung verwandelt wurde, war auf großen Transparenten eine klare Botschaft zu sehen: „USA–Obama raus“.

In einem Offenen Brief an Obama gab Adolfo Pérez Esquivel, Träger des Friedensnobelpreises von 1980 und Menschenrechtsaktivist, eine kleine Nachhilfe in Geschichte zur Einordnung von Obamas

Besuch: „Es ist wichtig, dass Sie wissen, dass es kein gewöhnlicher Tag ist, an dem Sie nach Argentinien kommen. 1976, als Ihr Land 200 Jahre Unabhängigkeit feierte, begann hier die tragischste Periode unserer Geschichte.“ Pérez Esquivel war selbst durch eines der schlimmsten Regime Lateinamerikas verhaftet und in den 14 Monaten seiner Gefangenschaft gefoltert worden. Wie er Obama erinnerte, stützte sich die Diktatur auf „Finanzierung, Training und Koordination seitens der Vereinigten Staaten“.

Demonstrationen am Jahrestag

Der 24. März wird offiziell als Tag der Erinnerung für Wahrheit und Gerechtigkeit begangen. Obamas einsamer Rundgang durch den „Park der Erinnerung“ stand in starkem Kontrast zu den Massenkundgebungen im ganzen Land. Die Aufmärsche und Umzüge aus Anlass dieses Jahrestags zählten zu den größten der letzten Zeit. Estela de Carlotto, die Präsidentin der Großmütter der Plaza de Mayo, sprach zu den im Zentrum von Buenos Aires versammelten Menschenmassen. Sie wiederholte dabei das die Ansprachen dieses Jahres dominierende Thema: „Ohne Rechte gibt es keine Demokratie“. Wie jeder 24. März war der Tag dem Gedenken an die Opfer des Staatsterrors und dem andauernden Bemühen, die Verbrechen des Regimes vor Gericht zu bringen, gewidmet. In diesem Jahr aber dienten die Akte der Erinnerung auch als eine Art Referendum über die bisherige Politik der Regierung Macri, in der die Neuformulierung der Beziehungen zwischen Argentinien und den USA eine zentrale Rolle spielt.

Obama ist nicht der erste US-Präsident, der sich vorgenommen hat, „das letzte Überbleibsel des Kalten Krieges“ in Lateinamerika zu Grabe zu tragen. Der Besuch von George Bush Senior im Jahr 1990

stand im Zeichen einer Krise, die der Aufstand rebellischer Offiziere ausgelöst hatte, die befürchteten, für während der Diktatur begangene Verbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Bush dankte dem damaligen Präsidenten Carlos Menem für seine marktwirtschaftlich ausgerichtete Politik und für die Entsendung argentinischer Truppen in den Persischen Golf. Bill Clintons Blitzbesuch erfolgte 1997 vor dem Hintergrund der Diskussionen über ein geplantes gesamtamerikanisches Freihandelsabkommen (ALCA) und der Einstufung von Argentinien als Verbündeter der USA. Es war der Höhepunkt der Phase enger, ja sogar „inniger“ Beziehungen zwischen Argentinien und den USA.

Die 90er Jahre hindurch hielt sich Argentinien mustergültig an den Konsens von Washington, mit Menem als dessen über-



Nicht alle ArgentinierInnen hießen Obama willkommen, ...

zeugtestem Fürsprecher. Seine Regierung hofierte ausländische Investoren und betrieb eine Politik der Austerität, die Ungleichheit und Auslandsschuld in die Höhe schnellen ließ. Während er öffentliche Unternehmen an den Meistbietenden verschleuderte, begnadigte Menem zuvor verurteilte Militärs mit Berufung auf die nationale Versöhnung und eine neue Ära des Wohlstands.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts kam es zur brüskten Abkühlung in den US-argentinischen Beziehungen. 2005 kam George W. Bush zum Gipfel der Americas nach Mar del Plata, um letzte Details des Freihandelsabkommens ALCA zu fixieren. Seine Anwesenheit löste massive Proteste gegen die Freihandelsrezepte der vorher-



Foto: David Fernández

... was der offiziell demonstrierten Harmonie keinen Abbruch tat

gehenden Dekade aus. Néstor Kirchner, der Gastgeber des Gipfels, der nach dem Krisenjahr 2001 Präsident geworden war, hatte eine klare Botschaft: Die von den USA geförderte Wirtschaftspolitik habe nur „Elend, Armut und instabile Demokratien“ mit sich gebracht. Die Verhandlungen scheiterten, und Bush verließ Argentinien im Zorn. Es war ein Wendepunkt, Auftakt für eine verbreitete regionale Absetzbewegung von neoliberalen Experimenten.

Neue Etappe, alte Rezepte

Als Obama kam, um ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen aufzuschlagen, brachte er dieselben marktwirtschaftlichen Rezepte mit sich wie seine Vorgänger. Der Besuch bestätigte Argentinien als wesentlichen Verbündeten inmitten des kontinentalen Rückzugs der fortschrittlichen Regierungen und unterstrich zugleich die führende Rolle der Regierung Macri an der Spitze des Rechtsrucks quer durch Südamerika.

In seinen ersten 100 Tagen im Amt hat sich Macri beeilt, die politischen Maßnahmen der Kirchnerjahre rückgängig zu machen: durch die Eliminierung landwirtschaftlicher Exportzölle, das Ende der Subventionierung von Stromtarifen, massive Entlassungen im öffentlichen Sektor und eine Abwertung der Währung. Während ihrer Gespräche bekannten sich Macri und Obama zu verstärkten Handelsbeziehungen zwischen beiden Nationen, etwa in den Bereichen Agrobusiness, Telekommunikation und Energie. Durch die Vereinbarungen bewegt sich Argentinien auf eine größere Beteiligung an der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) zu, sie begünstigen aber auch Macris Wunsch nach engeren Wirtschaftsbeziehungen zur EU.

Das letzte Element bei der Wiederausrichtung Argentiniens auf den Weltmarkt betrifft das Thema Verschuldung. Anfang März erzielte die Regierung Macri eine Einigung mit den sogenannten „Geierfonds“. Obamas Besuch fiel mit den Verhandlungen im Kongress über die Beilegung des seit 15 Jahren an-

dauernden Rechtsstreits zusammen, in dem der New Yorker Bundesrichter Thomas Griesa eine unrühmliche Rolle gespielt hat. Obama wich einer Stellungnahme in der Sache aus, erklärte aber, dass die Einigung, durch die sich Argentinien verpflichtet, über 4,6 Milliarden Dollar an die US-Gläubiger zu bezahlen, viele US-Unternehmen ermutigt habe, Investitionen in der Höhe von mehreren Dutzend Millionen Dollar in Argentinien anzukündigen.

Menschenrechte im Abseits?

Wo bleiben bei alledem die Menschenrechte? Während seiner kurzen Rede im „Park der Erinnerung“ bekräftigte Obama, seine Regierung werde militärische und geheimdienstliche Dokumente betreffend die Rolle der USA während der Diktatur freigeben. Die Veröffentlichung dieser Berichte von FBI, CIA und Verteidigungsministerium ist eine langjährige Forderung von Menschenrechtsgruppen und internationalen Organisationen. Doch die Ankündigung führte angesichts alarmierender Entwicklungen im Bereich Menschen- und Bürgerrechte nicht zu deren verstärkter Unterstützung für die neue Phase in den bilateralen Beziehungen.

In seinen ersten Monaten als Präsident hat Macri in einem enormen Ausmaß mit Dekreten regiert und im Bereich Sicherheit zur Bekämpfung von Korruption und Drogenhandel einen Notstand erklärt. Im Zuge dieser Maßnahme wurden Argentinien's Polizeikräfte aufgerüstet, nahmen willkürliche Verhaftungen zu und wurde sozialer Protest kriminalisiert. Vor diesem Hintergrund ist die Freigabe von Dokumenten aus der Ära der Diktatur ein kalkuliertes Manöver, das Macri erlaubt, sich das Eintreten für die Menschenrechte auf die Fahnen zu heften, während es gleichzeitig kei-

nen Schutz für die grundlegenden Menschenrechte von vielen Regierungsgegnern gibt.

Jeder 24. März gibt ebenso viel über die Sorgen der Gegenwart Aufschluss wie über die sich wandelnden Interpretationen der Vergangenheit. In den Transparenten, Liedtexten und Slogans der diesjährigen Gedenkakte kam eine vorherrschende und überzeugende Interpretation der jüngeren Geschichte Argentiniens zum Ausdruck, die einen direkten Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Sparprogrammen und politischer und sozialer Gewalt herstellt, beginnend mit der Diktatur selbst. Es gibt aber auch einen neuen Aspekt: Macris demokratisch gewählte rechte Regierung hat geschickt die Geschichte der Menschenrechte im Namen aktueller Sicherheitsfragen instrumentalisiert, auch um damit ihr konservatives Programm für die Region zu fördern.

Obamas historischer Besuch stellte auch den Gebrauch und die Bedeutung des Begriffs Menschenrechte auf die Probe. Von einem Reporter über die Rolle der USA während der langen und blutigen Periode des Kalten Kriegs in Lateinamerika befragt, reagierte er nach einer Pause: „Unsere Erfahrungen mit einem Land wie Argentinien haben uns geholfen, eine reifere und letztlich erfolgreichere außenpolitische Herangehensweise zu entwickeln.“ Er bezog sich dabei auf die Einbeziehung von Menschenrechten als offizieller Bestandteil der US-Außenpolitik in den 70er Jahren während der Regierung Carter.

Seine Antwort vermittelte in diesem Augenblick erneuerter Allianzen in der Hemisphäre aber auch eine andere Botschaft: Sie erlaubte ihm, die ärgsten negativen Auswirkungen der US-Politik zu verurteilen, während er zugleich seine Verpflichtung gegenüber denselben wirtschaftlichen und politischen Zielen bekräftigte. „Wir können die Vergangenheit nicht vergessen“, bemerkte Obama am Ende seines Rundgangs durch den Park der Erinnerung. Am Nachmittag brachen Obama und Macri zu einem Abstecher in die im Süden gelegene Stadt Bariloche auf: neue Freunde im Dienste alter Ziele. ■

Jennifer Adair ist Assistenzprofessorin für Geschichte an der Universität Fairfield. Sie schiebt gerade an einem Buch über die Menschenrechtspolitik in Argentinien nach der Diktatur.

Der Beitrag wurde am 30.3.2016 auf <https://nacla.org> erstveröffentlicht; Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

DIE REGIERUNG MACRI UND DIE MENSCHENRECHTE

Für die Diskussionsveranstaltung unter dem Motto „Bewegungen im Spannungsfeld zwischen Diktatur und Befreiung“, die anlässlich des 40jährigen Bestehens dieser Zeitschrift am 7. April in Wien stattfand, hat die GEA, eine Gruppe von in Wien lebenden ArgentinierInnen, die folgende Erklärung verfasst.

Im November 2015 haben wir den „Grupo Encuentro Austria“ (GEA) ins Leben gerufen. Die Gruppe bietet einen Rahmen, in dem wir in Österreich lebende Argentinier und Argentinierinnen uns mit den argentinischen Angelegenheiten auseinandersetzen können, wobei wir uns als Bindeglied zwischen Argentinien und Österreich verstehen.

Wir unterstützen die Menschenrechtspolitik und die Integrationsmaßnahmen für soziale Eingliederung und bessere Bildung für alle, die in den letzten zwölf Jahren umgesetzt wurden. Wir betrachten mit Sorge, dass heute diese argentinischen Vorstellungen und Errungenschaften in den Bereichen der Menschenrechte und der Sozialpolitik durch die derzeitige Regierung gefährdet sind.

Vor zwei Wochen haben wir zum 40. Jahrestag der blutigsten Diktatur in Argentinien an deren Opfer erinnert. Ganz besonders haben wir die Arbeit der Mütter und Großmütter der *Plaza de Mayo*, von H.I.J.O.S (Kinder für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Schweigen), CONADEP (Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen) unter Leitung von Ernesto Sábato und Friedensnobelpreisträger Pérez Esquivel geehrt.

Ihre Bemühungen rund um die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die durch die zivil-militärische Diktatur begangen wurden, ermöglichten, dass 526 Angeklagte im Rahmen ordentlicher Gerichtsverfahren mit allen verfassungsmäßigen Garantien verurteilt wurden. Außerdem haben bisher 119 Menschen von 500, die als Babys zur Zeit der Diktatur verschleppt wurden, ihre wahre Identität wiedergefunden. Darüber hinaus hat das argentinische Team für forensische Anthropologie in Massengräbern verscharrte Knochenreste identifiziert mit dem Ziel, das Schicksal von Tausenden von Menschen unter den 30.000 Verschwundenen aufzuklären.

Die Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit, welche die Mütter und Großmütter seit den Jahren der Diktatur verlangen, wurden erst mit Raúl Alfonsín und der Rückkehr der Demokratie unterstützt. Mit Néstor Kirchner und Cristina Fernández waren die Menschenrechte als Basis der Gesellschaft verankert. (...)

In dieser Gedenkveranstaltung – 40 Jahre nach Beginn der letzten Militärdiktatur in Argentinien – glauben wir, die Angehörigen des *Grupo Encuentro Austria*, dass es ratsam ist, das weite Spektrum der Menschenrechte immer präsent zu halten.

Es muss berücksichtigt werden, dass nicht nur Diktaturen anfällig für Menschenrechtsverletzungen sind. Auch die von der Gesellschaft gewählten demokratischen Regierungen müssen ihre Verpflichtungen erfüllen und größere Verantwortung übernehmen.

Wir erkennen, dass jeder Bürger die Verantwortung dafür trägt, diese Menschenrechte zu verteidigen, jeder von seinem eigenen Platz in der Gesellschaft aus. In diesem Geiste halten wir es für notwendig, über die folgenden Handlungen der derzeitigen demokratischen Regierung Argentiniens nachzudenken:

- * Einführung eines Protokolls der Repression gegen Demonstrationen; Repression gegen friedliche Handlungen von Arbeitern; willkürliche Anwendung von Gummigeschoßen und Tränengas;

- * Abbruch der sozialen Unterstützungsprogramme für Gesundheit, Fortpflanzung, Erziehung, Wohnung und wirtschaftliche Entwicklung des öffentlichen Sektors;

- * Verhaftung von gesellschaftlichen Akteuren der früheren Regierung ohne vorherige gerichtliche Anordnung und ohne Bekanntgabe der rechtlichen Gründe (Fall Milagro Sala);

- * Aufhebung des Gesetzes über die Vielfalt der Medien, der Presse und des Fernsehens und Setzung von zensurverdächtigen Handlungen;

- * Anwendbarkeitserklärung des Gesetzes über den Abschuss von zivilen Luft-



Foto: David Fernández

fahrzeugen, die des Drogenhandels verdächtig sind, per Dekret, was eine Anwendung der Todesstrafe ohne Gerichtsurteil darstellt;

- * Steuererleichterungen für die reichen Bevölkerungsschichten und Abschaffung der Unterstützungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten;

- * Vorschlag einer Erhöhung der internationalen Verschuldung, wodurch die gesamte Nation verpflichtet wird.

Ohne vorschnelle Urteile fällen zu wollen, glauben wir, dass der Bürger diese Handlungen der Regierung im Lichte der (...) Menschenrechte zumindest analysieren muss.

Jeder kann daraus seine eigenen Schlussfolgerungen ziehen. Diese Schlussfolgerungen sollen gegebenenfalls dazu dienen, am demokratischen Leben intensiver teilzunehmen, indem wir unsere Rechte verteidigen, die Verpflichtungen erfüllen und auf die Einhaltung der Verpflichtungen dringen, die sich aus den Gesetzen und internationalen Verträgen ergeben, die in Argentinien einzuhalten sind – und in einem großen Teil der zivilisierten Welt, zu der wir alle gehören möchten.

Vor kurzem wurde im Zuge eines internationalen Skandals bekannt, dass Präsident Mauricio Macri direkt darin verwickelt ist. Der Fall, bekannt als „Panama Papers“, führt den aktuellen argentinischen Präsidenten in der Liste der Führungskräfte an, die über Konten und Firmen in Steueroasen verfügen, die in der Regel zum Geldwaschen eingesetzt werden und der Steuerhinterziehung dienen. Dies widerspricht dem Prinzip der Ehrlichkeit, die der Präsident bei seiner Amtseinführung im Dezember letzten Jahres gelobte. ■

KIPPT AUCH EVO MORALES?

Das Andenland im Herzen Südamerikas galt als stabilstes unter den Linksmodellen. Nun ging am 21. Februar ein Verfassungsreferendum verloren und mit ihm das strahlende Image des Indígena-Präsidenten. Was bedeutet dies für die „Regierung der sozialen Bewegungen“ und wie ist es so gekommen?

Von Robert Lessmann

Mit knappen 51,3 zu 48,7 Prozent wurden im Verfassungsreferendum die von der Regierung geplanten Änderungen abgelehnt. Es war die erste landesweite Abstimmungs-niederlage für Präsident Evo Morales und sein *Movimiento al Socialismo* (MAS) seit seinem Erdrutschsieg vom Dezember 2005. Zur Abstimmung stand eine Änderung des Verfassungsartikels 168, der für Präsident und Vizepräsident nur eine Wiederwahl in Folge erlaubt.

Diese Begrenzung war nach dem Zivilputsch vom September 2008 auf Betreiben der Opposition bei so gar nicht im Gesetz vorgesehenen Nachverhandlungen des Verfassungsentwurfs aufgenommen worden. Denn schon damals fürchtete sie sich vor dem charismatischen Morales: Er hatte zu diesem Zeitpunkt bereits vier Wahlen und Abstimmungen mit absoluten Mehrheiten gewonnen – zuletzt das Abwahlreferendum vom August 2008 mit 67,4 Prozent. Morales und seine regierende MAS wiederum wollten nun diese Einschränkung per Referendum aufheben. Schon in der letzten Legislaturperiode hatte die MAS eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Sie hätte das Referendum also eigentlich gar nicht gebraucht, war sich aber sehr sicher, nachdem man sieben Abstimmungen in Folge meist mit über 60 Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Morales strebte ein 70-Prozent-Ergebnis an. Wieso ging es also diesmal schief – trotz guter sozio-ökonomischer Leistungen?

Drei zusammenhängende Faktoren lassen sich ausmachen. Da ist zunächst die schiefe Optik des Ansinnens: Die Verfassung war – natürlich einschließlich ihres Artikels 168 – am 25. Jänner 2009 bei einer Rekordwahlbeteiligung von 90,26 Prozent mit 61 Prozent der Stimmen angenommen worden. Es war übrigens seit der Unabhängigkeit von 1825 die erste, die

B
O
L
I
V
I
E
N

Foto: Eveline Sigl

Hat sich unter Evo Morales auch die Lage der Marktfrauen verbessert?

dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde. Wieso also erneut ein Referendum? Zumal es ohnehin bereits die dritte Amtsperiode von Morales ist, da die erste unvollendete von 2006-2009 auf der Grundlage der alten Verfassung nicht mitgezählt wird. Aufgrund bitterer Erfahrungen mit dem Caudillismo schränken viele lateinamerikanische Verfassungen die Möglichkeit einer unbeschränkten Wiederwahl ein.

Der Fall Gabriela Zapata

Wichtiger und sicherlich ausschlaggebend für die entscheidenden 1,3 Prozentpunkte Unterschied war der Coup des „Enthüllungsjournalisten“ Carlos Valverde, der kurz vor dem Referendum eine zurückliegende Liebschaft des Präsidenten mit der blondierten und stets grell geschminkten Dame publik machte, an die sich der Präsident nicht erinnern wollte, obwohl er noch kurz vorher beim Karneval in Oruro zusammen mit ihr abgelichtet worden war. Über Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten. Pikant sind in der Angelegenheit aber zwei Dinge, die seither von der Regenbogenjournalistik auch diesseits des Atlantiks heftigst goutiert werden: Aus der Liaison soll ein Kind hervorgegangen sein, das – so habe man ihm gesagt, sagt der Präsident – kurz nach

der Geburt leider gestorben sei; das lebe und zu gegebener Zeit reden werde, sagen Frau Zapata und ihre Verwandtschaft. Die Behörden wollen jedoch nur eine gefälschte Geburtsurkunde und keinerlei Eintrag in ein Schul- oder sonstiges amtliches Register gefunden haben. Wie dem auch sei. Bei etwas sorgfältigerem Umgang mit (ehemaligen) Beziehungen wäre die ganze Angelegenheit wohl zu vermeiden gewesen, die jedenfalls einen Schatten auf das Image des Präsidenten wirft.

Dazu kommt, dass Frau Zapata als Managerin des chinesischen Unternehmens CAMC Regierungsaufträge in Höhe von 500 Mio. USD requiriert haben soll. Sie sitzt deshalb in Untersuchungshaft, ebenso wie MitarbeiterInnen des *Ministerio de la Presidencia*. Eine parlamentarische Untersuchungskommission will einstweilen keine Unregelmäßigkeiten in den Verträgen entdeckt haben; die Opposition wirft ihr vor, die Angelegenheit nur vertuschen zu wollen.

Wir wissen spätestens aus Brasilien, dass Korruptionsvorwürfe – fundiert oder nicht – ein probates Mittel sind, um Personen und Regierungen zu diskreditieren. Korruptionsvorwürfe sind heute leider auch in Bolivien an der Tagesordnung. Glaubt man ihnen, so herrschen Zustände

⇒ von Seite 21: BOLIVIEN

wie weiland vor dem „Proceso de Cambio“. „Wenn das der Evo wüsste!“, hieß es dazu stets. Damit dürfte es nun vorbei sein.

Der Lack ist ab

Bleiben wir beim Handfesten. Die Handhabung der Affäre Zapata war alles andere als glücklich. Und dass man dabei dem notorischen Carlos Valverde auf den Leim gegangen ist, macht die Sache nicht besser. Der „Enthüllungsjournalist“ aus dem engeren Umfeld des Präfekten von Santa Cruz, Rubén Costas, einem der wichtigsten Widersacher von Morales, widmet sich vorrangig dem Anschwärzen von Präsident und Regierung.

Doch dahinter steckt weit mehr. Hatte die MAS bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2014 bis auf das bevölkerungsschwache Departement Pando überall die Mehrheit gewinnen können, selbst in den Oppositionshochburgen Tarija, Santa Cruz und Beni, so gingen ihr bei den Kommunalwahlen vom Frühjahr 2015 bereits wichtige Städte verloren: La Paz sowieso, aber auch ihre Hochburg El Alto. Ohne Not hatte man eine Allianz mit dem linksliberalen *Movimiento Sin Miedo* von Juan del Granado aufgekündigt, des sehr erfolgreichen und populären Bürgermeisters von La Paz. Angeblich jagte man sich gegenseitig Kandidaten ab. Nun regiert dessen Nachfolger Luis Revillo seit 2010 La Paz und dessen Bewegung *Sol.bo* seit 2015 auch El Alto – damit also den größten Ballungsraum des Landes.

Korruptionsaffären wie der dreistellige Millionenbetrug beim *Fondo Indígena*, Ungereimtheiten und Widersprüche kosten Stimmen besonders im gut informierten urbanen Raum und nicht nur bei den Mittelschichten. Bolivien war stets ein rentenkapitalistisches System, das von Exportabgaben auf Rohstoffe lebte und sich um Steuerbürger nicht kümmern musste. Mit der Nationalisierung der Kohlenwasserstoffressourcen im Mai 2006 hat die Regierung Morales hier neue Geschäftsbedingungen geschaffen. Die Einnahmen sind enorm gestiegen, auch wegen der bis vor kurzem hohen Rohstoffpreise. Die deutlich höheren Einnahmen standen nun dem Staat zur Verfügung, der sie unter anderem in Sozialprogramme und Infrastrukturprojekte steckte. Die bolivianische Wirtschaft wuchs im Durchschnitt der letzten Jahre stets um knapp fünf Prozent.

Doch am Modell an sich hat sich wenig geändert: Rund ein Drittel der Einnahmen kommen direkt aus Erdöl- und Erdgasexporten, ein weiterer sehr hoher Anteil aus der Besteuerung der betreffenden Unternehmen und der Mehrwertsteuer – und ein Großteil der Investitionen fließt auch wieder dorthin. Ein Rentenkapitalismus mit starker staatsinterventionistischer Komponente, könnte man sagen.

Wenig geschieht zur Diversifizierung der Wirtschaft, zur Förderung mittelständischer oder kleiner Produktion. Dafür „ruht“ die Landreform. Die Agroindustrien (incl. Chemieeinsatz und Gentechnologie) des östlichen Tieflands werden vielmehr gefördert und mit Krediten unterstützt. Im Diskurs (auch des marxistisch gebildeten Vizepräsidenten) ist folgerichtig auch nicht von alten Eliten oder Agrarbourgeoisien die Rede, sondern stets von einer amorphen „la derecha“ als dem politischen Gegner. Mit einer „Bewegung zum Sozialismus“ hat das alles wenig bis nichts zu tun. Eher schon mit Machterhalt.

Scharenweise hat die MAS Linksintellektuelle vergrault, der ehemalige UNO-Botschafter und Klima-Vorkämpfer Pablo Solón ist nur das bekannteste Beispiel. Sterile Diskurse und eklatante Widersprüche zu den Realitäten fallen dort besonders auf. Ein Fanal war der Bau einer Fernstraße durch das Natur- und Indigenenschutzgebiet TIPNIS, wo die Regierung 2011 gegen die in ihrer eigenen Verfassung verankerte obligatorische Vorabbefragung der indigenen Bevölkerung bei solchen Projekten verstieß. Nachdem das Thema der Autonomien (auch der indigenen Autonomien) jahrelang stiefmütterlich betrieben wurde und die Politik von hoher Beratungsresistenz gekennzeichnet war, scheiterte 2015 ein Autonomiereferendum in Bausch und Bogen. Mit Ausnahme der Gemeinde Charaguas (im Dept. Santa Cruz) wurde kein einziges Autonomiestatut angenommen. Die Bevölkerung klagte, sie habe überhaupt nicht recht gewusst, worüber sie hätte abstimmen sollen. Das zweite Fanal nach der Kommunalwahl! Die MAS reagierte trotziger, kritischen NGOs – auch solchen, die in der Opposition stets an ihrer Seite gekämpft hatten – wurde mit Hinwurf gedroht.

Folkloristische Auftritte bei Amtsjubiläen in den Ruinen von Tiwanaku können eklatante Defizite in der Indígena- und Umweltpolitik nicht kaschieren. Man holt die umstrittene Rallye Dakar ins Land – wohl nicht zur höheren Ehre der „Pacha-

mama“. Stattdessen hört man Gerüchte über den lastwagenweise unverzollten Import von Rennsportzubehör. Die Auftritte der politischen Führung dort erinnern mehr an „Mad Max“ denn an „Buen Vivir“. Und während man mit dem technischen Betrieb einer Mineralschmelze „Karatschipampa“ bei Potosí Mühe hat, fürchtet sich die Bevölkerung von El Alto und La Paz heute vor einem Kernforschungszentrum, das dreißig Jahre nach Tschernobyl mit russischer Hilfe bei El Alto entstehen soll.

Schrei nach Erneuerung

Das Nein der Protestierenden und Enttäuschten beim Referendum ist ein Schrei nach Erneuerung. Es ist kein Votum für die Opposition. Die mag nun Frühlingsluft wittern. Doch sie ist so zersplittert und konzeptionslos wie vorher. Bei den letzten landesweiten Wahlen vom Herbst 2014 erreichte die UD des Zementunternehmers Doria Media 24 Prozent, die zweitstärkste Oppositionspartei 9. Indes: Vor 2005 hätten 24 Prozent zur Präsidentschaft gereicht (bei „Goni“ waren es 2002: 22,5%; bei Banzer 1997: 22,3%). Wer heute über den politischen „Dämpfer“ für Evo jubiliert, der sollte sich überlegen, ob er wirklich diese Instabilität zurück wünscht.

Gleiches gilt für Wirtschaft und Gesellschaft: Ein Bericht der Vereinten Nationen meldete Ende März, dass in Bolivien im letzten Jahrzehnt 1,7 Millionen Menschen (rund 17 Prozent der Bevölkerung!) von der Unterschicht in die Kategorie „verletzliche Mittelschicht“ aufgestiegen sind. Die Armut konnte von 56 Prozent auf 39 Prozent gesenkt werden. Verantwortlich dafür waren neben der Sozialpolitik über Boni ganz überwiegend die gestiegenen Arbeitseinkommen. Private Spareinlagen sind enorm angewachsen, und bei fallenden Erlösen aus den Rohstoffexporten ist es vor allem die gestiegene Binnenkaufkraft, die in Bolivien die Krise (noch) abfedert. Die MAS hat nun drei Jahre Zeit, um die Versäumnisse eines Jahrzehnts aufzuholen und den *Proceso de Cambio* auf eine breitere Basis zu stellen. Dabei wird es vor allem die Frage sein, ob man weiterhin auf das enorm diverse Spektrum der sozialen Bewegungen und indigenen Völker (letztere allein 36 an der Zahl) setzt, die eine charismatische Führerfigur wie Morales bündeln konnte, oder inwieweit man doch die MAS als Partei ausbaut und festigen kann. ■

FUJIMORI, DIE ZWEITE?

Für Turbulenzen während der Kampagne haben die neuen Rollen der Wahlbehörde ONPE und des Wahlgerichtshof JNE gesorgt. Zum einen wurden die Regelungen zur Garantie der innerparteilichen Demokratie intensiver angewendet, zum anderen das erst im Jänner erlassene weitgehende Verbot von Wahlgeschenken rigoros kontrolliert. Zwei aussichtsreiche Präsidentschaftskandidaten wurden deswegen Mitte März ausgeschlossen.

Auch gegen Fujimori, deren Kampagnenbudget etwa so schwer war wie das aller anderen MitbewerberInnen zusammen, wurde letztlich folgenlos bis knapp vor dem Wahlgang wegen etwaiger unerlaubter Wahlgeschenke ermittelt.

Mit den nicht unumstrittenen Ausschüssen wurden die Karten neu gemischt. Während Fujimori in allen Umfragen stets klar in Führung lag, legte die 36jährige Veronika Mendoza als einzige linksorientierte Vertreterin einen bemerkenswerten Aufstieg hin – vom niedrigen einstelligen Bereich auf 19 Prozent am Wahltag. So wurde das Rennen um Platz zwei und damit um den Einzug in die Stichwahl zuletzt noch spannend. Auch wenn es nicht gereicht hat, ihr Wahlbündnis *Frente Amplio* bildet mit 20 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion im Kongress und sorgte damit für den größten Wahlerfolg der Linken seit 20 Jahren.

Zwei Politdinosaurier dürfte hingegen nunmehr das Schicksal ihrer biologischen Namensvettern ereilt haben: Die Wahlkämpfe der Ex-Präsidenten Alan García und Alejandro Toledo kamen nie vom Fleck und beide landeten im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Ob die traditionsreiche APRA, die lange Zeit noch funktionierende Parteistrukturen vorweisen konnte – in einem Meer von losen Wahlplattformen – sich von diesem Schlag erholen wird können, bleibt offen. Sie war im letzten Jahrzehnt jedenfalls auch zunehmend zum Wahlverein von Alan García abgestiegen.

Noch ein politisches Ableben gilt es zu vermeiden: Die Nationalisten rund um Noch-Präsident Ollanta Humala stellten sich erst gar nicht der Wahl. Die Listenkandidatur wurde noch während der Wahlkampagne wegen dauerhaft inferiorer Umfragewerte zurückgezogen. Humala selbst trat von vornherein nicht an. In seinem

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 10. April brachten eindeutige Ergebnisse. *Fuerza Popular*, die Partei der Fujimoristas, errang die absolute Mandatsmehrheit im Ein-Kammer-Parlament (Kongress). Deren Spitzenkandidatin, Keiko Fujimori, Tochter von Ex-Präsident und Langzeithäftling Alberto, erhielt beim Präsidentschaftsvotum mit 40 Prozent fast doppelt so viele Stimmen wie der nächstgereichte Anwärter Pedro Pablo Kuczynski (gemeinhin mit seinen Initialen „PPK“ bezeichnet). Eine Stichwahl wird am 5. Juni entscheiden.

Von Jürgen Kreuzroither



letzten Amtsjahr gab er ohnehin nur mehr die berühmte „lame duck“: Eine sich hinziehende Korruptionsaffäre (flüchtiger Berater) und die Entlassung von nicht weniger als sechs Ministerpräsidenten in vier Jahren gaben seinen Regierungsambitionen den Rest.

Konstante Fujimori

Indes gibt das Wahlergebnis vielen KommentatorInnen Rätsel auf: Wie ist es möglich, dass die Gruppierung eines inhaftierten Ex-Präsidenten, der wegen angeordneter Massaker durch Todesschwadronen zu langjährigem Freiheitsentzug verurteilt wurde und dessen autoritärer Regierungsstil in einem unglaublichen Korruptionssumpf samt Flucht aus dem Amt endete, einen wiederholt hohen und wachsenden Zuspruch erfährt?

Ein Zugang ergibt sich aus der näheren Betrachtung der Umfragen vor der Wahl. Dabei wurde nicht nur die Stimmpräferenz abgefragt, sondern auch, wer auf keinen Fall in Frage kommt. Es zeigt sich, dass die Fujimoristas auch das größte Ablehnungspotenzial auf sich ziehen. So gingen wenige Tage vor dem ersten Wahlgang 50.000 alarmierte DemonstrantInnen auf die Straße. Anlass war (auch) der Jahrestag des „Selbstputsches“ 1992 von Alberto Fujimori.

Der Schlüssel liegt in beiden Fällen in der Amtszeit Alberto Fujimoris (1990–2000). Seine AnhängerInnen rechnen ihm die militärische Bezwingung des Leuchtenden Pfads (*Sendero Luminoso*) und die wirtschaftliche Kehrtwende hin zu mehr Stabilität an. Die GegnerInnen haben nicht vergessen, für welche Verbrechen der ehemalige Staatschef noch heute im Gefängnis sitzt.

Dass erstere Gruppe größer wird, hat zum einen demografische Gründe: 30 Prozent der knapp 23 Millionen stimmberechtigten PeruanerInnen sind unter 30 Jahre alt. Ein weiterer Faktor ist das steigende Unsicherheitsgefühl im Land: Die Hafenstadt Callao, praktisch ein Teil des 10-Millionen-Molochs Lima, wird von einem regelrechten Krieg zwischen Drogenbanden heimgesucht, der 2015 schon mehr als 150 Todesopfer gefordert hat, worauf der regionale Ausnahmezustand erklärt wurde. Die Fujimoristas stehen als Law&Order-Partei da, ungeachtet dessen, dass sie die meisten Abgeordneten mit vergangenen/aktuellen Gesetzeskonflikten in ihren Reihen zählen.

Die starke und tendenziell Fujimori-freundliche Regenbogenpresse (*prensa chicha*) verstärkt dieses Unsicherheitsgefühl und setzt ein anderes wachsendes

⇒ von Seite 23: PERU

Konfliktfeld weniger prominent bzw. einseitig ins Bild: die Kämpfe von Indigenen und Campesinos gegen Projekte der Bergbau- und Energieindustrie. Diese nehmen parallel zur Ausweitung der Vorhaben an Intensität zu, kosten nicht zuletzt aufgrund des (gesetzlich gedeckten) unverhältnismäßigen Gewalteinsatzes staatlicher Organe von Jahr zu Jahr etliche Menschenleben, und das Wirtschaftsprogramm von *Fuerza Popular*, wie auch von Konkurrent PPK, lässt eine weitere Zuspitzung befürchten.

Umweltpolitik war auch sonst kein Thema: Obwohl sich vor allem im Andenhochland der Klimawandel mittlerweile stark bemerkbar macht und Peru 2014 als Gastgeberland der Klimavorbereitungskonferenz COP 20 vollmundige Versprechen bezüglich eigener Treibhausgasreduktionen gemacht hatte, scheint das politische Establishment voll und ganz im Bann der abflauenden Konjunktur zu stehen.

Stichwahl ohne Alternative?

Wirtschaftspolitisch bietet der zweite Wahlgang am 5. Juni also keine Alternative. Beide Kandidaten stehen für eine Fortführung des Kurses mit einem exportorientierten Bergbausektor im Zentrum.

Machtpolitisch steht hingegen einiges auf dem Spiel: Während ein Präsident PPK notwendigerweise eine Koalitionsregierung beauftragen müsste, könnte Fujimori mit der absoluten Mehrheit vordergründig bequem schalten und walten. Dabei gibt es viele Bedenken sowohl hinsichtlich ihres jüngsten Bekenntnisses zu den Menschenrechten als auch bezüglich des Gelöbnisses, ihre allfällige Amtsmacht nicht zugunsten von Familienmitgliedern einzusetzen (sic!). Natürlich denkt jede/r in Peru dabei zunächst an die mögliche Amnestierung von Alberto Fujimori, der nach wie vor eine 25jährige Freiheitsstrafe verbüßt.

Die Zweifel nähren sich aus der Tatsache, dass eine Grundkonstante des Wiedererstarkens der Fujimoristas die Forderung nach Freilassung ihres Gründers und Idols ist. Schon dieser Tage unternimmt der Ex-Präsident einen neuen Anlauf zur Revision seines Urteils. Auch stellen die alten Seilschaften einen Machtfaktor unbekannter Größe dar, sodass nicht klar ist, wie stark Keikos Position wirklich ist.

Wie stehen nun die Aussichten für die Stichwahl? Es dürfte vermutlich eine knappe Entscheidung werden. Obwohl Fujimo-

ri einen imposanten Vorsprung mitnimmt, polarisiert sie, wie erwähnt, auch besonders stark, sodass sich die Frage stellt, inwieweit sie ihr WählerInnenpotenzial schon ausgeschöpft hat. 2011 jedenfalls unterlag sie in der Stichwahl dem allerdings schon in der ersten Runde führenden Ollanta Humala knapp.

Der 77jährige PPK verfügt im Gegensatz zu seiner Konkurrentin über wiederholte Regierungserfahrung, zuletzt als Ministerpräsident (2004-2006) unter Alejandro Toledo. Er gilt als Kandidat der Wirtschaft und hat als weißer Limeño sicher nicht die besten Karten, die mestizisch-indigene Bevölkerungsmehrheit anzusprechen. Positiv zu Buche schlägt

jedoch ein Lebenslauf frei von Korruptionsaffären.

PPK muss auf die verbreitete Anti-Fujimori-Stimmung setzen. Veronika Mendoza von der *Frente Amplio* hat sich in diesem Sinne schon klar ausgedrückt, jedoch ohne eine klare Wahlempfehlung zu geben. Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe: PPK hatte 2011 als drittplatziertes Präsidentschaftskandidat für die Stichwahl Keiko Fujimori seine Unterstützung ausgesprochen und er wird diesmal im Erfolgsfall kaum auf linke Forderungen eingehen, sondern sich mit der Mehrheitsfraktion der Fujimoristas im Kongress arrangieren (müssen). ■

BÄUERIN AUS PERU GEWINNT UMWELTPREIS

Máxima Acuña, eine Bäuerin aus der Region Cajamarca im Norden Perus, ist mit dem Goldman-Preis für ihren Kampf gegen einen transnationalen Minenkonzern ausgezeichnet worden. Seit 1990 wird der Goldman-Preis, der auch als Nobelpreis für Umwelt gilt, jährlich an Aktivisten aus verschiedenen Regionen der Welt vergeben. Er ist mit 175.000 US-Dollar dotiert.

Máxima Acuña kämpft seit 2011 gegen das Yanacocha-Unternehmen, das unter der Führung des zweitgrößten Bergbaukonzerns der Welt, *Newmont Mining*, auf ihrem Land Goldabbau betreibt und sie nach Darstellung der Aktivistin enteignen will. Sie ist zu einem Symbol des Widerstands gegen die Goldkonzerne in Peru und ihre skrupellosen Methoden geworden.

Ihren Vortrag bei der Preisverleihungszeremonie in San Francisco begann die Peruanerin mit einem Lied, in welchem sie von dem Minenkonzern Newmont erzählt, der sie und ihre siebenköpfige Familie von ihren vier Hektar Land vertreiben will. Die Familie lebt, wie 60 Prozent der Bevölkerung in Cajamarca, vom Ackerbau und der Viehzucht.

„Deshalb verteidige ich das Land und auch das Wasser, denn Wasser ist Leben. Ich habe keine Angst vor der Macht der Konzerne. Ich werde weiter für die Kameraden kämpfen, die in Celendín und Bambamarca ums Leben gekommen sind, und für alle, die wir in Cajamarca Widerstand leisten“, bekräftigte Acuña vor dem Publikum in San Francisco unter starkem Beifall.

Sie und ihre Familie sind ständig Einschüchterungen und Bedrohungen seitens öffentlicher BeamtInnen und RepräsentantInnen des Bergbauunternehmens ausgesetzt. „Sie



haben mir das Leben unmöglich gemacht“, erklärt sie. Dennoch weigert sich die Aktivistin bis heute, ihr Land zu verkaufen. Sie hat einen Streit mit dem Unternehmen um das Eigentumsrecht an ihrer Wohnung und an ihrem Bauernhof gewonnen.

Cajamarca ist in das Conga-Projekt des Yanacocha-Unternehmens eingeschlossen, das eine Investition in Höhe von 4,8 Milliarden US-Dollar vorsieht. Die meisten BewohnerInnen der Region lehnen das Projekt jedoch vehement ab, weil sie eine Verseuchung ihrer Trinkwasserreserven befürchten. „Wenn die Minenfirmen in Cajamarca bleiben, werden wir kein gesundes Leben führen können und keine Zukunft haben“, betont Acuña.

Mitte April wurde bekannt, dass Newmont die Arbeiten am Projekt Conga bis auf Weiteres einstellen wird.

Cory Unverhau, poonal

LINKES REGIEREN UNTER ERSCHWERTEN BEDINGUNGEN

Durch die Wahl Mauricio Macris in Argentinien und die Absetzungskampagne gegen die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff ist das regionale Umfeld für die regierende *Frente Amplio* deutlich schwieriger geworden.

Von Joachim Becker

Die vergangenen Boomjahre sind im Alltag Montevideos unverkennbar. Erstmals gibt es größere Verkehrsstaus. Die Bautätigkeit ist noch immer recht rege – nicht nur in der Nähe der Küste, sondern teils auch in den älteren Vierteln. Teils werden Häuser von der Jahrhundertwende schön instandgesetzt, teils aber auch durch unschöne neue Klötze ersetzt. Die Verbesserung der materiellen Verhältnisse einerseits durch den Wirtschaftsboom mit hohen Wachstumsraten, andererseits durch die expansive Lohn- und Sozialpolitik haben zur Popularität der *Frente Amplio*, die jetzt bereits in der dritten Amtsperiode regiert, in nicht geringem Maße beigetragen.

Wie auch in anderen südamerikanischen Ländern hat sich der Wind allerdings auch in Uruguay gedreht, wengleich langsamer als in den Nachbarländern. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Argentinien und Brasilien sind für Uruguay von erheblicher Bedeutung. Argentinien durchlebt wirtschaftliche Turbulenzen, Brasiliens Wirtschaft befindet sich in einer deutlichen Rezession. „Ein Erdbeben in Argentinien und Brasilien bedeutet für Uruguay einen Tsunami“, erklärte mir der bekannte uruguayische Ökonom und Wirtschaftshistoriker Luis Bértola. Die Wellen haben Uruguay jetzt erreicht. Bis weit in die *Frente Amplio* hinein gibt es die Tendenz, das Heil in Exporten in Länder außerhalb der Region zu suchen und sich hierfür auch um Freihandelsabkommen zu bemühen. Parteigänger dieser Optionen sind auch in der Regierung zu finden.

Gleichzeitig ist eine Orientierung auf Freihandelsabkommen in der *Frente Amplio*, aber auch in den Gewerkschaften aufgrund der damit verbundenen Beschränkungen der nationalen Handlungsspielräume in der Wirtschafts- und Regierungspolitik nicht unumstritten. Dies wurde in der

Frage eines internationalen Abkommens zum Handel mit Dienstleistungen deutlich. Ein derartiges Abkommen stellt einen Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge dar. Ohne offizielle Ankündigung trat die Regierung Mujica in die TISA-Verhandlungen ein. Mujicas Nachfolger Tabaré Vazquez, der auch schon in seiner ersten Amtszeit als Vorgänger Mujicas freihandelsfreundlich aufgetreten war, setzte die TISA-Verhandlungen fort. Nach Bekannt-

Mujica unternahm auch Schritte für einen Erzabbau in Aratirí. Dieses Projekt stieß in Uruguay aufgrund ökologischer und sozialer Folgewirkungen auf erhebliche Widerstände. Aktuell steht allerdings auch die internationale Rohstoffpreiskonjunktur gegen ein derartiges Vorhaben. Der Rohstofforientierung des Exportes ist durch die Regierungen der *Frente Amplio* weder konzeptionell noch praktisch entgegen gearbeitet worden.



Monument für den Nationalhelden José Artigas auf Montevideos Plaza Independencia

werden der Verhandlungen erhob sich in der *Frente Amplio* und den Gewerkschaften massiver Widerstand. Bei einer parteiinternen Abstimmung wurde die Beteiligung an den Verhandlungen mit großer Mehrheit – 117 gegen 22 Delegiertenstimmen – zurückgewiesen. Im September 2015 kündigte die uruguayische Regierung den Rückzug aus den Verhandlungen an. Durch die Wahl Mauricio Macris zum Staatspräsidenten in Argentinien und die extreme Schwächung Dilma Rousseffs in Brasilien hat sich allerdings die regionale Konstellation in der Region zugunsten der Freihandelsbefürworter verändert, was auch für die uruguayische Positionierung Konsequenzen haben dürfte.

Rückläufige Exporteinnahmen

Der Export ist – bis auf die Ausfuhr in die Nachbarländer – stark auf agrarische Rohstoffe ausgerichtet. Die Regierung José

Aufgrund des Verfalls der Rohstoffpreise und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachbarländer sind die uruguayischen Exporteinnahmen erkennbar rückläufig – in den letzten Monaten in der Regel um gut 10% gegenüber dem Vorjahr.

Für den Export, aber auch den Tourismus ist zudem die Überbewertung des uruguayischen Peso ein Problem. Das Preisniveau in Montevideo unterscheidet sich oft nicht von dem in Wien. In den Nachbarländern ist hingegen deutlich abgewertet worden. Damit wird ein Urlaub in Uruguay für TouristInnen aus Brasilien oder Argentinien zum Luxus. Die Importkonkurrenz bei Industriegütern ist für die uruguayischen Industriebetriebe weiter gestiegen. Eine Abwertung wäre in vieler Hinsicht sinnvoll. Wegen der beträchtlichen Dollarschulden würde sie aber einen Teil der Firmen und der Mittelschichten in große Probleme stürzen.

⇒ von Seite 25: URUGUAY

Stagnierende Industrieproduktion

Eine Industriepolitik, die das ungünstige derzeitige Umfeld konterkarieren könnte, ist in den Jahren der Frente Amplio-Regierungen nicht entwickelt worden, und somit ist es auch nicht zu tiefgreifenden Veränderungen der Industriestruktur gekommen. Damit ist die Industrie, die in den Jahren des Rohstoffbooms nicht zuletzt durch die expansive Lohnpolitik einen Aufschwung erlebt hatte, sehr krisenanfällig geblieben. Bereits seit 2013 stagniert die industrielle Produktion. Seit Jahresbeginn haben sich diese Schwierigkeiten verschärft, besonders in den auf den Binnenmarkt ausgerichteten Branchen, wie beispielsweise der Gummi- und Plastikproduktion. Das hat auch auf die Industriebeschäftigung Auswirkungen. Sie lag im Jänner 2016 um 8,4% niedriger als im selben Monat des Vorjahres.

Initiativen wurden in der Forschungs- und Infrastrukturpolitik gesetzt: Durch die Einrichtung dezentraler Einheiten in kleineren Städten hat die staatliche *Universidad de la República* interessante regionalpolitische Akzente geschaffen. Hafen und Flughafen von Montevideo wurden ausgebaut.

Ähnlich wie bei anderen Links- und Mittellinksregierungen in Lateinamerika ist die Veränderung der Wirtschaftsstruktur wenig vorangetrieben worden – und das erweist sich in der aktuellen Konjunktur als Achillesferse der Frente Amplio. Denn hierdurch werden auch die Handlungsspielräume in anderen Politikbereichen eingeschränkt werden.

Erfolgreiche Sozialpolitik

Im Bereich der Arbeitsbeziehungen und der Sozialpolitik liegen die Stärken der Frente Amplio. Die Sozialpolitik zeichnet sich durch eine im lateinamerikanischen Kontext vergleichsweise starke Institutionalisierung aus. Im Ergebnis sind die ausgeweiteten Sozialausgaben auf Rechtsansprüche der Begünstigten gegründet.

Auch die Arbeitsgesetzgebung wurde zugunsten der abhängig Beschäftigten und Gewerkschaften ausgebaut. Gewerkschaftsmitglieder erfreuen sich jetzt eines weit stärkeren Schutzes. Ihre Zahl hat sich fast vervierfacht. Das hat die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften genauso verstärkt wie die durch die Jahre der guten

Konjunktur gesunkene Arbeitslosigkeit. Auch das System der Kollektivvertragsverhandlungen wurde zugunsten der Gewerkschaften verändert. Die Durchschnittslöhne sind rascher gestiegen als im benachbarten Brasilien. Allerdings ist es kaum zu einer Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen gekommen. Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, ist bei weniger als 30% verblieben.

Konflikt um Bildungswesen

Insgesamt hat sich der Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT seine Autonomie bei aller Nähe zur Frente Amplio bewahrt. Das schließt nicht aus, dass GewerkschaftsfunktionärInnen in Loyalitätskonflikte zwischen ihrer Gewerkschaftsbasis und der regierenden Frente Amplio geraten. Diese traten im Konflikt im Bildungswesen letztes Jahr deutlich zu Tage. In diesem ging es nicht nur um Lohnforderungen, sondern auch um die Höhe der öffentlichen Ausgaben im Bildungssektor. Dabei zeigte sich die Regierung von Tabaré Vazquez, die weniger weit links steht als die Vorgängerin unter José Mujica, sehr hart. Angesichts eines anstehenden Streiks erklärte sie den Bildungsbereich zu einem „lebenswichtigen“ und damit nicht bestreikbaren Versorgungssektor.

Der Dachverband PIT-CNT beschloss zwar für den 27. August einen Generalstreik, schlug aber gleichzeitig den Gewerkschaften im Bildungsbereich vor, die Streikmaßnahmen zu beenden, damit das Dekret außer Kraft gesetzt werde. Es kam zu großen Kundgebungen. Mit ihrer Verhandlungstaktik zermürbte die Regierung die LehrerInnengewerkschaft, die letztlich auf Regierungslinie einschwenkte. Am Ende standen eine moderate Lohnerhöhung und eine unzureichende Mittelzuweisung für die nächsten Jahre. Dies wirft nicht nur einen Schatten auf die sonst sehr positive Bilanz der Frente Amplio in der Gewerkschaftspolitik, sondern lässt auch Besserungen im Bildungsbereich nicht erwarten. Hier gibt es im Bereich der Sekundarschulbildung große Probleme. Die durch die neoliberale Politik und die zahlreichen Finanzkrisen der letzten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts verursachten sozialen Brüche in der uruguayischen Gesellschaft treten im Bildungswesen offen zu Tage. In der Schulpolitik hat die Regierung hierauf keine Antworten gefunden. Im Bereich der sozialen Dienste liegt hier ihr größtes Defizit.

Unterstützung für die Ärmsten

Hingegen hat sie im Gesundheitsbereich das *Sistema Nacional Integrado de Salud* geschaffen, das breitere Bevölkerungssektoren einschließt. Während des ersten Mandates der Frente Amplio war die Bekämpfung der akuten Armut eine ihrer Hauptprioritäten. In den Folgejahren ist die Unterstützung für die verwundbarsten Sektoren ausgebaut und systematisiert worden. Sie umfasst einerseits Sozialtransfers, als wichtigste eine Familienbeihilfe im Rahmen des *Plan de Equidad* für etwa 400.000 Minderjährige, und andererseits soziale Integrationsmaßnahmen. Die Armut, speziell in ihren extremsten Ausprägungen, die durch die besonders schwere Krise 2001/2002 stark hochgeschwungen war, konnte von der Frente Amplio substantiell verringert, aber nicht wettgemacht werden. In den Armenvierteln von Montevideo wächst zum Teil die zweite und dritte Generation von Arbeitslosen auf.

Speziell auf diese perspektivlosen Jugendlichen stützt sich der Drogenhandel, der sich nach der letzten großen Krise von 2001/2002 in Uruguay verstärkt festsetzen konnte. In der Nachkrisenzeit ist die Kriminalität deutlich angestiegen, obwohl sie im lateinamerikanischen Vergleich immer noch recht niedrig liegt. Sie ist mit Formen der Gewalt verbunden, die früher in Uruguay keine Rolle spielten. Die Regierung setzt nicht allein auf polizeiliche Repression. Während der Präsidentschaft Mujicas spielte die strikt kontrollierte Freigabe des Kleinstanbaus und -handels von Marihuana eine international stark beachtete Vorreiterrolle.

Im Hinblick auf die Institutionalisierung von Veränderungen ist die Frente Amplio weiter gegangen als die anderen (Mitte-)Linksregierungen des Kontinents. Auch die sie tragenden Parteistrukturen sind verhältnismäßig solide, ihre Politik ist nicht so stark auf Führungspersonen ausgerichtet wie in anderen südamerikanischen Ländern. Dies sind Stärken der uruguayischen Linken. Schwächen liegen in der unzureichenden wirtschaftlichen Transformation, was sich mit der veränderten internationalen Konjunktur jetzt rächt. ■

Joachim Becker ist a.o. Professor am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien.

VENEZUELA: CHAVISMUS VON UNTEN

Der Wahlausgang vom Dezember 2015 bedroht die chavistischen Reformen der letzten 18 Jahre. Das Oppositionsbündnis MUD eroberte 112 der 167 Mandate im Parlament, Ausdruck eines Wiedererstarkens der Rechten, wie es auch in Argentinien oder Brasilien zu beobachten ist. Die Bolivarische Revolution sieht sich entschlossenen Attacken von Venezuelas Eliten ausgesetzt. Doch die regierende PSUV (Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) trägt daran Mitschuld. Die Beziehungen der Partei zu ihrer Massenbasis hatten sich verschlechtert, einfache BürgerInnen spüren die Auswirkungen von Wirtschaftskrise und Korruption, und die Bemühungen zur Demokratisierung des Staates waren weitgehend aufgegeben worden. All das spielte der Opposition in die Hände.

Angesichts dieser Situation hat die revolutionär-sozialistische Organisation *Marea Socialista* (MS), die sich seit den 1990er Jahren am chavistischen Prozess beteiligt hatte, im Vorjahr die PSUV verlassen. Kürzlich sprach **Eva María*** mit **César Romero** von der MS-Jugend über Hugo Chavez' Vermächtnis, die Präsidentschaft von Maduro und die künftige Strategie der MS.

Wie schätzt die MS-Jugend die während der letzten 18 Jahre verfolgte Politik ein?

Wir beurteilen die 15 Jahre unter der Führung von Chávez anders als die letzten drei Jahre seit Maduros Amtsübernahme. Mit dem Tod von Chávez begann eine neue Phase. Die Jahre unter Chávez würde ich als progressive und sehr widersprüchliche Periode bezeichnen.

Fortschrittlich war sie aus zwei wesentlichen Gründen. Erstens bewirkte Chávez eine entscheidende soziale und politische Dynamik, die auf der Mobilisierung der Bevölkerung und der Förderung ihrer demokratischen Teilnahme beruhte. Durch die soziale Mobilisierung wurde die Regierung zu Maßnahmen im Interesse der Menschen veranlasst. Manchmal sah sich sogar Chávez angesichts dieses Drucks zur Rücknahme unpopulärer Maßnahmen gezwungen.

Der zweite Grund: Die Form der Kapitalakkumulation in der Ölindustrie, Venezuelas wichtigster Einnahmequelle, hatte sich geändert. Chávez war nach einigen wichtigen politischen Siegen – der Niederlage des Putschversuchs von 2002 gegen ihn sowie dem Scheitern des Ölstriks der Bosse und auch des Abwahlreferendums – die einzige politische Instanz, die über die Verteilung der Öleinnahmen entschied. Niemand konnte seine Entscheidungen beanspruchen, hatte er seine Siege doch dank Millionen von Menschen in den Straßen errungen. Die neue Art der Verteilung des Ölreichtums hatte somit einen volksnahen Charakter.



Hugo Chávez im Februar 2012, schon von seiner Krankheit gezeichnet

Diese beiden Faktoren festigten ein neues Kräfteverhältnis in Venezuela, mit Chávez als unumstrittenem Führer, und es gab auf nationaler Ebene eine neue soziale Dynamik, einen konstanten Dialog zwischen Bevölkerung und Regierung.

Ich beurteile diese Periode als positiv, denn es gab viele Investitionen und einen deutlichen Anstieg der Lebensqualität für die meisten VenezolanerInnen. Konkrete

Beispiele sind die drastische Reduzierung der extremen Armut und die Tatsache, dass sich nunmehr 98 Prozent der Bevölkerung drei Mahlzeiten am Tag leisten konnten. Die Durchschnittslöhne zählten zu den höchsten in Lateinamerika. Venezuelas Arbeiterklasse konnte in dieser Zeit einiges ansparen und genoss eine insgesamt bessere Lebensqualität.

Auch wenn es einige revolutionäre Maßnahmen gab, hat aber nie eine sozialistische Revolution stattgefunden. Chávez beging als Führer des Staates einige wichtige Fehler. Darunter war seine übergroße Führungsrolle, was einen Mangel an kollektiver Führung des Prozesses und eine Bürokratisierung der Politik bewirkte. Das erleichterte das Entstehen einer enormen bürokratischen Kaste, der Chávez nicht Einhalt gebot. Auch war die Regierungspolitik nicht konsequent antikapitalistisch.

Diese bürokratische Kaste festigte ihre Machtposition und konnte mittels Regierungskontrakten und Geschäften mit Privatunternehmen sowie transnationalen Konzernen rasch Kapital anhäufen. In wenigen Jahren nahm eine neue soziale Klasse von Unternehmern Gestalt an, die sogenannte „Bolibourgeoisie“.

Chávez schlug ein neues Modell einer gemischten Wirtschaft vor, allerdings im Bündnis mit den Bedürfnissen der venezolanischen Unternehmer, einer parasitären, von den Öleinnahmen abhängigen Klasse. Das verstärkte auch die Abhängigkeit des Landes von den Öleinnahmen. Für Unternehmer ist es immer billiger zu importieren als zu investieren, da sie so viel leichter zu Dollars kommen. Chávez ging davon aus, dass dieses Modell die Unter-

Interview mit
César Romero

⇒ von Seite 27: VENEZUELA

nehmerschaft zu vermehrten Investitionen in die heimische Produktion anregen würde. Das ist aber nicht geschehen. So kam es zur alarmierenden Situation, dass 98 Prozent der Exporteinnahmen vom Öl stammen. Nie war diese einseitige Abhängigkeit so groß gewesen.

Falsch war auch die internationale Politik, da sich Chávez mit befreundeten Regierungen verbündete, ohne die Kämpfe der Bevölkerung in diesen Ländern zu beachten. Auf internationaler Ebene haben wir zwar wichtige Erfolge erzielt, darunter die Niederlage des Projekts einer Gesamt-amerikanischen Freihandelszone (ALCA), die *Petrocaribe*-Initiative u.a. Doch als Chávez starb, überlebte ihn dieses Modell internationaler Solidarität nicht, weil die Solidarität nur den Regierungen galt und nicht den Bewegungen der Völker.

Schließlich betrieb Chávez eine sehr auf den Staat fixierte Politik, was seine Handlungsmöglichkeiten enorm einschränkte. Venezuelas Staat ist eine kapitalistische und paternalistische, keine revolutionäre Institution.

Was hat sich mit Maduros Machtübernahme geändert?

Mit Chávez war auch dessen politische Autorität, die eine gerechte Verteilung der Öleinnahmen garantiert hatte, verschwunden. Alle, die schon immer vom Ölreichtum profitiert hatten, wollten jetzt mehr. Und auch die neue Bürokratie verlangte mehr.

Maduro musste sich entscheiden: Er musste entweder den Prozess radikalisieren, um die Unterstützung durch dessen soziale Basis zu behalten, oder er musste sich mit den politisch und wirtschaftlich Mächtigen verbünden, um an der Macht zu bleiben. Leider hat er sich für Letzteres entschieden. Ergebnis war eine sich vertiefende Krise für die Ärmsten, denn die einfachste Methode zur Maximierung von Gewinnen war es, Einschnitte bei den in den Jahren zuvor eingeführten Sozialprogrammen vorzunehmen.

Neue unsoziale Maßnahmen wurden umgesetzt: Steuersenkungen für wichtige Unternehmen, leichter Zugang zu US-Dollars, Errichtung wirtschaftlicher Sonderzonen, wo die Unternehmer weder an die Arbeitsgesetze gebunden sind noch Steuern zahlen müssen. Das Lohnniveau,

vorher eines der höchsten in Lateinamerika, zählt inzwischen zu den niedrigsten. Maduro sorgt für die pünktliche Bedienung der Auslandsschulden, die sich dem unhaltbaren Niveau von zwölf Milliarden USD nähern. Wie *Marea Socialista* aufgedeckt hat, ist in den letzten Jahren Kapital in der Höhe von 250 Mrd. Dollar aus Venezuela geflohen.

Angesichts des Verfalls der Ölpreise beschleunigt die Regierung die Förderung anderer Ressourcen, etwa durch Bergbau, mit enormen Auswirkungen auf einige der an Biodiversität reichsten Regionen des Landes, ja der Welt. Die Öleinnahmen kommen längst nicht mehr der Bevölkerung zugute.

Das alles hat zu einem dramatischen Popularitätsverlust von Maduro geführt, worauf die Regierung mit autoritären Maßnahmen reagiert. So beschränkt der Staat die demokratischen Rechte von Parteien wie der unseren, der bis jetzt die legale Anerkennung verwehrt ist. Es gibt auch vermehrt Repression in Armenvierteln, stets unter dem Vorwand der Bekämpfung von Drogen und Verbrechen.

Der wichtigste Unterschied zur Regierungszeit von Chávez besteht darin, dass damals die Arbeiterschaft nie die Kosten einer Krise zu tragen hatte. Unter Maduro spüren die ArbeiterInnen die Folgen immer am stärksten. Die Krise dauert schon einige Jahre an, aber die Lage war nie so schlimm wie jetzt.

Sprechen wir über die aktuelle Krise. Wie lebt heute einE durchschnittlicheR VenezolanerIn im Vergleich zu vor einigen Jahren?

Es ist unerträglich. Die Löhne sinken extrem rasch. Grundbedarfsgüter fehlen, auch weil die Regierung die Importe gegenüber 2012 um 30 Prozent gesenkt hat. Die soziale Lage ist schlecht und das Gefühl der Unsicherheit ist dramatisch gestiegen. Es gibt auch Anzeichen neuer Krankheiten und wieder Fälle von extremer Armut. Die öffentlichen Dienstleistungen sind im Niedergang. Dazu kommt, dass wir gerade eine Dürre erleben. Da 70 Prozent unserer Energie aus Wasserkraft stammen, wird es womöglich in wenigen Wochen keinen Strom mehr geben. Die Unzufriedenheit ist allgegenwärtig.

Welche Faktoren sind für diese Krise hauptverantwortlich?

Dazu gehören, kurz aufgelistet: Kapitalflucht, Dollargeschenke an ausländische Unternehmen, die wirtschaftlichen Sonderzonen, die pünktlichen Zahlungen der Regierung für die Auslandsschuld, Preisanstiege für wesentliche Produkte infolge der Streichung von Subventionen, Korruption, der Verfall der Ölpreise.

Um welche Art von Partei handelt es sich bei der PSUV, wie funktioniert sie? Maduro sagt, es sei eine revolutionäre Partei. Wie sieht Marea das?

Das erste Problem ist, dass es Sozialismus in einem Land nicht gibt. Darin liegt einer der schwersten Fehler der Führung dieser Partei von Anfang an. Derzeit ist sie die Partei jener schmalen sozialen Schicht, die eine Reihe von Vorteilen von der Regierung erhält, und die politische Struktur einer Kaste, die sich im Staat festgesetzt hat. Sie ist nicht sozialistisch oder revolutionär, weil es keinen Raum für die Beteiligung der Bevölkerung gibt. Sie macht KritikerInnen mundtot, kriminalisiert alle, die anderer Meinung sind, etc.

Die PSUV ist bloß ein Instrument der Regierung. Sie unterstützt alles, was die Regierung sagt, mit hohlen Phrasen. Sie hat keine Vorschläge zur Überwindung der Krise, und – was schlimmer ist – ihre Führungsgarnituren leben in einer Blase, völlig abgehoben vom Alltag der VenezolanerInnen. Diese Kaste spürt die Krise nicht. Sie leben mit Privilegien, völlig getrennt von den Menschen, was erklärt, warum ihre Reden keinen Bezug dazu haben, was die meisten Menschen derzeit durchmachen. Deshalb musste die Regierung bei den Parlamentswahlen im Dezember eine so schwere Niederlage hinnehmen.

War die PSUV immer so?

Nein, als wir der Partei beitraten, gab es zwischen vier und fünf Millionen Mitglieder, die an lokalen Versammlungen mit hunderten Menschen teilnahmen. Mit der Zeit wurde die PSUV zu einer Partei der bürokratischen Kaste und zum Instrument, das die Führungsspitze benützt, um mit den führenden VertreterInnen der Opposition und von Venezuelas traditioneller Rechten zu verhandeln und Übereinkommen zu erzielen. Die Partei hat ihren partizipativen und demokratischen Charakter verloren.

Marea hat der PSUV seit ihrer Gründung 2007 bis 2015 angehört. Wie beurteilt ihr die damalige Entscheidung zum Eintritt und welche Perspektiven habt ihr heute?

Wir nahmen am Gründungskongress der PSUV teil und machten Vorschläge. Auch noch 2014 präsentierten wir am 3. außerordentlichen PSUV-Kongress – obwohl wir als Organisation nicht eingeladen waren – ein Dokument. In diesem erklärten wir, die Partei müsse entweder ihren Kurs in Richtung auf die revolutionäre Linke ändern, oder sie würde aufhören, eine wirkliche Partei des Volkes zu sein. Sie untersagten uns damals die Teilnahme und schlossen auch einige Führungsfiguren aus, die Kritik geübt hatten. Die Entscheidung der PSUV beizutreten war anfangs richtig, aber es war im Vorjahr auch angebracht sie zu verlassen.

Die Oppositionsallianz MUD, die bei den Wahlen im Dezember siegreich war und über eine starke Mehrheit im Parlament verfügt, erklärte die Freilassung der politischen Gefangenen und den Sturz von Maduro noch in diesem Jahr zu ihren wichtigsten Zielen. Wer sind diese sogenannten politischen Gefangenen und warum sind sie in Haft? Wird die MUD ihre Ziele erreichen?

Bei diesen Gefangenen handelt es sich um Menschen, die sich für Gewalt entschieden hatten, um so die Regierung zu stürzen. In einigen Fällen hatten diese Bewegungen nahezu faschistische Züge. Die Forderung nach Freilassung dieser Gefangenen kommt nur von der Rechten. Das von der MUD vorgeschlagene Gesetz würde jeden und jede freisprechen, ob er oder sie nun in Drogenhandel, Korruption oder gewalttätige Provokationen verwickelt war.

Was den möglichen Sturz von Maduro betrifft, wird es der Opposition schwerfallen, da sie ihre politische Macht noch nicht gefestigt hat; ihre gestärkte Wählerbasis hat sich noch nicht in realer Macht niedergeschlagen. Derzeit herrscht ein institutioneller Konflikt zwischen dem – vom früheren Parlament ernannten – Obersten Gerichtshof und dem neuen Parlament. Alles was dieses beschließt, wird vom Höchstgericht blockiert. Ohne massiven Rückhalt

durch Menschen in den Straßen können sie sich der Regierung nicht entledigen. Die Menschen wünschen sich zwar Maduros Abgang, doch trauen sie auch der Opposition nicht.

Welche Verbindung gibt es zwischen der Krise in Venezuela und jenen in anderen Ländern Lateinamerikas?

Einen der Hauptfaktoren dieser Krise stellt der Tod von Chávez dar. Seit 2000 gab es in Lateinamerika einen Wettstreit zwischen zwei Projekten: jenem von Chávez, dem es um Lateinamerikas Integration ging, um den Imperialismus der USA und EU zurückzudrängen, und dem von Brasiliens früherem Präsidenten Lula. Lulas Projekt war stärker mit dem Finanzkapital, der Förderung von Bodenschätzen durch transnationale Unternehmen, verbunden.

Nach dem Tod von Chávez kam es zu einer Art Pattstellung, und Lateinamerika bekam gleichzeitig die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise zu spüren. Die Preise der Rohstoffe, nicht nur von Öl, sanken beträchtlich, wodurch für Argentinien und Brasilien, Lateinamerikas wirtschaftlich wichtigste Länder, der Schuldendienst anstieg. Angesichts der Wahlniederlagen von Evo Morales in Bolivien, Cristina Kirchner in Argentinien und Nicolás Maduro hier in Venezuela und der Entwicklungen in Brasilien ist das Ende des progressiven Zyklus offensichtlich.

Zugleich gibt es neue Zyklen gesellschaftlicher Mobilisierung, zu Umweltfragen, Rassismus, Rechten sexueller Minderheiten usw. Diese Themen haben antikapitalistischen Charakter und sie zeigen die Schwächen der traditionellen Linksparteien auf, da sie progressive Maßnahmen nur halbherzig umgesetzt haben. Sie hatten die Chance, eine Alternative zur Politik der Rechten zu schaffen, doch sie haben sie nicht genutzt und haben es auch nicht vor. Das ist etwas, was wir als revolutionäre Linke zu leisten haben.

Ist das die neue Aufgabe, die sich Marea Socialista vorgenommen hat?

Ja, wir müssen diese Alternative schaffen. Unsere Strategie ist es, auf nationaler Ebene den Aufbau eines alternativen politischen Attraktionspols zu versuchen, gemeinsam mit anderen kritischen Chavisten. Wir sehen keinen anderen Weg zur Über-



Wie lange kann sich Präsident Nicolás Maduro halten?

windung der Krise. Weil die beiden vorherrschenden Parteien PSUV und MUD die nationale Politik dominieren, sieht niemand alternative Vorschläge. Ob in Venezuela oder in anderen Ländern mit fortschrittlichen Regierungen muss die revolutionäre Linke mit jenen Parteien brechen, die im Lauf dieses zu Ende gehenden Zyklus aufgehört haben, sich für die benachteiligten Teile der Bevölkerung einzusetzen. ■

*) Eva María ist Mitarbeiterin der Zeitschrift *Socialist Worker*, wo dieser Beitrag ursprünglich erschienen ist. Übernommen aus <https://nacla.org>. Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO:

Kommerzieller Anbau von Genmais bleibt untersagt

Ein mexikanisches Bundesgericht hat am 8. März dem Agrarministerium des Landes verboten, die kommerzielle Aussaat von Genmais zu genehmigen und damit eine vor zweieinhalb Jahren getroffene Gerichtsentscheidung bestätigt. Die definitive Suspendierung der Anbaugenehmigungen gilt mindestens solange, bis die im Juli 2013 eingereichte Kollektivklage von über 50 Organisationen und Einzelpersonen gegen Genmais inhaltlich abschließend entschieden ist oder ein Beschwerdeverfahren gegen den laufenden Hauptprozess Erfolg haben sollte. Damit schob der vorsitzende Richter Benjamín Soto Sánchez den Versuchen der Multis Monsanto, Syngenta, Pioneer-Dupont und Dow sowie des Landwirtschafts- und des Umweltministeriums, trotz des nicht beendeten Hauptverfahrens mit der kommerziellen Aussaat zu beginnen, einen Riegel vor.

Richter Soto Sánchez sah zudem die widerrechtliche Präsenz von Transgenen in einheimischen traditionellen Maissorten als im Hauptverfahren der Kollektivklage nachgewiesen an. Die KlägerInnen werten dies als Stärkung ihrer Versicherung, dass damit sowohl mexikanische als auch internationale Gesetze verletzt wurden. Allerdings hat das Urteil auch einen leicht schalen Beigeschmack. Denn die seit 2013 ebenfalls bestehende Suspendierung des vier Jahre zuvor erstmals erlaubten Versuchsanbaus von Genmais – in Mexiko in eine Probe- und eine Experimentierphase unterteilt – hob der Richter unter bestimmten Bedingungen auf.

Das Urteil macht den Versuchsanbau zu Forschungszwecken künftig wieder möglich, wenn bestimmte Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden. Allerdings

sollen auch die an der Kollektivklage beteiligten WissenschaftlerInnen diesen Anbau monatlich kontrollieren können. Verstöße gegen die Sicherheitsvorkehrungen sollen umgehend zum richterlichen Stopp eines Versuchsanbaus führen können.

Die in der Organisation *AgroBIO México* zusammengeschlossene Genmais-Lobby der multinationalen Konzerne versuchte in ihrer Reaktion auf das Urteil, den Aspekt des Versuchsanbaus hervorzuheben. *AgroBIO*-Direktor Alejandro Montegudo sprach von einem „sehr positiven Präzedenzfall“. Im Herbst 2015 hatten die LobbyistInnen mit einer neu gegründeten „Allianz Pro Transgene“, der auch große Nahrungs- und Futtermittelmultis angeschlossen sind, ein weiteres Mal versucht, die mexikanische Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wiederholte das Bündnis seine Auffassung, von gentechnischen veränderten Organismen (GVO) gehe kein Risiko aus. Auch das bei Genmais als Pestizid eingesetzte und von der Weltgesundheitsorganisation als wahrscheinlich krebserregend eingestufte *Glyphosat* bedeute keine Gefährdung. Die Initiative verfiel jedoch kaum. Für die Genmais-GegnerInnen in Mexiko zählt vorerst: Der kommerzielle Anbau bleibt weiterhin untersagt.

Gerold Schmidt, poonal

Zweiter Bericht zu verschwundenen Studenten von Ayotzinapa präsentiert

Am 24. April stellte die fünfköpfige internationale unabhängige ExpertInnengruppe (GIEI) der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) in Mexiko-Stadt ihren zweiten Bericht zum Verschwindenlassen der 43 Lehramtsstudenten von Ayotzinapa in der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 vor. Nicht ein einziger Repräsentant der mexikanischen Regierung war in den großen Innenhof der Universität *Claustro de Sor Juana* im Stadtzentrum gekommen. Präsident Enrique Peña Nieto dankte der GIEI Stunden später lapidar per Twitter für ihre Arbeit und sagte zu, der Bericht werde „analysiert“.

Die Generalbundesstaatsanwaltschaft (PGR) bekräftigte ihre Sichtweise, alle von der ExpertInnengruppe vorgetragene Hypothesen seien bereits erschöpfend untersucht wurden. In den Wochen zuvor hatte die Regierung unmissverständlich klar gemacht, keine zweite Mandatsverlängerung für die Gruppe zuzulassen, deren Mandat am 30. April endete.

Eine lückenlose Aufklärung der Attacken von lokaler Polizei und Mitgliedern des organisierten Verbrechens gegen die Studenten in der Stadt Iguala, Bundesstaat Guerrero, scheint damit unwahrscheinlicher denn je. Neue Hinweise für die mögliche tiefere Verstrickung auch von Militärs und Bundespolizei wurden nicht weiter verfolgt. Die Regierung beharrt auf ihrer Version, die Studenten seien noch in der Tatnacht auf der Müllhalde des an die Stadt Iguala angrenzenden Landkreises Cocula verbrannt wurden.

Die GIEI sowie die Mitglieder des Argentinischen Forensikerteams (EAAF) halten dies nach den von ihnen zusammengetragenen wissenschaftlichen Erkenntnissen für unmöglich. Angesichts des Regierungsverhaltens hatte das EAAF wenige Tage zuvor eine Ausnahme von seiner gängigen Praxis gemacht und sein gesamtes Gutachten zu dem Fall veröffentlicht, um eine „wissenschaftliche und informierte Debatte zu fördern“ – eine klare Rückendeckung für die GIEI.

Die ExpertInnengruppe machte am 24. 4. klar, unter den gegebenen Bedingungen seien keine gesicherten Schlussfolgerungen über den Verbleib der Studenten möglich. In dem Bericht wird darauf eingegangen, dass die Weigerung der Regierungsinstanzen eine von den unabhängigen ExpertInnen wiederholt eingeforderte direkte Befragung der in Iguala in unmittelbarer Nähe des Tatortes stationierten Militärs verhinderte.

Die Fragen, die die GIEI gerne an die Soldaten gestellt hätte, sind nun im zweiten Bericht veröffentlicht. Dieser stellt auf mehreren hundert Seiten ausführlich den bisherigen Untersuchungsstand, Ermittlungsschwachpunkte sowie mögliche neue Ermittlungslinien vor. Eingegangen wird dabei auch auf Videos und Fotos, die nahelegen, dass die PGR in der Nähe des Flusses Río San Juan bei Cocula Indizien und Knochenreste „gesät“ haben könnte.

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission, mit der sich die mexikanische Regierung zuletzt heftige Wortgefechte geliefert hatte, kündigte die Suche

nach einem geeigneten Sondermechanismus an, um den Fall der verschwundenen Studenten weiter zu verfolgen. CIDH-Präsident James Cavallaro war zur Vorstellung des GIEI-Berichtes extra nach Mexiko gekommen.

Der auf Spanisch verfasste zweite Bericht der GIEI kann unter folgendem Link eingesehen werden: <https://www.scribd.com/doc/310269260/Informe-Ayotzinapa-II#fullscreen>

Gerd Goertz, poonal

GUATEMALA

Historisches Urteil im Fall Sepur Zarco

Am 26. Februar wurde ein weiteres historisches Urteil in Guatemala gefällt. 15 mutige Maya-Queqchi'-Frauen haben nach über 30 Jahren das Schweigen gebrochen und das lange verborgene Thema der sexualisierten Gewalt an Frauen während des bewaffneten Konflikts zur Anklage gebracht. Zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas wurde ein Strafverfahren wegen Sex- und Arbeitsklaverei vor einem nationalen Gericht geführt.

Nach 19 Prozesstagen wurden schließlich der ehemalige Befehlshaber der Militärbasis Sepur Zarco, El Estor, Izabal, Oberst Esteelmer Francisco Reyes Girón und der ehemalige Militärkommissionär Heriberto Váldez Asij wegen Verbrechen gegen die Menschheit zu hohen Haftstrafen verurteilt. Reyes Girón wurde wegen sexualisierter Gewalt, Sex- und Arbeitsklaverei und dem Mord an Dominga Choc und ihren zwei Töchtern verurteilt und mit einer Strafe von 120 Jahren belegt. Váldez Asij wurde u.a. der Entführung und des gewaltsamen Verschwindenlassens von sieben Männern für schuldig befunden und zu 240 Jahren Haft verurteilt.

Die Verbrechen und Massaker in Izabal, im Nordosten des Landes, hängen eng mit den Konflikten um Land zusammen. Der Großteil der Ländereien befand sich in Händen einiger weniger Großgrundbesitzer. Viele der Gemeinden organisierten sich in so genannten Landkomitees, um das ihnen zustehende Land wieder zu erlangen und es zu legalisieren. Zahlreiche Männer, darunter auch die Ehemänner der 15 Maya-Queqchi'-Frauen, wurden bezichtigt, Sympathisanten der Guerrilla zu sein; sie wurden entführt und verschwand.

Nach der Entführung ihrer Ehemänner blieben die Frauen mit ihren Kindern alleine zurück. Während mindestens sechs Monaten wurden sie vom Militär zu Arbeits- und Sexklaverei in dem Stützpunkt gezwungen. Sie mussten die Uniformen der Soldaten waschen, für sie kochen und putzen und wurden wiederholt einzeln und kollektiv vergewaltigt.

Die sexualisierte Gewalt und die Vergewaltigung wurden vom Militär strategisch und systematisch als Teil der Aufstandsbekämpfung angewandt, weshalb sie seitens des Gerichts als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt wurden. Die Richterin Yasmín Barrios unterstrich in ihrem Urteilsspruch die Glaubhaftigkeit der Aussagen der betroffenen Frauen.

Der Prozess hat neben der Suche nach Gerechtigkeit auch dazu beigetragen, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Zu viele Frauen sind Betroffene von sexualisierter Gewalt und haben zu selten die Möglichkeit, in diesem patriarchalen System Gerechtigkeit zu finden. Das Urteil lässt hoffen, dass weitere ihr Schweigen darüber brechen und die Verbrechen anklagen.

Romina Weleba, Guatemala-Solidarität

HONDURAS

Angriff auf Treffen „Berta Cáceres lebt“

Vom 13. bis zum 15. April fand in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa das internationale Treffen „Berta Cáceres lebt“ statt. Bei der Zusammenkunft, an der circa 1.500 Personen aus 22 Ländern teilnahmen, ging es um die Entwicklung von Strategien sozialer Bewegungen nach dem international beachteten Mord an der Menschenrechts- und Umweltaktivistin Berta Cáceres. Sie bezahlte ihren Kampf gegen den Staudamm *Agua Zarca* auf indigenem Territorium am Gualcarque-Fluss mit ihrem Leben. Das Siemens-Joint Venture Voith Hydro soll die Turbinen liefern.

Das internationale Treffen sollte mit einer spirituellen Zeremonie, begleitet von honduranischen und internationalen Organisationen, am Fluss Gualcarque seinen Abschluss finden. Dabei wurden Teilnehmende von Unbekannten angegriffen. Mehrere Männer hätten sie mit Steinen, Stöcken und Macheten attackiert. Mindestens sieben Menschen erlitten zum Teil

schwere Verletzungen. Die Übergriffe ereigneten sich an den Ufern des Flusses in der Nähe des Baugeländes des Wasserkraftwerkes Agua Zarca in der Gemeinde San Francisco de Ojuera. Laut Aussagen zweier anwesender Mitglieder der deutschen Gruppe Hondurasdelegation fanden die Attacken in Anwesenheit der Nationalen Polizei und des Militärs statt, die tatenlos den Übergriffen zusahen und sich vorzeitig aus dem Geschehen zurückziehen wollten.

D. Dreißig, K. Zeiske, amerika21

LATEINAMERIKA

Panama-Leaks: Macri und Cunha beschuldigt

Mehr als 11,5 Millionen Dokumente der panamaischen Anwaltskanzlei Mossack-Fonseca wurden verschiedenen Medien und dem *International Consortium of Investigative Journalists* zugespielt und von diesen analysiert. Das Ergebnis war das Bekanntwerden der Namen hunderter Personen, die Offshore-Firmen in verschiedenen Steueroasen besitzen. Auf der Liste erscheinen auch die Namen einiger Staatschefs und Ministerpräsidenten – unter ihnen der des argentinischen Präsidenten Mauricio Macri.

Durch einen Hackerangriff konnte auf die Dokumente von Mossack-Fonseca zugegriffen werden, die sich auf einen Zeitraum von 1977 bis 2015 beziehen. Sie wurden 376 JournalistInnen übergeben, die bei 109 Medien in 76 verschiedenen Ländern arbeiten und die diese während der letzten zwölf Monate analysierten. Der größte Teil der so gewonnenen Informationen wurde am 3. April 2016 in verschiedenen Medien weltweit präsentiert.

Grundsätzlich weiß man, dass tausende Personen aus 202 Ländern das panamaische Unternehmen genutzt haben, um Offshore-Firmen in 21 Steuerparadiesen zu gründen. Darunter befinden sich zwölf Regierungschefs oder Ex-Regierungschefs, 61 Familienmitglieder von Staatsoberhäuptern oder Personen, die diesen nahe stehen, 128 PolitikerInnen und FunktionärInnen sowie 29 MillionärInnen. Viele der genannten Personen leben in Ländern, in denen es nicht illegal ist, Offshore-Unternehmen zu gründen. Jedoch ermöglichen es diese Firmen, auf eine effiziente Art und Weise Geld aus kriminellen Handlungen zu verbergen oder Steuern zu hinterziehen.

TANGO – EIN KULTURTRANSFER

Hat uns die Autorin im ersten Teil ihres Beitrags (siehe LAA 1/2016) mit dem Stellenwert des Tango in Argentinien ebenso wie mit seiner weltweiten Erfolgsgeschichte vertraut gemacht, spürt sie im folgenden zweiten Teil den Gründen hinter der Popularität dieses Tanzes auch in unseren Breiten nach.

Von Susanne Köb

Doch warum hat der Tango so viel Erfolg außerhalb von Argentinien? Viele Gründe und Motive sind schon für diese Begeisterung gefunden worden: Versüßung der ökonomischen Krise, Suche nach gemeinschaftlichem Geheihen in alternativem, d. h. nichtmateriellem Genuss, Flucht aus dem Überdruß, der Arbeitslosigkeit oder der Langeweile. Manchmal drängen die Lust am „verrückten Leben“ oder die innere existenzielle Armut, der Mangel an erotischer Leidenschaft oder Gefühle von Entwurzelung, Weltschmerz und Melancholie zum Tango. Wenn wir es genauer erfahren wollen, welche argentinischen Wesenszüge den Tango so faszinierend machen, müssen wir zuerst schauen, wie die Menschen sind, die ihn kreiert haben.

Nachdenklichkeit

Der Porteño gilt als Denker, Leser, Grübler und Zweifler. Gefühle von Nostalgie und Melancholie plagen ihn. Er liebt die Nacht und ihr Geheimnis, dabei wechselt er leicht zwischen Traum und Realität. Besonders das Theater sagt ihm zu. Sein Lebensrhythmus wechselt zwischen lautstarker Aktivität und stillen Perioden. Das spiegelt sich in den Rhythmuswechseln beim Tanzen wider.

Leidenschaft

Die Bewohner von Buenos Aires sind leidenschaftliche Menschen und sie lieben es, sich zugehörig zu fühlen. Intime und warmherzige Beziehungen haben einen hohen Wert. Buenos Aires ist aber auch die Stadt der schnellen Blicke und lasziven Gesten. Auch diese übersetzen sich im Tango.

Edelmachismus

„El Tango es macho.“ Macho zu sein ist die vorgesehene Rolle des Mannes. Dieser verfügt über eine hohe Selbstsicherheit.

Andere positive Attribute sind: Verantwortungsbewusstsein, Verschwiegenheit, Eleganz, Lebensfreude und Romantik. Positive Eigenschaften des „richtigen Mannes“ sind ritterliche Umgangsformen bezüglich Frauen sowie loyales und faires Verhalten anderen Männern gegenüber. Diese Rolle enthält eine hierarchische, vom Mann zur Frau abfallende Teilung der Geschlechter, die sich im Tanz widerspiegelt: Er führt, lenkt, hat die Freiheit sich selbst oder die Partnerin zur Geltung zu bringen. Die Frau antwortet, wartet, interpretiert, verziert.

Die Frau ist der Mittelpunkt seines Wünschens und genießt dies. Er zeigt mit Komplimenten offen sein Interesse an ihr. Er ist überzeugt, dass er weiß, was sie will, und dass er sie glücklich machen kann. Stehen die Chancen schlecht, zieht er sich zurück, bevor er sein Gesicht verliert. Er vermeidet, sich lächerlich zu machen.

Die Frau entspricht dem traditionellen Bild von Weiblichkeit, sie besitzt eine subtile Macht. Sie vermag dem Mann das Gefühl zu geben, dass er sie in einer Mischung aus Vater und Liebhaber führt oder verführt.

Beim Tango übersetzen sich diese Haltungen z.B. im *cabeceo* (Auffordern per Kopfnicken aus einer gewissen Entfernung, um Peinlichkeiten zu vermeiden bzw. um diskret ablehnen zu können) oder darin, dass die Frau wartet, bis der Mann ihr beim Beginn des Tanzes die Umarmung anbietet, bevor sie dem Mann ihren Arm um die Schulter legt.

In der Spätmoderne haben wir Geschlechtergleichheit und sexuelle Freiheit ins Zentrum der Intimität gerückt. Das männliche Ritterlichkeitsideal des 19. Jahrhunderts, nämlich Frauen auf ein Podest zu heben und Männern die Gelegenheit zu geben, sich zur Schau zu stellen, ist nicht mehr aktuell. Damals wartete die Frau bei der Anbahnung einer Beziehung, um sicher zu sein, dass ihre Gefühle erwidert wurden. Emotionen hat sie erst zugelassen, nachdem gesellschaftliche Codes ausgetauscht waren (Anstandsbesuch, Spaziergang). Der Tango kommt aus dieser Tradition und ist heute ein Raum, wo solche Ritualisierung zwischen den Geschlechtern noch ausgelebt werden kann. Dieser Aspekt ist also ein Kulturtransfer von einer historischen Epoche in eine andere.

Anziehende Charakteristika des Tango

Sozial bescheiden

Der Tango ist ein Kind der Vorstadt und der Straße. Im Kontrast zum Beispiel zum Ballett, das für das Vergnügen am Hof entwickelt wurde, erblickt der Tango in den schlichtesten Kreisen der Gesellschaft das Licht der Welt. Es geht um die Unterhaltung der Leute, nicht um virtuose Inszenierungen. Es ist nicht wichtig, wer man sonst im Leben ist oder was man beruflich tut. Alltags-Status und Lebensrolle werden vernachlässigt auf der *pista*.

Verrucht

Das Unerlaubte (Nachtleben) scheint oft in höherem Maße das Eigentliche zu sein. Der Tango besitzt etwas davon und gibt uns das Gefühl, ein individuell gewähltes und aufregendes Leben zu führen. Dabei strahlt er Frechheit, Rebellion und Unkonventionelles aus.

Individuell und improvisiert

Der Tango ist der schöpferische Ausdruck einzelner Tänzer. Synchronanzen, Formationen und Massendarbietungen (Opernball, Olympische Spiele) sind ihm fremd. Die Figuren und Muster sind im Tango individualisiert und improvisiert. Das entspricht der Angebotsvielfalt bezüglich Identität und Lebensstil der postmodernen Zeit. Beim Tango können wir essayistische (versuchende) und instantane (nur für den Augenblick leben) Existenzformen ausprobieren. Musikalische Brüche, plötzliche Schnitte und unverhoffte Synkopen bieten den Tanzenden die Gelegenheit, ihre Fähigkeiten und momentane Verfassung zur Schau zu stellen. Der Tanz ist ein ständiges Anfangen, ein neuerliches Ausschmücken, eine fingierte Unentschlossenheit. Tango ist der Tanz der Überraschungen und des „fälschen“ Takts.

Tango ist ein Schau-Spiel

Wie jedes Spiel ist Tangotanz eine freiwillige Tätigkeit, die keinen materiellen Nutzen bringt. Wir tanzen mit einer ludischen Ernsthaftigkeit, die sich zwischen Kunst, Sport und Unterhaltung ansiedelt. Der Sinn dabei ist, sich der Alltagsstrenge des Sorgens und Besorgens zu entziehen. Tangotanz ist ein kleines Theaterstück. Wir schaffen uns eine andere Realität, erweitern die gewöhnliche Erfahrung durch Fantasie und Schauspiel-



Foto: www.lifehack.org

leri. Wir spielen das Spiel „Als-ob“, das heißt, wir verhalten uns höflich, charmant, formvollendet. Emotionalität und Spontaneität, die in der modernen technischen Welt unerwünscht sind und sogar als Fehlerquelle gelten, müssen wir beim Tanzen weniger dämpfen. Beim Tango leben wir unsere positive Neugier und angeborene Weltoffenheit aus (neue Figuren, neue Tanzpartner).

Tango ist ein Fest

Wie jedes Fest fördert die *Milonga* die Gemeinschaft und zeichnet sich durch eine hohe Emotionalität aus. Wir geraten in Erregung und spüren unsere Freiheit. Beim Tango kommt noch ein gewisses Flair von Exotik und Ferne dazu. Wir verschwenden beim Tango unsere Zeit. Wir feiern, wenn nützliche Wünsche (Wohnen, Nahrung) befriedigt und erschreckende Befürchtungen (Ausbildung beenden, Arbeit bewältigen) beruhigt sind. Wir können es uns leisten, die Nacht zu genießen. Wir dürfen Amateure (von: amare – lieben) und Dilettanten (von: delectare – sich erfreuen) bleiben. Wir haben keinen Leistungs- oder Zeitdruck. In diesem Sinn ist Tango Verschwendung, Selbstverwöhnung und Luxus.

Tango ist das „wahre“ Leben

Das wahre Leben findet dort statt, wo Leib und Seele, Vernunft und Sinnlichkeit zusammenkommen. Gemäßigte und gleichmäßige körperliche Bewegung wie Tanzen hilft mit, langfristig geistig und seelisch ausgeglichen zu werden, eine Methode, Spannungen und Stress abzubauen. Man kommt in Bewegung und bewegt etwas. Man fordert sich selbst heraus und verbessert sich. Die Zeit wird als vital erlebt, denn selbsterzeugte physische Dynamik intensiviert sie mehr als jedes Konsumieren.

Beim Tango können wir uns selbst verwirklichen, das Selbst erobern. Größere Zwanglosigkeit als im Alltag, körperliche Nähe, der kurze Zeithorizont von wenigen Stunden und die lose Verbindlichkeit tragen zum Eindruck bei, dass man auf der *Milonga* ganz beim Anderen und dadurch ganz bei sich selbst ist. Momente in Authentizität und Ganzheit. Wir hoffen auf wahrhafte Dialoge in Form von Tanzbegegnungen. Jeder Tango findet idealerweise in einer totalen Gegenwärtigkeit statt.

Tango ist Kunst

Wir erarbeiten, produzieren und konsumieren so vieles: Dinge, Nachrichten, Kultur und Technologien. Das bewegte und bewegende Leben, der mitreißende Teil unserer Zeit, die wirklichen Glücksgefühle und „Resonanzlebnisse“ (Hartmut Rosa) befinden sich aber außerhalb dieses Zyklus von Produzieren und Konsumieren. Beim Tanzen (natürlich nicht nur beim Tango) kann man sich engagieren, kreative Realität erleben, nicht vorgefertigte. Einen Tango zu tanzen heißt, ein Fragment unseres Daseins zum Kunstwerk zu machen. Wir stehen drei Minuten „auf der Bühne“.

Kunstwerke versprechen, sie sagen nicht alles, bleiben rätselhaft. Kunst nötigt uns also zur Interpretation. Kunst gibt uns Illusionen, verwendet Täuschungsmanöver, um die Wahrheit darzustellen. KünstlerInnen haben den Anspruch, tiefer zu blicken, das Verlorene und den Eros zu sehen. Gutes Tangotanz versucht melancholisches Geheimnis und überraschende Irreführung darzustellen. Ein guter Tänzer ist derjenige, der die Frau überrascht mit seinen Führungsvorgaben.

Eine gewisse Portion Tragik gehört besonders ab dem 20. Jahrhundert zu vielen Kunstwerken. Die Tangolieder berichten von alltäglichem Unglück wie Untreue, Einsamkeit, verlorene Kindheit und verändertes Stadtviertel, Scheitern und Vergessenwerden. Auch für die meisten mitteleuropäischen TänzerInnen, die Texte nicht verstehen, kann der Tango doch hilfreich sein, einen Teil unseres individuellen Leidens oder eines undefinierten Welt-schmerzes sinnlich-ästhetisch zu verarbeiten.

Interkulturelle Kommunikation

Zusammenfassend kann man sagen, dass zwar die meisten Tangoneulinge der einfache Wunsch treibt, den eigenen erotischen Alltag zu bereichern, dass jedoch aus all den gerade genannten Gründen eine vielschichtige und daher für mich gelungene interkulturelle Kommunikation stattfindet. EuropäerInnen, die sich mit Tango beschäftigen, lassen sich darauf ein: Die fremden Wertvorstellungen werden als Kultur- und Denkleistungen geschätzt und übernommen, vom eigenen Standpunkt aus diskutiert oder variiert zu etwas Neuem. Dazu gehören nicht nur konkrete Figuren und Bewegungsmuster im Tanz selbst, sondern auch die erwähnte Aufforderungstradition, die Disziplin auf der Tanzfläche, aber auch das festliche Äußere sowie ein großzügiges und höfliches Verhalten zwischen den Geschlechtern. Obwohl einerseits manche Idealisierung des Argentinischen vorkommt (z.B. in einer vermeintlich orthodoxen Übernahme der traditionellsten argentinischen Art eine *Milonga* abzuhalten im sog. *encuentro*), andererseits einzelnes individuelles Desinteresse, handelt es sich im Ganzen um einen positiven Austausch und einen wohlwollend-kritischen Lernprozess. Der Tango wird als etwas angesehen, das die argentinische Kultur bietet, um gewisse Probleme lösen oder Bedürfnisse befriedigen zu können. Der Tango ist ein Beispiel dafür, dass Leistungen anderer das eigene Denken und Tun stimulieren. Man ist sich außerhalb Argentinens in der Tangoszene sicher, dass er tradierungswürdig ist und in der „Globalkultur“ aufgehoben werden sollte. ■

Mag. Susanne Köb ist Philosophin und Tangotänzerin in Wien sowie Autorin von „Reisephilosophie“ (2005) und „Tango macht glücklich“ (2014, www.tangomachtgluecklich.at).



BUCHBESPRECHUNG

MONSTRÖSES MEXIKO

**Carmen Boullosa/Mike Wallace: Es reicht!
Der Fall Mexiko: Warum wir eine neue
globale Drogenpolitik brauchen**
Kunstmann-Verlag, München 2015,
288 S., € 20,60

Vorweg: Eine Argumentation für die im Untertitel gestellte Frage liefern die Autoren nicht wirklich; im „Drogenpolitischen“ liegen vielmehr kleine Schwächen. Ansonsten ist das Buch des Pulitzerpreisträgers Wallace und der Erzählerin und Poetin Boullosa tadellos recherchiert und spannend erzählt. Und: „Der Fall Mexiko“ ist in seiner Dramatik eigentlich selbsterklärend für die rhetorische Untertitelfrage.

Mit den verschwundenen und ermordeten 43 Studenten von Ayotzinapa blitzte auch auf unserer Seite des Atlantiks die herrschende Brutalität und die intime Verflechtung zwischen Politik, „Sicherheitskräften“ und dem organisierten Verbrechen in Mexiko auf. Boullosa und Wallace zeichnen sie in ihrer ganzen Dimension und Tragweite nach – auch in den Konsequenzen. Manchmal möchte man gar nicht weiterlesen. Doch das Buch ist nirgendwo voyeuristisch oder sensationalistisch. Es liegt an der Monstrosität der Verhältnisse in Mexiko.

Hans Matthieu, der Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko, warnt gerade heute in einer Analyse vor irgendwelcher technischen Hilfe oder anderen „Ertüchtigungsmaßnahmen“ für diese „Sicherheitskräfte“ und Justizinstitutionen. Nötig sei zunächst eine profunde Umstrukturierung, vor allem im Sinne der Korruptionsbekämpfung.

Das Buch ist historisierend aufgebaut und beginnt im Jahr 1910. Man lernt, wie es so weit gekommen ist – und nebenbei viel über mexikanische Geschichte.

Ein wichtiges Buch, nicht nur für Mexikointeressierte! Besonders alarmierend ist eine kurze Passage (S. 152f) über die Migration aus Zentralamerika durch Mexiko in die USA: Wie auch eine hochmilitarisierte Grenze mit Zäunen, Mauern und Gräben sie nicht aufhalten kann – und wie sich die „Experten“ der Mafia dann auch dieses Themas annehmen. Zwischen April und September 2010 habe es in



Mexiko 214
Massenentführungen mit insgesamt 11.333 Entführten gegeben. Das Fußvolk der „Kartelle“ wie der *Zetas* ist dafür verantwortlich und dazu in der Lage.

„Die Balkanroute ist geschlossen!“, verkündet heute unsere Politik. Was für ein Unsinn! Es gibt sie seit Jahrzehnten. Glücklicherweise läuft der Heroinhandel auf der Balkanroute bisher weitgehend stillschweigend und gewaltfrei. „Change brings violence“, sagen die Vereinten Nationen. Die Seilschaften dort sind seit Jahrzehnten eingeschlossen. Aber es gibt sie natürlich, eine dort besonders gut organisierte Kriminalität, die sich neben dem Heroinschmuggel (Volumen 20 Mrd. USD pro Jahr) auch dem Zigaretenschmuggel, Menschen- und insbesondere Mädchenhandel widmet. Dazu kommt heute Kokain, das von Südamerika über die Sahara und den Balkan nach Europa gelangt.

Der unfähige und mitunter unmenschliche Umgang europäischer PolitikerInnen mit den Flüchtlingen dort scheint förmlich darauf angelegt, ihnen einen neuen Nebenwerb zu eröffnen. Vielleicht sollte man zunächst einfach seinen Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nachkommen. Denn „Mexiko ist überall“ – womöglich schneller, als man denkt!

Robert Lessmann

HEBEL GEGEN UNGLEICHHEIT

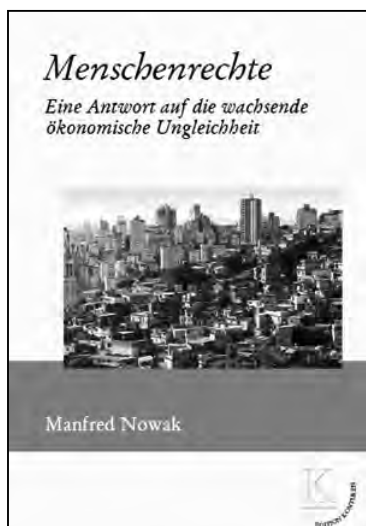
Manfred Nowak: Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit
Edition Konturen, Wien/Hamburg, 2015,
176 S., € 24

Auch wenn das Titelbild eine brasilianische Favela vor dem Hintergrund von Wolkenkratzern zeigt, es ist kein Buch über Lateinamerika. Seine Reichweite ist global. Wir besprechen es hier nicht nur, weil lateinamerikanische Länder immer noch Spitzenreiter bei der ökonomischen und sozialen Ungleichheit sind (paradoxerweise macht ihnen die Volksrepublik China unter Führung einer „kommunistischen Partei“ diesen Rang vehement streitig), sondern weil es ein bemerkenswertes, gedankenreiches und überaus lesens- und diskussionswürdiges Buch ist. Das Gebäude der universellen Menschenrechte bietet einen Hebel, der zunehmenden Ungleichheit und den sich daraus ergebenden Gefahren einer gesellschaftlichen (und ökologischen) Zersetzung entgegen zu treten, so die Kernthese.

Das aus der Katastrophe der beiden Weltkriege unter dem Schirm der UNO hervorgegangene System international anerkannter und verbindlicher Menschenrechte stelle einen historischen Kompromiss aus bürgerlichen und sozialistischen Menschenrechtsauffassungen dar. Unter dem Vorzeichen des Neoliberalismus sei es dann zu gefährlichen Rückschritten gekommen. Insbesondere habe es der Westen versäumt, nach dem Ende des Kalten Kriegs die historische Chance zu nutzen, die Globalisierung in Richtung einer Verwirklichung universeller Menschenrechte (einschließlich der sozialen) zu lenken.

Die Folgen sind unübersehbar: „...globale Immobilien-, Banken-, Finanz-, Wirtschafts-, Nahrungsmittel- und Umweltkrisen, fragile und zerfallende Staaten, eine bisher ungeahnte Macht nichtstaatlicher Akteure, von transnationalen Unternehmen und globalen Finanzmärkten bis zu internationalen Waffen-, Drogen- und Menschenhändlern, privaten Sicherheits- und Militärfirmen, privaten Milizen in einer steigenden Zahl bewaffneter Konflikte und globalen Terror-Netzwerken, Politikverdrossenheit, Unsicherheit und Angst.“ (S. 47)

Am überzeugendsten argumentiert der Professor für internationales Recht und Menschenrechte an der Universität Wien (und u.a. ehemaliger UNO-Sonderberichterstatter über Folter) im Bereich seiner Kernkompetenz: den Folgen der Privatisierung des Gefängniswesens, der öffentlichen Sicherheit, militärischer Konflikte. Ein wichtiges Buch in Zeiten, wo zunehmend Angstmacher und Krakeeler den Ton angeben und Politiker mit atemlosen



Scheinlösungen jenseits der Bestimmungen des internationalen Rechts das Fundament der aufgeklärten und zivilisierten Staatenwelt aushöhlen.

Robert Lessmann

WELTSPRACHE PORTUGIESISCH

Peter Koj: Português, meu amor

Schmetterling Verlag, Stuttgart, 2015. 164 Seiten, € 14,80

Annäherungen an eine spröde Schöne“ lautet der Untertitel dieses Buches, das kein Lehrbuch des Portugiesischen ist. Vielmehr ist es der Versuch des Autors, im deutschsprachigen Leser die gleiche Liebe zu dieser auf das erste Hinhören doch sehr sperrigen Sprache zu erwecken, die er selbst entwickelt hat, als er sieben Jahre an der Deutschen Schule in Lissabon unterrichtete. Der studierte Romanist räumt ein, dass die Annäherung an ein Idiom, das von Zischlauten, Nasalen und verschluckten Vokalen geprägt ist, ein langsamer Prozess ist. Menschen, die Spanisch sprechen, machen in Portugal die Erfahrung, dass sie zwar einen Zeitungsartikel ohne große Mühe dechiffrieren können, vom gesprochenen Wort aber fast nichts verstehen.

Portugiesisch, das weltweit von 240 Millionen Menschen gesprochen wird (Deutsch sprechen weniger als 200 Millionen), liegt an der 8. Stelle der meistverbreiteten Sprachen. Außer in Portugal, Brasilien und einer Handvoll afrikanischer Staaten ist es auch in Osttimor offizielle Sprache. Grund genug, sich damit zu befassen. Aber Peter Koj geht es weniger um

den praktischen Nutzen. Er erfreut sich am Reichtum des Wortschatzes (500.000 Vokabel), der für ein und denselben Begriff oder eine Tätigkeit mehrere Dutzend verschiedene Ausdrücke kennt. Und er bringt uns in kurzen Kapiteln in meist unterhaltensamer Form die Eigenheiten der Weltsprache nahe.

Häufig gebrauchte Redewendungen verraten, dass Portugals Vergangenheit durch die Seefahrt und die Landwirtschaft bestimmt war. Ein Dilettant heißt *marinheiro de água doce* (Süßwassermatrose). Auf die Flüche von Matrosen und die Tränen von Huren soll man nichts geben: *chegam ao chão já enxutas* (Sie sind schon trocken). Der St. Nimmerleinstag ist, „wenn die Hühner Zähne bekommen“, wenn man die Übersicht verliert, dann verliert man die Steigbügel: *perder as estribelas*. Das Portugiesische hat auch die deutsche Sprache befruchtet. So kommt sowohl der Monsun als auch der Passat aus dem Erfahrungsschatz der portugiesischen Seefahrer. Die Marmelade stammt vom portugiesischen Quittengelee und der Ausdruck *Autodafé* für den mit dem Scheitern endenden Ketzerprozess wird auch hierzulande verstanden.

Für alle, die sich eher zum einschmelzenden brasilianischen Idiom hingezogen fühlen, werden jene Begriffe aufgelistet, für die man diesseits und jenseits des Atlantiks verschiedene Ausdrücke kennt. So heißt die Straßenbahn in Rio *o bonde*, die in Lissabon *elétrico*, die Jeans sind in Brasilien *jeans*, in Portugal *as calças de ganga*.

Es wird vor falschen Freunden gewarnt, also Ausdrücken, die kraft ihrer Ähnlichkeit zu einem Ausdruck in der Muttersprache zu falschen Übersetzungen verleiten. So sollte man sich hüten, ein gutes Essen als *esquisito* zu loben. Denn das heißt merkwürdig. Der *dirigente* leitet alles Mögliche aber kein Orchester. Der *Dirigent* heißt *regente*. Viele Eigenheiten, Redewendungen und Ausdrücke, die als typisch portugiesisch dargestellt werden, kennt man im Spanischen genauso, was beim gemeinsamen Ursprung der Sprachen auch nicht verwundert. Das gilt auch für die zahlreichen Begriffe, die aus dem Arabischen übernommen wurden. Der Band bringt für jene, die schon Portugiesisch sprechen, viele erhellende Hinweise. Bei jenen, die mit der Sprache noch nichts anfangen können, dürfte er aber zumindest die Neugier wecken.

Ralf Leonhard

⇒ von Seite 31: KURZNACHRICHTEN

Die argentinische Tageszeitung *La Nación*, die einen Teil der Dokumente untersucht hat, informierte darüber, dass Mauricio Macri gemeinsam mit seinem Vater Franco und seinem Bruder Mariano zwischen 1998 und 2009 Vizepräsident und Vorstandmitglied des auf den Bahamas registrierten Offshore-Unternehmens *Fleg Trading Ltd* war. Diese Zeit überschneidet sich teilweise mit seinem Amt als Bürgermeister von Buenos Aires. In einer Mitteilung erklärte Macri, dass er dieses Amt nur formal bekleidet habe, dass er keine Aktien besäße und er daher die Verbindung zu dem Unternehmen nicht in den eidesstattlichen Erklärungen angegeben habe. Dennoch wurde von der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet um festzustellen, ob dies vorsätzlich geschah und somit strafrechtlich relevant ist. Unterdessen protestierten Tausende auf der Plaza de Mayo im Zentrum von Buenos Aires und forderten Macris Rücktritt.

Auf der Liste finden sich weitere Argentinier: Daniel Muñoz, der Ex-Privatskretär Néstor Kirchners, welcher im Jahr 2013, nach dem Tod des Ex-Präsidenten, eine Offshore-Firma gründete, sowie der Bürgermeister der Stadt Lanus und Ex-Finanzminister von Buenos Aires unter Macri, Néstor Grindetti.

Der brasilianischen Tageszeitung *O Estado de São Paulo* gemäß werden in den Dokumenten 107 Offshore-Firmen enthüllt, die auch im Falle des Korruptionsskandals um den Ölkonzern *Petrobras* untersucht werden. Ein weiterer Name, der auf der Liste erscheint, ist der von Eduardo Cunha, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Brasilien.

ECUADOR:

Steuererhöhungen zur Finanzierung des Wiederaufbaus nach Erdbeben

Die ecuadorianische Regierung erklärte, sie werde „außergewöhnliche Maßnahmen“ ergreifen, um den Wiederaufbau in den vom Erdbeben betroffenen Regionen des Landes zu bewerkstelligen. Am vergangenen 16. April wurde Ecuador von einem Erdbeben erschüttert, dem 557 Menschen zum Opfer fielen, 5.733 Personen wurden verletzt und 163 Menschen gelten als vermisst. Tausende Menschen in

weiter Seite 38 ⇒

VIKTOR SUKUP: EIN WANDERER ZWISCHEN DEN WELTEN

40 JAHRE

In Brüssel war es zu kalt und vor allem recht grau, darum bin ich für ein paar Wochen in die Sonne geflüchtet, nach Cabo Verde. Ein sehr interessantes Land. Natürlich, auch nicht „farniente“, aber etwas Strand und nächste Woche lange Wanderungen auf der wunderschönen Insel Santo Antão mit viel tropischer Vegetation und hohen Bergen... und sonst halt das Übliche, viel lesen und einiges schreiben, darunter einen aktuellen Artikel über Spanien und einen anderen über die EU-Krise, sowie noch einige letzte „retoques“ [Nacharbeiten, Anm.] für mein Paper für einen Kongress über die Zukunft der Karibik. Nächste Reise dann Ende März nach Barbados und dann die Guayanas ...“ Diese Zeilen, entnommen einem der letzten Mails, die Viktor mir schrieb, zeigen einen Mann voller Pläne für sein weiteres Leben. Aus diesem wurde er jedoch abrupt herausgerissen. Er stürzte am 30. Jänner bei einer Wanderung auf eben jener Insel Santo Antão ab, war lange verschwunden, bis ihn ein Hirte auf der Suche nach seinen Schafen kurz vor Ostern fand.

Die Wissenschaft war sein Leben. Viktor Sukup war u.a. UNDP-Funktionär in Angola, Professor für internationale Wirtschaft an den Universitäten von Buenos Aires und Tandil, Argentinien, und arbeitete seit 2000 bei der Europäischen Kommission in Brüssel, ab 2006 bis zu seinem Ruhestand 2014 in der Karibik-Einheit der Generaldirektion Entwicklung. Wissenschaftliche Publikationen und journalistische Beiträge in diversen Zeitschriften waren sein tägliches Brot. Er war Autor mehrerer Bücher, darunter „*Europa y la globalización. Tendencias, problemas, opiniones*“ (1998), „*Asia Frente Al Siglo XXI: de los Milagros a las Debacles?*“ (2000) und „*Les Caraïbes face aux défis de l'avenir*“ (2013). Weiters verfasste er zahlreiche journalistische Beiträge u.a. für „Katoikos.eu“ für „International – Zeitschrift für internationale Politik“ und nicht zuletzt für „Tierra nuestra“ und „Lateinamerika anders“. Wir, die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA), verdanken ihm unzählige Artikel zu Argentinien, Venezuela und der Karibik. Dabei erwies er sich als kompetenter und verlässlicher Mitarbeiter mit einer enormen Produktivität und großem Bemühen nach Ausgewogenheit



Foto: Ralf Leonhard

und Differenzierung. Außerdem war er ein Sprachtalent. Neben seiner Muttersprache Deutsch sprach er auch fließend Englisch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch. Bei Unterhaltungen liebte er es, zwischen den Sprachen zu switchen – und auch zwischen den Themen. Gespräche mit ihm waren kurzweilig. Sie zeigten seine Neugier, gepaart mit fundiertem Wissen.

Viktors Tod ist ein großer Verlust. In erster Linie für seine Familie, seine Frau Marta, seinen Sohn Antonio in Macao, seine Tochter Paula in Lissabon sowie seinen Bruder Matthias in Wien.

Aber auch für uns, die Informationsgruppe Lateinamerika. Wir haben einen kompetenten Mitarbeiter und einen guten Freund verloren. Wir vermissen seinen Enthusiasmus, seine analytische Art Probleme zu durchdenken und vor allem seine Gastfreundschaft. Manche von uns besuchten ihn in Brüssel und wurden freundlichst empfangen. Wir erlebten ihn privat: die Liebe zu seinem Hund, sein Faible für belgisches Bier und seine Leidenschaft für Schach. Viktor war ein Wanderer zwischen den Welten. War er in Wien, so traf man ihn in Kaffeehäusern. Mehr als Österreich liebte er jedoch Frankreich. Er verehrte den Dichter und Chansonnier Georges Brassens. Dieser schrieb 1966 „*Supplique pour être enterré à la plage de Sète*“. Für Viktor war seine letzte Ruhestätte jedoch nicht Sète, sondern seine geliebte Insel Santo Antão. Weltbürger, der er war, wurde er am 31. März in Porto Novo beigesetzt. Requiescat in pace.

Wolfgang Schweiger

In einer Diskussionsveranstaltung am 7.4. und einer „*Fiesta cultural latinoamericana*“ am 9.4., beide unter dem Oberbegriff „40 Jahre Lateinamerika anders: Bewegungen im Spannungsfeld zwischen Diktatur und Befreiung“ beging die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA) in Wien ihr vierzigjähriges Bestehen. Leo Gabriel, Mitinitiator der IGLA und seither eine ihrer wesentlichen Stützen, unternimmt im Folgenden den Versuch eines Rückblicks auf die vier Jahrzehnte der bewegten Geschichte der Gruppe und ihrer Zeitschrift *Lateinamerika anders*.

Es war einmal vor vielen, vielen Jahren – genauer gesagt vor 40 Jahren, da fand sich eine Gruppe von Zwanzigern und Dreißigern in den Räumen des österreichischen Lateinamerikainstituts zusammen, um über die so genannten „Volksbewegungen“ in Lateinamerika zu diskutieren. Es war gerade die Zeit, als das Jahr 1968 mit der üblichen Verspätung in Österreich angekommen war: Die Besetzung der ARENA und die Erhebung der Slowenen in Südkärnten gingen Hand in Hand mit der Entdeckung der damals als Dritte Welt bezeichneten südlichen Hemisphäre. Frantz Fanon, Ernesto „Che“ Guevara, aber auch Martin Luther King hatten dazu beigetragen, dass viele junge Menschen lernten, das Weltgeschehen aus der Perspektive der Unterdrückten zu betrachten, obwohl sie selbst der eher kleinbürgerlichen österreichischen Mittelklasse angehörten.

Bereits während dieses Seminars, an dem auch schon Werner Hörtnner, Brigitte Ghafouri-Schmidt und Hermann Klosius teilnahmen, wurde der Vorschlag diskutiert, diese Perspektive des Südens in die Tat umzusetzen. Doch was tun in einem Land, wo sich die meisten Menschen fast ausschließlich nur um sich selbst kümmern und angesichts der Kämpfe in Lateinamerika und Afrika im besten Falle eine Art Mitleid mit den Armen empfinden? Aber da das Wort von der Gegeninformation und dem alternativen Journalismus in vielen anderen Bereichen, wie etwa in der Frauenbewegung und der aufkeimenden Ökobilogik, in Umlauf ge-

LATEINAMERIKA ANDERS – EINE BEWEGTE GESCHICHTE

kommen war, beschloss die kleine Gruppe von Lateinamerika-Bewegten eine Zeitschrift zu gründen, die den stolzen Namen *Lateinamerika anders* trug.

Es waren relativ dicke Länderhefte, die wir – nach ersten Jahren ohne eigenes Büro – seit 1980 in der Münzwardeingasse 2, im Obergeschoß des Rincón Andino, tippten, layoutierten und auf den Tischen händisch zusammentrugen, wobei schon damals der Wein, den Werner Hörtnert zu den Redaktionssitzungen regelmäßig mitbrachte, unsere Gedanken beflügelte. Das erste Heft, das im Juni 1976 erschien, war unter anderem Paraguay gewidmet, weil damals ein junger österreichischer Anthropologe namens Georg Grünberg wegen seiner solidarischen Haltung zu den Guaraní-Indianern in ernsthafte Schwierigkeiten mit der Diktatur Alfredo Stroessners geraten war und uns sein Mentor Otto Winkler vom Institut für Internationale Zusammenarbeit 5.000,- Schilling gegeben hatte, um das Heft zu produzieren. Daneben behandelte es den Militärputsch in Argentinien sowie die Situation in Mexiko und Guatemala. Einige Monate später reichte das Geld gerade noch aus, um ein zweites Heft, diesmal über Belize, Kolumbien und Peru, herauszubringen.

Und so wanderten wir mit dem Finger auf der Landkarte von Militärdiktatur zu Militärdiktatur und klagten die horrenden Massaker und Menschenrechtsverbrechen an, die es damals in Brasilien, Guatemala, Kolumbien, Haiti – ja fast überall gab. Von der Gesellschaft der gestandenen LateinamerikanistInnen konnten wir wenig Unterstützung erwarten: „Die sind ja kommunistischer als die Kommunisten“, sagte einmal der Direktor des österreichischen Lateinamerikainstituts Othmar Huber über uns.

Dabei hatten wir auch mit der österreichischen Linken, den sogenannten K-Gruppen, Probleme wegen unserer Haltung der kritischen Solidarität gegenüber den lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen. Es erfüllte diejenigen, die darauf aus waren, ihre bedingungslose Solidarität mit den revolutionären Organisationen zu demonstrieren, bis tief in die 1980er Jahre hinein mit großem Misstrauen gegenüber der IGLA.



Abschluss der Feiern zum 40. Jahrestag beim Heurigen in der Iglaseegasse, mit den Gästen aus Mexiko (Enrique Cisneros, Miguel Angel Najera, Ricardo Salgado)

Die Revolution der Sandinisten stellte dann den großen Wendepunkt in der Frühgeschichte unserer Organisation dar. Endlich war es einem ganzen Staatsvolk gelungen, die seit Jahrzehnten aufgebaute Schallmauer einer Militärdiktatur zu durchbrechen und sich zu befreien. Was sich damals in Österreich abspielte war beeindruckend: Viele Ärzte gingen, angeführt vom Unfallchirurgen Werner Vogt, in die Flüchtlingslager an der honduranisch-nicaraguanischen Grenze und halfen nach Somozas Sturz mit, das staatliche Gesundheitssystem in Nicaragua aufzubauen. Zahlreiche Brigaden bildeten sich, um im Norden Nicaraguas bei der Kaffeeernte mitzuarbeiten; ein Entwicklungsprojekt jagte das andere. Und immer wenn der Trappistenmönch Ernesto Cardenal nach Österreich kam, wurde ihm ein großartiger Empfang bereitet.

Die nicaraguanische Revolution war es auch, die der IGLA neues Leben einhauchte – weg von der teils depressiven, teils wutentbrannten Larmoyanz der 1970er Jahre und hin zu einer Aufbruchsstimmung, die bald auch El Salvador und Guatemala und jene, die sich mit diesen Völkern solidarisierten, erfasste. Dabei war es vor allem die mehrjährige Mitarbeit von IGLA-Mitgliedern wie Werner Hörtnert, Ralf Leonhard und Gabriele Müller an der vom Schreiber dieser Zeilen gegründeten alternativen Presseagentur APIA (*Agencia*

periodística de Información Alternativa), die eine aktuelle, engagierte und wie immer kritisch-solidarische Achse bildete.

Das kam auch in einer Veränderung des Formats zum Ausdruck: *Lateinamerika anders Report* hieß seit Mitte der 1980er Jahre das wendige, monatlich erscheinende, aber nicht nur auf Zentralamerika konzentrierte Sprachrohr der IGLA. Im Jahr 1993 erfolgte – im Zuge der Fusion mit dem apia-Nachrichtendienst – eine neue Änderung von Name und Erscheinungsweise: *Lateinamerika anders Panorama* fungierte angesichts seines zunächst 14-tägigen Erscheinungsrhythmus (auch) als Nachrichtendienst, dessen Beiträge in veränderter Form ins Südwind-Magazin und andere Zeitschriften einfließen. Diese Periode stellt mit Sicherheit den Höhepunkt in der 40-jährigen Geschichte der IGLA dar.

Eigenartigerweise spiegelte sich dieser Erfolg und die wachsende Anerkennung von Lateinamerika anders und der zahlreichen Informationsveranstaltungen, welche die IGLA damals organisierte, keineswegs in einem sprunghaften Anstieg der AbonnentInnenzahl unserer Zeitschrift wider. Sie war und blieb ein Organ, das jenen LeserInnen vorbehalten war, die sich ernsthaft mit den politisch-sozialen und ökonomisch-ökologischen Entwicklungen in Lateinamerika auseinandersetzen. *Latein-*

⇒ von Seite 37: 40 JAHRE ...

amerika anders war nie eine Einstiegsdroge für jene, die an schönen Bildern und schmackhaften Reisebeschreibungen Gefallen finden, und ist es bis heute nicht.

Im Jahr 2007 wandelte sich die Zeitschrift erneut: Sie erhielt einen vierfärbigen Umschlag und nahm wieder ihren ursprünglichen Namen *Lateinamerika anders* ohne Zusatz an; vom zunächst zwei-monatlichen Erscheinen sind wir, auch aus finanziellen Gründen, wieder zu vier Ausgaben pro Jahr zurückgekehrt.



9.4., Szene aus „Nuestra América: Zwischen Tränen und Gesang“

Was sich die IGLA im Rückblick auf diese vier Jahrzehnte auf ihre Fahnen schreiben kann, ist ihre Fähigkeit, aktuelle Konjunkturen als eine der ersten zu entdecken und zu vertiefen, lange bevor der journalistische Mainstream darauf abgefahren ist: Das war etwa die für die Entwicklung in ganz Lateinamerika ungemein wichtige *Campaña 500 años de Resistencia indígena, negra y popular* (Kampagne 500 Jahre Widerstand der Indigenen, der Schwarzen und der Volksbewegungen), ohne die es weder einen Subcomandante Marcos noch einen Evo Morales gegeben hätte. Die IGLA organisierte für die spätere Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú schon eine Pressekonferenz, als noch kein Journalist an ihr Interesse fand; und sie berichtete über die Abholzung des amazonischen Regenwalds,

noch bevor der Name Klimabündnis existierte. Und nicht zuletzt waren es mit Eduardo Galeano und Alberto Acosta herausragende lateinamerikanische Intellektuelle, die uns bei den letzten beiden runden Jahrestagen die Ehre erwiesen.

Und auch heute, Hand aufs Herz: Wie viele Menschen gibt es, die angesichts der unerträglichen Gewaltausbrüche im Mittleren Osten daran denken, dass es in Kolumbien einen vielversprechenden Friedensprozess gibt, aus dem man/frau ebenso lernen könnte wie von den Verfassungsprozessen in Bolivien, Ecuador und Bolivien während der 2000er Jahre?

Dabei ginge es gerade heute darum, von den Erfolgen, aber auch den Fehlern der lateinamerikanischen Prozesse zu lernen, so wie sie in *Lateinamerika anders*, aber auch in der lateinamerikanischen und sich auf Lateinamerika beziehenden Literatur dargestellt werden, die wir Nummer für Nummer rezensieren.

Es ist dieser vor 40 Jahren selbstgewählte Auftrag, über alle auf- und abgehenden Konjunkturen hinaus eine Brücke zu sein zwischen jenen, die in Österreich über den eigenen Tellerrand hinausschauen wollen und den gigantischen Transformationen, die den lateinamerikanischen Kontinent geprägt haben – egal wer jetzt die Wahlen in Venezuela, Ecuador, Bolivien und Nicaragua gewinnen wird –, die uns auch die Anerkennung vieler „Volksbewegungen“ in ganz Lateinamerika eingebracht haben. Auch wenn die Veranstaltungen von den Medien nicht registriert wurden, haben die 40-Jahr-Feiern der IGLA bzw. von *Lateinamerika anders* gezeigt, dass wir nach wie vor in der Lage sind, den Puls der Zeit zu spüren und wiederzugeben.

Und darauf dürfen wir wirklich ein kleines bisschen stolz sein! ■



9.4., Pfarre am Akkonplatz: Mitwirkende am Ende des Festprogramms (am Mikro Enrique Cisneros)

⇒ von Seite 35: KURZNACHRICHTEN

den am stärksten vom Erdbeben betroffenen Gebieten haben sich inzwischen beklagt, keine humanitären Hilfen erhalten zu haben. Vor allem fehle es an Wasser und Essen. Nach Aussage von Präsident Rafael Correa liege das Problem im Verteilungssystem. Er versprach, so schnell wie möglich eine Lösung zu finden.

Correa kündigte die Erhöhung von Steuern und Beiträgen zur Finanzierung des Wiederaufbaus in den vom Beben betroffenen Gebieten an. Auch wenn die genaue Höhe des Schadens noch nicht beziffert werden könne, rechne man mit drei Mrd. US-Dollar. „Wenn ich mich nicht irre, bedeutet dies einen Verlust von etwa drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts“, erklärte der Präsident im TV.

Um diese Verluste auszugleichen, will der Staat steuerliche Maßnahmen ergreifen. Die Mehrwertsteuer soll für ein Jahr von derzeit zwölf auf 14 Prozent angehoben werden. Zwei andere Steuern werden nur für die kommende Zahlung erhöht: die Steuer auf Unternehmensgewinne wird für die Mehrzahl der Sektoren von 15 auf 18 Prozent erhöht und die Steuer auf Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar um 0,9 Prozentpunkte. Wer mehr als 1.000 US-Dollar monatlich verdient, muss anteilig den Lohn eines Arbeitstages als Unterstützung beisteuern.

„Strukturelle Probleme löst man nicht mit spontanen befristeten Aktionen oder mehr Großzügigkeit gegenüber diesen oder jenen [...] Deshalb mussten wir Maßnahmen planen, mit denen die Solidarität und das kollektive Handeln in diesen schwierigen Momenten ihre Wirkung am besten entfalten“, argumentierte Correa. Weiter führte er aus, dass diese „außergewöhnlichen“ und „vorübergehenden“ Maßnahmen angesichts der „Höhe und dem unvermittelten Auftreten der Kosten“ notwendig seien. Gleichzeitig nahm er vorweg, dass die Regierung die Möglichkeit von Staatsanleihen auf dem internationalen Markt nicht ausschließe und weitere Maßnahmen plane.

Correa erklärte, viele Personen hätten keinen Schaden nehmen müssen, wären die Gebäude gemäß den Bauverordnungen errichtet worden, die nach dem schweren Erdbeben in Haiti im Jahr 2010 verschärft worden waren. „Für uns ist das eine Chance, unsere Städte besser zu planen“, fügte er hinzu. ■

Südwind-Straßenfest 2016

am Welttag der kulturellen Vielfalt
Sa, 21. Mai, 14 bis 23 Uhr
 Altes AKH, Hof 1, Alserstr. 4, 1090 Wien

Das größte entwicklungspolitische Event Österreichs, mit über 50 Initiativen, internationaler Live-Musik, Kulinarik, Workshops, no-money-zone u.v.m.. Das Südwind Straßenfest feiert das vielfältige Engagement aller Menschen, die sich auf unterschiedliche Weise für eine bessere Welt einsetzen. Das Straßenfest ist der Ort, um mit entwicklungspolitischen Initiativen jeder Art in Kontakt zu treten. An über 50 Ständen werden Speisen, Getränke und Kunsthandwerk aus aller Welt angeboten.

Auf der **Bühne** zeigt sich Vielfalt: Ab 14 Uhr sorgt das *Masala Brass Kollektiv* mit außergewöhnlicher Blasmusik für Stimmung. Mit tiefgründigen Texten auf Österreichisch regt der Singer-Songwriter *PabloJ* ab 15 Uhr zum Nachdenken an. *Papa Wuz* laden ab 16:30 zu Ska und Gipsy zum Tanzen ein. Zu westafrikanischen Klängen singt *Mr. Ambassador & Voice of Africa Band* ab 18:00. Neuen Flair bringen ab 20:30 das international erfolgreiche Hip-Hop-Duo *Austrian Apparel* und der in Wien lebende Rapper *Derek Roberts*, und ab 21:30 unterhält der Straßenfest-Stammgast *DJ Andiareas* mit Beats aus aller Welt die BesucherInnen.

Auf der Grünfläche im alten AKH wird ein vielfältiges Programm zum Mitmachen geboten.

Weitere Informationen: www.suedwind.at/strassenfest

Informations- und Filmabend Guatemala

Dienstag, **24. Mai**, 19 Uhr
 Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

MitarbeiterInnen der Guatemala Solidarität stellen das Projekt ACOGUATE zur Menschenrechtsbeobachtung und ZeugInnenbegleitung durch internationale Freiwillige vor und berichten über jüngste Entwicklungen im Land. Mit Film und Diskussion.

Auch unter der neuen Regierung von Präsident Jimmy Morales, der sein Amt im Jänner antrat, besteht der Bedarf an internationaler Begleitung und Menschenrechtsbeobachtung weiter. Seit dem Jahr 2000 begleiten Freiwillige im Rahmen von ACOGUATE Mitglieder der ZeugInnen-

organisation AJR sowohl in deren Gemeinden als auch bei diversen Gerichtsprozessen zur Aufarbeitung der während des bewaffneten internen Konflikts durch Militärs verübten Menschenrechtsvergehen. Im Jänner wurden 18 ehemalige hochrangige Militärs überraschend verhaftet. Während der Prozess gegen sie noch bevorsteht, wurde im Fall *Sepur Zarco* am 26. Februar ein historisches Urteil gefällt: 15 mutige Maya-Queqchi'-Frauen hatten nach über 30 Jahren das Schweigen gebrochen und das lange verborgene Thema der sexualisierten Gewalt an Frauen während des bewaffneten Konflikts zur Anklage gebracht. Zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas wurde ein Strafverfahren wegen Sex- und Arbeitsklaverei vor einem nationalen Gericht geführt. Nach 19 Prozesstagen wurden schließlich der ehemalige Befehlshaber der Militärbasis Sepur Zarco, El Estor, Izabal, Oberst Esteelmer Francisco Reyes Girón und der ehemalige Militärkommissionär Heriberto Váldez Asij wegen Verbrechen gegen die Menschheit zu hohen Haftstrafen verurteilt. Infos: www.guatemala.at

Reise inkl. Spanischkurs: Kolumbien + Panama

3-Wochen-Reise (Kolumbien-Karibik-Panama) inkl. 8-Tage-Spanischkurs auf der Kaffee-Farm der Familie Zapata

Von Bogotá (Altstadt, Goldmuseum, Berg Monserrate) über die Anden: Autobus von der Ostkordilliere (2.650m) zur Zentralkordilliere (1.500m) bis Medellín (mit der Gondel in die Favelas), weiter in die Kaffeeregion im Süden, Spanischkurs auf der Farm in kleinen Gruppen (8 Tage: 4 Std./Tag, nachmittags Ausflüge in die Bergdörfer Betania, Andes, Jardín, Hispania, Bolívar), zurück nach Medellín, Ausflug nach Santa Fe, die 1. Hauptstadt, Flug nach Capurganá, weiter zu Fuß nach Sapzurro, das letzte Dorf Kolumbiens, dann über die Grenze nach La Miel, das erste Dorf Panamas, mit dem Boot auf die San Blas-Inseln der Cuna-Indianer.

Preis: Abhängig von den Kosten des Transatlantik-Fluges, daher ca. € 2.500,-. Der Standard der Reise, ob studentisch oder schiki-miki, wird von der Gruppe bestimmt.

Kontakt: Antonio Zapata (Email: zapata@chello.at bzw. Tel.: +43 699 10 55 06 13)

Nosso Jogo

Neue Petition: Für verbindliche Menschenrechtsstandards bei Sportgroßevents!

Die Olympische Charta preist das Grundprinzip der menschlichen Würde und verspricht, sich für Frieden, Respekt und ethische Werte einzusetzen. Doch die Menschen in Rio de Janeiro sind wegen der Olympischen Spiele konfrontiert mit:

* Zwangsumsiedlungen ohne rechtsstaatliche Verfahren und angemessene Entschädigung

* Polizei- und Militärgewalt

* Enorme öffentliche Ausgaben in Zeiten von dramatischen finanziellen Engpässen im Bildungs- und Gesundheitssektor

Schreiben Sie an den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Dr. Thomas Bach und schließen Sie sich unseren Forderungen zur Wahrung der Menschenrechte im Schatten von Großsportereignissen an.

Petition unter <http://nossojogo.at>

Spannungsfeld Lateinamerika

In Kooperation mit dem Österreichischen Lateinamerika-Institut bietet die Universität Wien das berufsbegleitende postgraduale Masterprogramm „Interdisziplinäre Lateinamerika-Studien“ an. Das Sommersemester 2016 widmet sich dem Naturraum Lateinamerika, das kommende Wintersemester wird den Schwerpunkt auf gesellschaftliche Transformationen der letzten anderthalb Jahrzehnte legen.

Der Schwerpunkt „Umkämpfte Natur in Lateinamerika. Sozial-ökologische Dynamiken im Wandel“ ist im Sommersemester 2016 Leitthema der gleichnamigen Ringvorlesung.

Zeit: jeden Donnerstag, 18.30 - 21 Uhr

Ort: Universität Wien, Hörsaal 31, 1010 Wien, Universitätsring 1

¿Fin del Ciclo? – Eine Bestandsaufnahme nach anderthalb Jahrzehnten progresismo

Im Rahmen des Politikmoduls des Universitätslehrgangs im Wintersemester 2016/17 wird eine Bestandsaufnahme der letzten anderthalb Jahrzehnte gesellschaftlicher Transformation vorgenommen.

Bewerbungen für den 4 Semester dauernden Universitätslehrgang mit Start im Oktober 2016 sind bis 30. Juni möglich. Infos: www.postgraduatecenter.at/lai